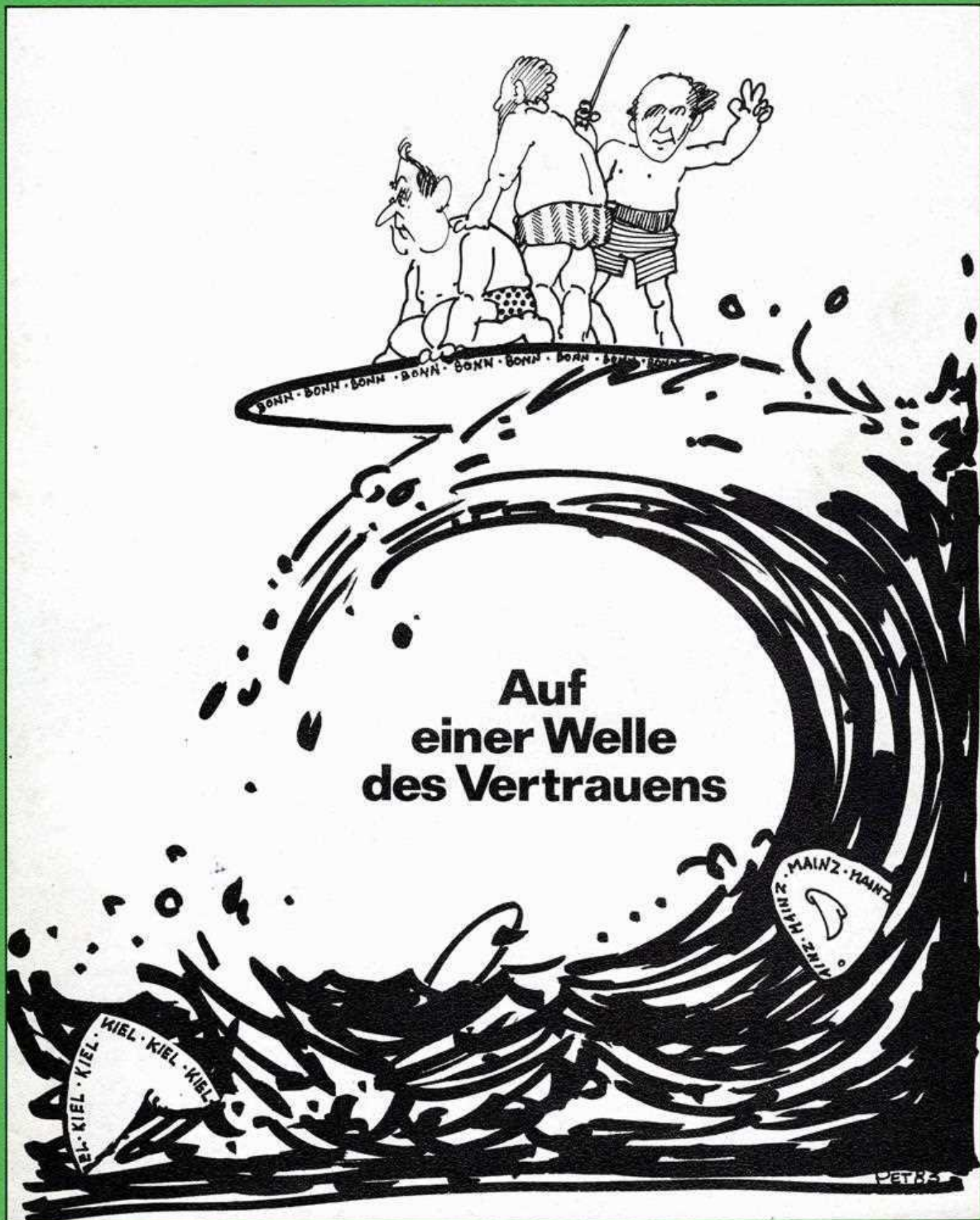


liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik





Titelbild: Die Karikatur zum Wahlausgang zeichnete Jörg Petersson

nachdrucksachen: Eine Anzeigenseite der FAZ spiegelt gesellschaftliche Realität

Seite 8

Perspektiven: Nach der Bundestagswahl stellt sich für die Liberalen erneut die Organisationsfrage

Seite 9

Interview I: LD-Bundesvorsitzender Ulrich Krüger zu den Chancen seiner Partei

Seite 11

Interview II: FDP-Mitglied Jürgen Koppelin zu den Chancen der Liberalen in seiner Partei

Seite 12

DJD: Die Jugendorganisation startet eine Initiative für den Rechtsstaat

Seite 13

Menschenwürde: Hanspeter Knirsch begründet die Klage der LD gegen die geplante Volkszählung

Seite 14

Diskussion: Martin Böttger analysiert aktuelle Trends in der Friedensbewegung

Seite 16

Armutzeugnis: Jutta Wilhelmi sieht in der Bildungspolitik Provinz statt Perspektive

Seite 17

Initiativen: Vom Medienkongress in Hannover berichtet H.G. Koll

Seite 18

Wachstum: Überholte Rezepte verschlimmern die Wirtschaftskrise

Seite 19

Bürgerschreck: K.H. Hense beschreibt die publizistische Arbeit Karl Marx 1848/49

Seite 22

Pazifist: Friedrich Henning erinnert an den Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde

Seite 24

Inkongret: Anmerkungen zu Dahrendorfs Liberalismus-Gedanken

Seite 26

Europa: Nachdruck eines Beitrags der 'Haagse Post' über die Linkliberalen in Europa

Seite 29

Vermächtnis: Jutta B. Lange-Quassowski erinnert an Ernst Strassmann und stellt die gleichnamige Stiftung vor.

Seite 31

Rubriken

drucksachen-herausgeber Seite 3

brief-drucksachen Seite 4

nachrichtliches in kürze Seite 6

in eigener Sache Seite 33

pesonelles Seite 34

der-die-das-letzte Seite 35

drucksachen-inhalte

Nach dem 6. März 1982

Die Bundesspitze der FDP ist die Gewinnerin der Bundestagswahl. Die FDP als Partei ist, wie die Landtagswahlen in Mainz und Kiel zeigten erledigt. Die Perspektiven für die Zukunft des fortschrittlichen organisierten Liberalismus sind alles andere als rosig. Nachdenklichkeit auch bei den Sozialdemokraten bestimmt die Katerstimmung nach dem 6. März. Seite 9



Viele Fragen

Die Liberalen Demokraten haben sich verkalkuliert. Die FDP hat ihr Wendemanöver zunächst einmal überlebt. LD Vorsitzender Ulrich Krüger erläutert in einem Interview die Konsequenzen für seine Partei.

Jürgen Koppelin, Schatzmeister der vernichtend geschlagenen schleswig-holsteinischen FDP antwortet auf die Fragen nach den Chancen der Linkliberalen in der FDP. Seite 11

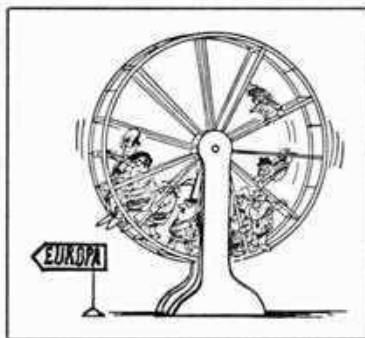
Auf der Suche nach neuen Rezepten

Selbst optimistische Prognosen für das Wirtschaftswachstum vermögen es nicht, Antworten auf die entscheidenden Fragen nach ausreichend Arbeitsplätzen oder gar nach einer intakten Umwelt zu geben. Gerade das oft beschworene Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie macht deutlich, wie untauglich alte Rezepte geworden sind. Perspektiven lassen sich viel eher finden, wenn die Fragen nach Innovation und Wachstum völlig neu gestellt werden. Seite 19



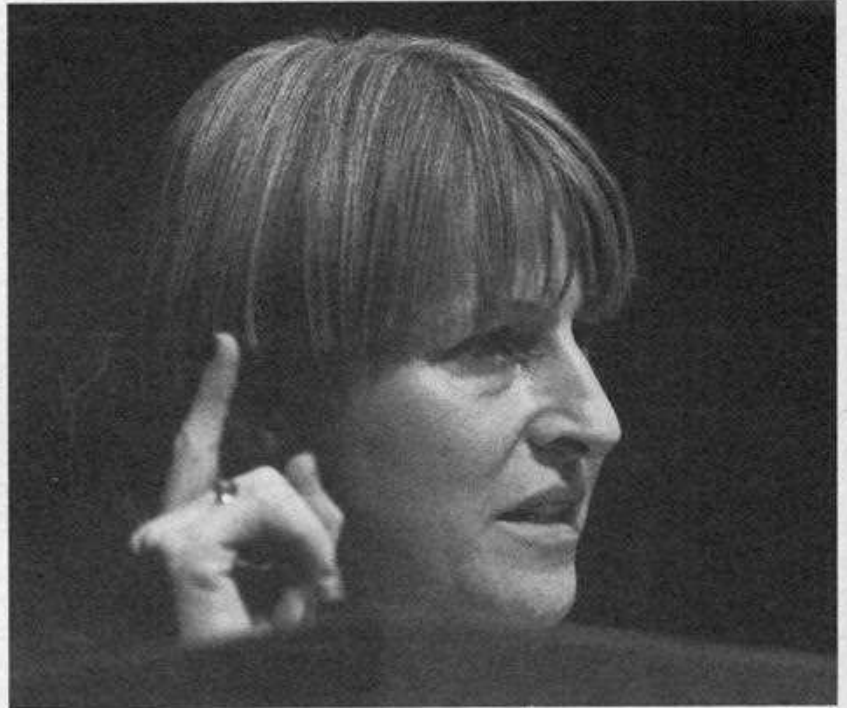
Eine positive liberale Tradition

Der Pazifist Ludwig Quidde, liberaler Friedensnobelpreisträger in der Weimarer Republik, verkörpert eine Tradition, die gerade jetzt ins Bewußtsein gerufen werden sollte. Sein persönlicher Mut und seine Bereitschaft zur Aussöhnung werden anlässlich seines 125. Geburtstages von Dr. Friedrich Henning gewürdigt. Seite 24



Liberaler Parteien in Europa

In fast allen westeuropäischen Ländern existieren sozialliberale Parteien. In den meisten Fällen stehen sie in Konkurrenz zu wirtschaftsliberal orientierten Parteien. In einer Forsetzungreihe stellen die liberalen Drucksachen die Nachbar-Liberalen vor. Den Beginn machen die Niederländer. Seite 26



Helga Schuchardt:

„Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen“

Der 6. März wurde zu einem schwarzen Tag für den organisierten Liberalismus in unserem Lande.

Mit den Zweitstimmen von überwiegend finanzkräftigen CDU/CSU-Wählern und solchen Unterstützern, die gar bei der CDU/CSU ihre Privilegien nicht voll garantiert sahen, kam die FDP wieder in den Deutschen Bundestag. Da, wo diese Fremdbeatmung nicht möglich war, wie in den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, gab es folglich auch kein parlamentarisches Überleben für die FDP.

Genscher und Lambsdorff konnten sich zwar an der Macht halten, die FDP ist jedoch zur Funktionspartei verkümmert. Wo die Funktion zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen weniger Privilegierten nicht gebraucht wird, wie in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, ist die FDP nicht mehr gefragt.

In Schleswig-Holstein mußten die Liberalen erfahren, daß ein Engagement für eine zukunftsorientierte liberale Politik in dieser FDP eben nicht mehr glaubwürdig vertreten und vermittelt werden kann. Die Quittung für die Wahlunterstützung durch diejenigen, für die liberale Politik kaum etwas, die Sicherung der materiellen und sozialen Privilegien dafür umso mehr bedeutet, werden vor allem die im-

mer noch in der FDP gebliebenen Liberalen sehr bald schon schmerzlich zu spüren bekommen.

Auch die Hoffnung derjenigen, die auf eine mögliche Reformierbarkeit der FDP nach einer Wahlniederlage gesetzt hatten, ist zerschlagen. Eine neue Austrittswelle zeigt dies an. Das Wahlergebnis vom 6. März hat die Arbeit der Liberalen in den Liberalen Vereinigungen und in der neuen liberalen Partei – den Liberalen Demokraten – nicht leichter gemacht. Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird noch schwieriger werden. In einem Großteil der Medien wird, sei es aus Gedankenlosigkeit oder aufgrund falscher politischer Einschätzung, die Rest-FDP immer noch mit dem Prädikat "liberal" in Verbindung gebracht bzw. synonym gesetzt. Davon dürfen wir uns aber nicht entmutigen lassen. An uns wird es liegen zu verhindern, daß diese ungünstigen Bedingungen zu einer Schwächung der liberalen Kräfte, insbesondere durch fortschreitende Zersplitterung, führen könnte. Der Liberalismus muß als politische und gesellschaftliche Kraft erhalten und gestärkt werden. In diesem Ziel stimmen Liberale über alle Parteigrenzen überein.

Die Liberalen Vereinigungen haben die wichtige Funktion übernommen, durch Diskussionen und programmatische Arbeit eine Klammer zu bilden zwischen Li-

beralen Demokraten, Jungdemokraten, liberalen Sozialdemokraten, liberalen FDPlern sowie parteilosen Liberalen. Die neuerlich deutlich werdende Unsicherheit unter den noch verbliebenen Liberalen in der FDP und die Unsicherheiten unter den Liberalen außerhalb der FDP können das liberale Lager noch einmal in Bewegung bringen. Darin kann eine neue Chance für die Liberalen liegen, die Chance nämlich, daß es uns doch noch gelingen könnte, in einer gemeinsamen Organisationsform liberaler Politik wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Führen wir uns also immer vor Augen: Nicht Günter Verheugen oder Burkhard Hirsch oder andere zur SPD gegangene bzw. noch vorläufig in der FDP gebliebene Liberale waren es, die der sozialliberalen Politik und dem organisierten Liberalismus in unserer Republik den Todesstoß versetzt haben. Es war der Genscherismus, es war Lambsdorff, es waren die Mölle- und Gattermänner, die uns die Basis für die Gestaltung von wirklich liberaler Politik genommen haben und statt dessen die FDP in die "Obhut" von Flick und anderen gegeben haben.

An denen, die unbestechlich sind, wird es liegen, ob die Liberalen noch eine Chance als eigenständige und unabhängige politische Kraft haben.

Notwendige Korrektur

In der Februar-Ausgabe der liberalen drucksachen ist ein Fehler unterlaufen, auf den ich um der historischen Korrektheit willen hinweise. Dort wird auf Seite 28 der Diplomat und Reichstagsabgeordnete der DDP Johann Heinrich Graf von Bernstorff abgebildet, der *nicht* Mitglied des Kreises um Ernst Strassmann und Hans Robinsohn war, sondern emigriert und 1939 in Genf gestorben ist. Die Bildunterschrift "Liberaler Widerstandskämpfer, die im Zusammenhang mit dem 20. Juli von der SS ermordet wurden" bezieht sich auf seinen Neffen Albrecht Graf von Bernstorff.

Das Mißverständnis wird durch einen entsprechenden Fehler im Ausstellungskatalog "Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933 - 1945" entstanden sein.

Horst R. Sassin
Solingen

Eindeutig überflüssig

In der politischen Diskussion wird seit einiger Zeit ein Begriff verwendet, mit dem die Politiker ein Kunststück fertig bringen wollen, das der Lösung der Quadratur des Kreises nahekommt. Der Begriff, von dem hier die Rede ist, heißt "überflüssigmachen". Mit diesem Begriff wollen verschiedene Politiker zwei völlig entgegengesetzte Meinungen unter einen Hut bringen und sich als jedermanns Liebling erweisen.

Diese Politiker versprechen den Bürgern, daß sie die Aufstellung von Atomraketen in der Bundesrepublik und die friedliche Nutzung der Atomenergie "überflüssig" machen wollen. Sie hoffen, daß dieses Versprechen von den Gegnern der Atomprojekte als Aussage eines Verbündeten angesehen wird. Und sie rechnen damit, daß die Befürworter erkennen, daß mit der Verwendung der Vokabel "überflüssigmachen" die Notwendigkeit der Atomprojekte vorausgesetzt wird.

Da gleichzeitig unterstellt wird, daß solche Projekte nicht von heute auf morgen überflüssig gemacht werden können, haben diese wortgewandten Politiker mit der gewählten Formulierung auch einen Zeitaufschub für eine grundsätzliche Stellungnahme zu wichtigen Überlebensfragen gewonnen. Auf diese Weise entziehen sie sich elegant der Auseinandersetzung mit Problemen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen. Kommt es dann später zur Stationierung von Raketen oder zum

Bau weiterer Atomkraftwerke, welchen Politiker schert dann noch sein "dummes Geschwätz" von gestern? Sollten gar großräumige Verwüstungen aufgrund von Atomunfällen und kriegerischen Auseinandersetzungen mit Atomraketen stattfinden, wen interessiert dann noch, was von Politikern mal versprochen wurde?

Alle Bürger aber, die begriffen haben, daß es bei den Atomprojekten um Projekte geht, die unser Leben und das Leben der nachfolgenden Generationen bedrohen, muß es interessieren, was für Absichten Politiker haben, die vom "Überflüssigmachen" reden. Es soll deshalb hier am Beispiel der friedlichen Nutzung der Atomkraft dargestellt werden, daß die Absicht wohl nur die sein kann, die Öffentlichkeit, vor allem aber die Gegner der Atomprojekte, irreführen zu lassen.

Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zum Beispiel erzeugen mit der eingesetzten Primärenergie dreimal so viel Nutzenergie wie Atomkraftwerke und sparen damit wesentlich mehr an fossilen Energieträgern ein als diese. Weitere Einsparmöglichkeiten zur Verringerung des Bedarfs an Energierohstoffen stehen zur Verfügung, wie Wärmedämmmaßnahmen, die Nutzung regenerativer Energieformen. Alle diese Möglichkeiten einer rationellen Nutzung von Energie können nicht ausgeschöpft werden, weil die hierfür erforderlichen Mittel in den AKW-Bereich fließen. Auch die Elektrizitätswirtschaft setzt sich für die Verhinderung einer rationellen Energieversorgung ein, weil sie angesichts großer Überkapazitäten an der Auslastung ihrer Kraftwerke und nicht an Energieeinsparungen interessiert ist.

Traute Kirsch
Beverungen

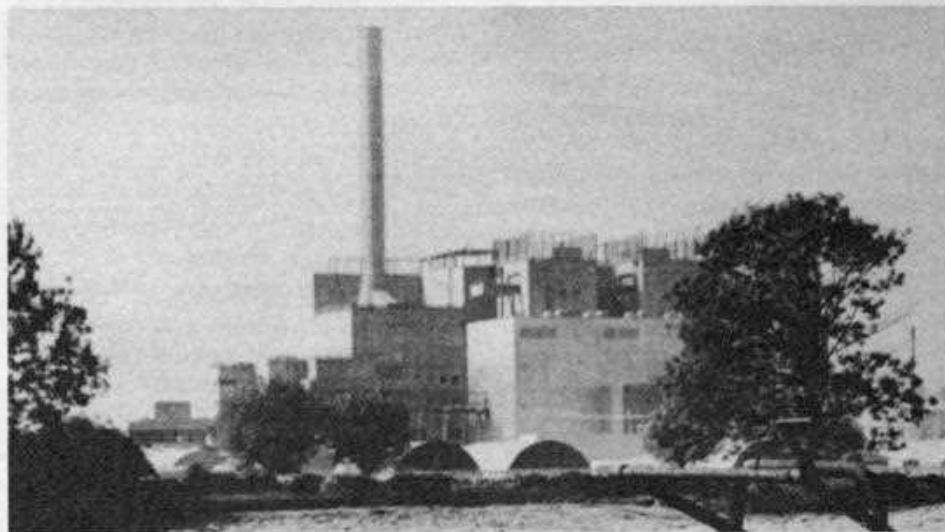
Aktiv aber nicht gewalttätig

Aktiver Widerstand gegen die Aufstellung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ist für die Liberalen Demokraten kein Thema mehr – so das Ergebnis des Bonner Parteitages nach einer Intervention des Bundesvorsitzenden im Plenum. Der Arbeitskreis I hatte das zwar vorher anders gesehen und den aktiven Widerstand gegen die Durchführung der Nachrüstung bejaht – aber nun ist er raus aus dem Programm.

Es soll hier gar nicht darüber gerätselt werden, ob nicht von vielen Teilnehmern irrtümlich aktiv mit gewalttätig gleichgesetzt wurde. Jedoch muß eine Partei, die sich selbst als Teil der Friedensbewegung betrachtet, wohl auch deren Widerstandsformen übernehmen. Diese als "zivilen Ungehorsam" zu bezeichnen, mag akzeptabel sein. Doch muß dieser eben *vor* der Stationierung stattfinden und nicht erst, nachdem die neuen Mittelstreckenwaffen, trotz Ausschöpfung aller "legalen" Mittel, hier stationiert worden sind.

Wenn wir denn ehrlich befürchten, daß die Durchführung der sogenannten Nachrüstung zu einem nuklearen Konflikt und damit zur Vernichtung unseres Landes führen könnte, ist *sofortiger* Widerstand notwendig. Oder sollen wir es vorziehen, "legal" unterzugehen?

Zudem: Die Vorbereitung eines Angriffskrieges verbietet das Grundgesetz. Pershing II und Cruise Missiles sind reine Angriffswaffen. Nicht diejenigen verletzen die Gesetze, welche eine Stationierung zu verhindern suchen, sondern alle, welche sich an den Vorbereitungen für die Stationierung in irgendeiner Weise



Atomkraftwerke sind überflüssig und brauchen nicht erst überflüssig gemacht werden

beteiligen.

Drücken wir uns als Liberale Demokraten klar aus:

"Die Liberalen Demokraten werden alle legalen Mittel ausschöpfen, um die Durchführung der sogenannten Nachrüstung zu verhindern. Sie werden auch Formen des gewaltfreien Widerstandes dagegen unterstützen und sich daran beteiligen."

Jürgen von Kaufmann
Norderstedt

Die Grünen als Alternative

Was ist passiert? Hilft ein Blick auf die dreißiger Jahre? Haben wir 1930, einen neuen Brüning mit notverordneter "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen", oder gar 1933, als auf den Tag genau vor fünfzig Jahren 288 Abgeordnete der NSDAP von 44,5 % der Wähler in den Reichstag geschickt wurden, um den "Aufschwung" herbeizuführen?

Es nützt nichts, darüber zu grübeln, ob das Rad der Geschichte um 53 oder 50 Jahre zurückgedreht wurde. Vieles ist ähnlich und manches doch ganz anders. Halten wir uns an die Fakten.

1. Tatbestand: Wir werden vermutlich vier Jahre lang den CDU-Staat genießen dürfen, im Bund und in den meisten Ländern und mehr und mehr auch in den Großstädten. Die nahe Zukunft bleibt schwarz.

2. Tatbestand: Die Grünen sind drin. Zum ersten Mal gelangt eine Gruppe in den Bundestag, die von ihrer Basis und nicht von Geldern des Staates und der "Wirtschaft" (Flick) über die 5%-Hürde getragen wurde, und die eine wirkliche Alternative zur Politik des etablierten Parteienkartells anbietet: gegen West- und Ost-Integration als außenpolitische Grundforderung, aus der sich die Glaubwürdigkeit aller anderen grünen Parolen ableitet: keine neuen Raketen, keine Großprojekte, Umweltschutz...

3. Tatbestand: Die Liberalen, die diesen Namen verdienen, sind ausmanövriert. Schlimmer konnten sich die fortschrittlichen Liberalen, die Nachfahren von Naumann, Pfeleiderer und Flach, nicht zersplittern: teils in der Pünktchen-Partei ausharrend, teils in indifferenter Wartestellung als Liberale Vereinigung, teils mit den Liberalen Demokraten bei Null beginnend, teils bei den partnerlosen Judos, teils im grünen Lager und kleinstenteils als Petersilie im SPD-Suppenpf.

4. Tatbestand: Die Sozialdemokratie ist an ihrer eigenen Inkonsistenz zugrunde gegangen. Was sie mit den Ostverträgen eingeleitet hatte, hat sie nie konsequent weiterverfolgt, ließ sich statt dessen von den Ewig-Gestrigen die Fessel eines der verlorenen Einheit beschwörenden Bundestagsbeschlusses anlegen. Mit dem NATO-Doppelbeschluss wurde die

Unterwerfung unter eine vom Kapitalismus gesteuerte Rüstungspolitik aktenkundig. Man wird abwarten müssen, wie lange die SPD ihre sicherheitspolitischen Eiertänze noch fortsetzen kann. Bis dahin scheidet sie als politischer Faktor, was die Grundentscheidungen betrifft, aus.

Die alten Differenzen zwischen CDU, CSU, FDP und SPD werden unbedeutend gegenüber der neuen Alternative, die parlamentarisch noch schwach durch die Grünen, außerparlamentarisch aber erheblich stärker und ständig wachsend durch Friedensinitiativen und lokale Protestaktionen vertreten wird.

Diese Frontstellung spielt sich unter den Rahmenbedingungen eines manipulierten Demokratie-Modells ab:

1. 5%-Klausel zur Abwehr neuer politischer Kräfte und ihrer demokratischen



Grüne, letzte Chance für die Liberalen? Vertretungen,

2. staatliche Parteienfinanzierung, angeblich zur Erstattung von Wahlkampfkosten, de facto aber zur beliebigen Verwendung im Interesse der jeweiligen Parteibürokratien und -vorstände,

3. geheime Spenden über Scheinfirmen und sogenannte Stiftungen geleitet oder bar ohne Quittung ausgehändigt zwecks anoymer Beeinflussung der Staatsorgane und Lenkung innerparteilicher Entwicklungen,

4. Radikalenerlaß zwecks existentieller Benachteiligung und Diffamierung anderer.

Es ist nahezu ein Wunder, daß unter diesen Umständen eine neue Gruppierung den Sprung in die Parlamente geschafft hat. Wer nunmehr – der illusionären Vorstellung von intakter Demokratie folgend – seine liberalen Konzeptionen mit eigenen Wahllisten durchzusetzen versucht, läuft Gefahr, das Gegenteil zu erreichen, nämlich die Reaktion zu begünstigen.

Heute kann es nur darum gehen, die derzeit einzige parlamentarische Gegenkraft, die Grünen, zu stärken. Das schließt nicht aus, sondern erfordert sogar, im außerparlamentarischen Raum Organisa-

Thema: Friede

Einladung zur Subskription

Hermann Röhrs

Friede:

Eine pädagogische Aufgabe

Idee und

Realität der Friedenspädagogik

Ca. 380 Seiten,

ISBN 3-88 657-037-1, 29,80 DM,

Subskription bis 30.6.1983

24,80 DM

Ernst Cloer (Hrsg.)

Das Dritte Reich im Jugendbuch

Fünfzig Jugendbuch-Analysen

und ein theoretischer

Bezugsrahmen

Ca. 390 Seiten,

ISBN 3-88 657-025-8, 29,80 DM,

Subskription bis 30.6.1983

24,80 DM

Agentur Ulf Pedersen GmbH

Steinweg 5

3300 Braunschweig

tionen mit eigenem Profil zu gründen und zu fördern. Nichts gegen die Parteigründung LD. Nichts gegen unabhängige Initiativen gegen Umweltzerstörung, gegen Raketenstationierung. Auf Bundesebene aber kann es nur eine Liste geben. Klein-karierte Eigenbrötelei ist fehl am Platze.

Vielleicht ist es unumgänglich, daß die in den LD organisierten, enttäuschten und verratenen Liberalen einmal eine Landtagswahl mit eigener Liste durchstehen. Damit ihr Problembewußtsein hinsichtlich der Manipulationsmechanismen gestärkt oder überhaupt erst geweckt wird.

Denn nur aus realistischer Einsicht in diesen Mechanismus können die Liberalen Demokraten eine erfolgreiche Strategie entwickeln: als geschlossene Gruppe das politisch Notwendige aus liberaler Sicht zu tun.

Eine große Verantwortung ist damit auch den Grünen zugefallen. Es wird den Marsch mit den Grünen geben. Dies ist vielleicht die letzte Chance der Liberalen. Und auch die letzte der demokratischen Sozialisten. Und falls es noch einige Mechttersheimer im schwarzen Lager geben sollte, auch deren Chance. Die Überlebenschance für alle.

Georg Schmige
Heidelberg

Ist er drin, ist er draus?

Immer noch warten viele Leute, Grafiker, Journalisten, Lieferanten auf ihr Geld, das ihnen der TFK-Verlag schuldet. Ob sie es bekommen oder nicht, liegt wohl auch daran, ob Staatsminister Jürgen W. Möllemann noch Gesellschafter ist oder nicht. Ist er noch drin (was er allerdings dementiert), so müßte er auch für einen Teil der Schulden aufkommen. Zu dieser Frage veröffentlichte die Medienfachinformation "Der Kontakter" eine Erklärung der TFK Verlags-GmbH:

"Sehr geehrte ... wie Sie wissen, wurde die Zeitschrift Twen nach drei Ausgaben eingestellt. Der Verlag hat bereits eine Schlußbilanz der Gesellschaft erstellen lassen, die ihr nunmehr vorliegt. Alle Mitgesellschafter waren sich jederzeit einig, daß die Verluste der TFK-Gesellschaft entspre-

chend ihren Anteilen ausgeglichen werden sollen. Zu diesem Zwecke haben die Gesellschafter Teves, Knapp, Fuss freiwillig Mittel in Höhe von mehreren Hunderttausend DM der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Mit dieser Zahlung konnte ein Teil der Forderung ausgeglichen werden. Herr Möllemann, der nach wie vor Gesellschafter der TFK-Gesellschaft ist, hat sich ebenfalls zu dieser Regelung verpflichtet, seinen Verlustanteil als Hauptgesellschafter des TFK-Verlages durch unverzügliche Zahlungen an den Verlag auszugleichen. Wir sind sicher, daß Herr Möllemann seinen Verpflichtungen nachkommen wird und werden demgemäß bestimmt weitere Rechnungen bezahlen können. Mit freundlichen Grüßen, TFK-Verlagsgesellschaft mbH"



Das LBW NRW hat eine neue Adresse

Umzug nach Wuppertal

Das Liberale Bildungswerk NRW hat neue, größere Räumlichkeiten bezogen. Die Adresse lautet nun: LBW NRW, Kielerstr. 25/27, 5600 Wuppertal, Telefon (0202) 455054

Unter den nächsten Terminen des LBW:

Am 9./10. April findet in Lohmar ein Seminar für KDV-Berater statt. In Volmarstein wird am 7./8. Mai mit viel Prominenz über Grundsätzliches für die Zukunft des Liberalismus gesprochen, und ebenfalls am 7./8. Mai behandelt wiederum in Lohmar ein Seminar die Geschichte des Jugendwiderstandes im Dritten Reich anhand der Kölner Edelweißpiraten.

Nächste Schritte

Die nächsten Aktionen der Friedensbewegung werden vierzehn Tage nach den Ostermärschen am 16./17. April in Köln koordiniert. Ca. 1000 Delegierte aus lokalen Initiativen und von den in der Friedensbewegung beteiligten Organisationen werden die nächsten Schritte gegen die geplante Stationierung der Mittelstreckenraketen besprechen.

Kosename

Die liberalen drucksachen erfreuen sich auch in der Baunscheidtstraße immer größerer Beliebtheit. Verständlich, da das "Wende-Verkündungsblatt" neue bonner depesche kaum noch Raum für einen inhaltlichen Dialog bietet. Sogar einen Kosennamen hat man den Id bereits gegeben: In der Umgebung der Generalsekretärin wird nur noch liebevoll von den liberalen drecksachen ge-

sprochen. Die Mitarbeiter der Id haben sich über diese positive Aufnahme ihrer Arbeit durch die Führung des Uwe-Seeler-Hauses sehr gefreut.

Nulllösung

Die Vereinigung Liberaler Bildungseinrichtungen (VLB) mit Sitz im Thomas-Dehler-Haus hat ein neues Mitglied: den Verein zu Förderung liberaler Jugendarbeit. Auf der Mitgliederversammlung am 16. März konnte er zwar kein Seminarprogramm vorlegen, doch so der Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung, Reichle: "Die Julis haben bei uns ein Seminar beantragt, das wir nicht fördern können, sondern hierüber abwickeln müssen". Der Vorsitzende der VLB Reinhard Roericht hatte zuvor seinen Rechenschaftsbericht auf die Worte beschränkt: "Es gibt nichts zu berichten, unsere Aufgaben, darüber sind wir uns einig, besteht darin, die Mittel

In nunmehr 11. Jahrgang geben die Bonner Jungdemokraten ihre "liberale Korrespondenz" heraus, das damit älteste, regelmäßig erscheinende liberale Basisblatt der Republik. Das "Ik"-Abo kostet 30,- DM im Jahr. Dafür gibt's 10 - 11 mal 24 Seiten im gängigen (DIN A 4) Format. Einmaliges Probeexemplar gratis! Anschrift: DJD Bonn, Reuterstr. 185, 5300 Bonn 1

Nr. 104/Jg. 11 Bonn, 22. 3. 1983

Ik

liberale
Korrespondenz



• info der bonner Jungdemokraten •

BLEIBT dies ein FREIES LAND?

BRADIA 1 21 124. VVVVV. 001-4011 015.

Ergebnis minus

Bonn (total)

Bsp	44 048 741		
SPD	20 279 814	89,1	188,41
WGL	58 841 728	7	38 917 513
SPD	15 186 140	14	884 210
DSU	15 941 247	14	858 835
FDP	1 588 857	2	705 798
CDU	4 318 041	4	148 291
Bsp	877	1	552
DSU	2 020	2	70 996
DKP	97 614	45	789
SPD	1 802 865	2	144 998
FDP	7 888	15	282
WPD		1	430
WPD	57 223	40	901
WPD	1 324	15	191
WPD	451	1	331
WPD	32 054		

„David's Herz hing an es pochen, als er die Visk geahnt hatte, und er betete zum Herrn: „Ich habe schwer gesündigt, daß ich also sei. Nun, Herr, entferne die Schuld Deiner Knechte, denn überaus töricht habe ich gehandelt.““
„So ließ der Herr seine Pfeile in Israel vom Morgen bis zur festgesetzten Zeit wüten, so sahden dem Volk von Dan bis Beerscha 70.000 Meen.“

Volkzählungs-BOYKOTT

der Bundeszentrale für politische Bildung zu verteilen."

Insgesamt geht es um 65000 DM. Für das den Jungdemokraten nahestehende Liberale Bildungswerk waren bisher 5.000 DM vorgesehen. FNS-Reichle wurde dann auch schnell sehr deutlich und fragte, wie das LBW auszuschließen sei, da die Mittel doch für Einrichtungen bestimmt seien, die im Sinne der FDP arbeiteten. Es sei unglaublich, ereiferte sich der Geschäftsführer der nordrhein-westfälischen Wolfgang-Döring-Stiftung, Schnücke daß die Jungdemokraten, die mit ihrem LBW die FDP schließlich bekämpften, überhaupt noch hier aufträten. Roericht beruhigte die anwesenden freidemokratischen Funktionäre. Ob die Satzung einen Ausschluß ermögliche, sei unklar, doch die entscheidende Frage könne bei der Mittelzuweisung geklärt werden. Für das LBW wurde dann schließlich die Nulllösung beschlossen. Sie sollen keinen Pfennig mehr von den Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung erhalten. Ob das Vorgehen der VLB den auf Überparteilichkeit angelegten Richtlinien der Bundeszentrale entspricht, ist zweifelhaft. Daß es dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes widerspricht, ist unstrittig.

„Die haben alle keine Ahnung“

Drei Tage lang gingen Schülerzeitungsvertreter aus der ganzen Bundesrepublik in Bonn auf die Suche nach dem Dialog der Parteien mit der Jugend.

Auf Einladung der Initiative Jugendpresse e.V., eines nur mühsam seine Unionsnähe verbergenden Dachverbandes, diskutierten die Nachwuchsschreiber u.a. mit Horst Ehmke (SPD), Joschka Fischer (Grüne) und Hermann Kroll-Schlüter (CDU). Im Thomas-Dehler-Haus sollte Gesprächspartner die FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwätzer sein, die jedoch kurzfristig zur Wahrung der Privilegien der Investitionsabgabegeschädigten zu einem Treffen mit ihren Kollegen Stoiber und Geissler in das Konrad-Adenauer-Haus abgerufen wurde. Fachkundige Vertretung war schnell zur Stelle: Büroleiter Siegfried Pabst, der den Jugendlichen zwar viele Antworten schuldig blieb, immer jedoch noch einen jeweils fachkundigeren Referenten des Hauses herbeirufen konnte. Kommentar eines Schülerzeitungsredakteurs: "Jetzt haben

wir so viele Politiker der FDP da vorne sitzen – und die haben alle keine Ahnung!"

Zwei Redakteure, die an der Bonner Tagung teilgenommen

haben, werden in der nächsten Ausgabe der LD ihre Eindrücke von drei Tagen "Dialog mit der Jugend" in einem längeren Beitrag schildern.

Aktuelle Bücher

Bernhard Claußen/
Klaus Wasmund (Hrsg.)
Handbuch der politischen
Sozialisation

512 Seiten, ISBN 3-88657-012-6,
46,80 DM

„Wie wird der Mensch zur
politischen Persönlichkeit?“

In 20 Beiträgen vermitteln die
Autoren einen Überblick über die
politische Sozialisation.

Dieter Galinski/
Ulla Lachauer (Hrsg.)
Alltag im Nationalsozialismus
1933 bis 1939

Jahrbuch zum Schülerwettbewerb
Deutsche Geschichte
um den Preis des
Bundespräsidenten
316 Seiten, ISBN 3-88657-024-X,
19,00 DM

Agentur Ulf Pedersen GmbH
Steinweg 5
3300 Braunschweig

„Jahr der Entscheidungen“

Unter diesem tief sinnigen Motto standen die 33. Deutsch-Englischen Gespräche in Königswinter. Weit über 200 deutsche und britische Teilnehmer zeigten erneut, welche große Bedeutung dieses Forum des Gedankenaustausches und der Verständigung zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien hat. Die Liste der Prominenten war lang: Da war die erste Garde von Labour mit Denis Healey; da war Shirley Williams, der Star der SDP; da waren zahlreiche Vertreter der Liberal Party, angeführt von ihrem Vorsitzenden David Steel und unter ihnen auch der Liverpools Abgeordnete David Alton; da waren Minister und

Staatssekretäre aus Bonn und London, Wirtschaftler, Diplomaten und Politologen, und dabei war antürlich auch Ralf Dahrendorf, der neue Stern am verblässenden Himmel der FDP. Aber auch in Königswinter sind die Zeiten der Zeit nicht vorbeigegangen; man blieb nicht mehr "unter sich": Zu den Teilnehmern zählten auch der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Wolf-Dieter Hasenclever von den Grünen und der Sprecher des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Jo Leinen.

Die Diskussion in den vier Arbeitsgruppen – Das Atlantische Bündnis: Differenzen

und Gemeinsamkeiten; Herausforderung an die Europäische Gemeinschaft; Wandel der politischen Strukturen; Weltrezession und Arbeitslosigkeit – war trotz aller Originalität und Bedeutung vieler Sachbeiträge sehr geprägt von den Ergebnissen der Bonner Bundestagswahl und der anstehenden "general election" in Großbritannien. So nutzten u.a. Shirley Williams, David Steel und David Alton bei einem Spaziergang auf den Drachenfels die Gelegenheit, über die weiteren Schritte der "alliance" zu beraten. Vor fast zwei Jahren war Königswinter bereits der inoffizielle Geburtsort der neuen so-

zialliberalen Zusammenarbeit, als Shirley Williams und David Steel politisch zueinander fanden.

Das Organisationsbüro der Deutsch-Englischen Gesellschaft sah sich im übrigen trotz Anfrage wohl nicht in der Lage, einen Vertreter der Liberalen Demokraten nach Königswinter einzuladen; man beantwortete den Brief erst gar nicht. Dennoch nutzten Vertreter der LD die Möglichkeit, am Rande der Konferenz mit einigen englischen Liberalen einen Meinungsaustausch über die Entwicklung des organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik zu führen.

Mit der ihr eigenen Logik
($47 + 4 = 0$) hat die
FDP Spitze noch einmal mit
einer Zweitstimmenkampagne
ihr Schäfchen ins Trochene bringen
können.
Die Landtagswahlen in Rheinland-
Pfalz und Schleswig-Holstein
bestätigten dagegen den Trend in
Richtung Zwei-Parteien-System.



Niemand bietet die sichere Perspektive

Die Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz bekamen den Pyrrhus-Sieg ihrer Partei am 6. März am deutlichsten zu spüren: Im Vergleich mit den anderen Landesverbänden schnitten sie bei der Bundestagswahl ungewöhnlich gut ab. Nur in Hessen und Baden-Württemberg konnte die FDP mehr Zweitstimmen einsammeln. 1980 hatten die Mainzer bei den Bundestagswahlen noch den drittschlechtesten Rang unter den FDP-Landesverbänden eingenommen. Doch für diese, jedweder linken Anwendungen unverdächtigen Landesgruppe reicht es bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl, nicht zur parlamentarischen Weiterexistenz. Die vorsorgliche Kündigung der FDP-Mitarbeiter im Mainzer Landtag erwies sich als vernünftig und realistisch.

Ohne Leihstimmen von strategisch denkenden CDU-Anhängern hat die FDP keine Chance mehr, über die Fünf-Prozent-Hürde zu klettern. Der Erststimmenanteil bei der Bundestagswahl dürfte recht realistisch markieren, wie stark die FDP-Anhängerschaft unter den Wählern ist. In gerade noch 12 der 248 Wahlkreise - also nicht einmal hier werden die fünf Prozent erreicht - bekamen die freidemokratischen Bundestagskandidaten mehr als fünf Prozent der Erststimmen.

Auch Genscher blieb in seinem Wahlkreis unter dieser Grenze, sein Kollege Lambsdorff dagegen gehörte zu dem erfolgreichen Dutzend.

Das Wahldesaster eine Woche später in Schleswig-Holstein für den sozialliberalen Restposten in der FDP wird die absehbare Rechtsentwicklung der Genscherpartei weiter forcieren. In Nordrhein-Westfalen sind die Tage von Burkhard Hirsch gezählt. Er muß vorzeitig zurücktreten, um für seinen Widersacher Möllemann den Platz als Landesvorsitzender freizumachen. Möllemann hat gegenüber seinem zukünftigen Stellvertreter Lambsdorff und gegenüber seinem Schatzmeister Gattermann den Vorteil, daß gegen ihn in der Parteipendenauffäre nicht ermittelt wird. Er hat schließlich ganz offen auf der Gehaltsliste von Flick gestanden.

In Niedersachsen soll Heinrich Jürgens ebenfalls vorzeitig abgelöst werden. Für die Nachfolge werden Rolf Vieten und Torsten Wolfgramm gehandelt. Ihnen wird eher zugetraut, dafür zu sorgen, daß die FDP Mitte 1984 in das Kabinett Albrecht eintreten kann. Minister-Favorit ist Fraktionschef Walter Hirche. Die mit absoluter Mehrheit regierenden Christdemokraten haben schon Interesse signalisiert. "Wir brauchen die FDP langfri-

stig", kommentierte Ministerpräsident Albrecht am Abend der Bundestagswahl.

In Berlin ist dieser Prozeß bereits abgeschlossen. In einer Blitzaktion gelang der mittlerweile gewendeten FDP der Einstieg in den Senat. Dies widerspricht diametral dem, was die FDP in ihrem Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus versprochen hatte. Eine CDU-Koalition wurde damals explizit ausgeschlossen.

Wie der Kurs der zur Splitterpartei dezimierten FDP in Schleswig-Holstein zukünftig aussieht, ist noch nicht endgültig entschieden. Doch auch hier wird es bei der Neuwahl des Landesvorstandes eine Wende geben.

Die verbliebenen Sozialliberalen in der FDP, die auf eine vernichtende Niederlage ihrer Partei bei der Bundestagswahl und einen anschließenden Neuaufbau gehofft hatten, wirken nun etwas beschämt. Heiner Bremer, bisher stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein, begründete seinen Parteiaustritt denn auch nicht mit einem Eingeständnis seiner Fehleinschätzung, sondern mit Querelen im Ortsverband Pinneberg. Andere Sozialliberale in der FDP tauchen jetzt stillschweigend unter. Weder FDP, noch SPD, noch Liberale Demokraten bieten ihnen die sichere Perspektive, die

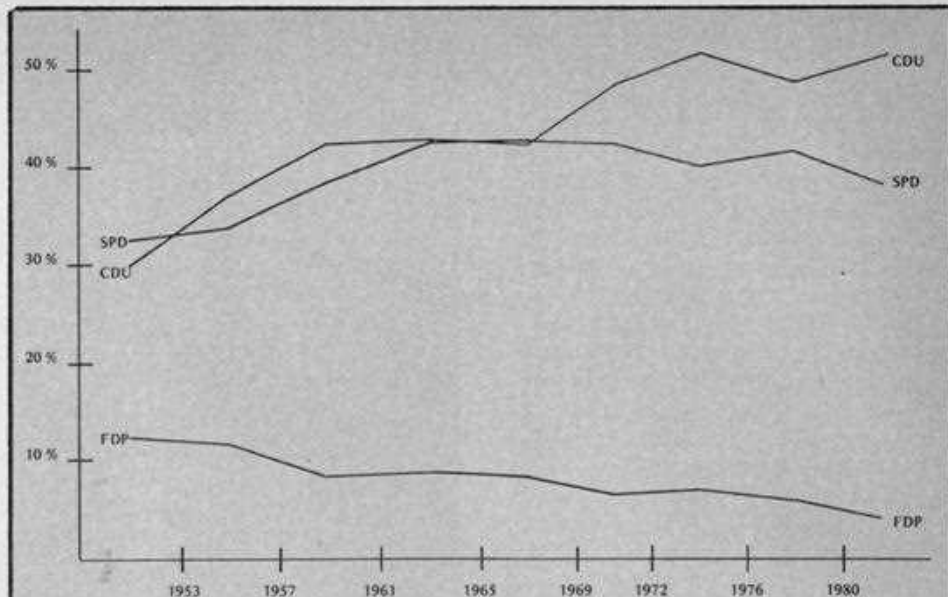
sie sich wünschen.

Die Liberalen Demokraten kämpfen daher weiterhin damit, daß sie zwar viel Sympathien entgegengebracht bekommen, aber nicht den Strom von Mitgliedern, den sie bräuchten, um eine chancenreiche Partei zu sein. Dies soll sich bei den Wahlen in Bremen und Hessen am 25. September ändern.

Während die Chancen in Bremen wegen der Überschaubarkeit des Wahlkampfes prinzipiell nicht schlecht wären, erweist sich für die Liberalen Demokraten mehr und mehr, daß der Start hier doch sehr schwer fallen wird. Die FDP wird mit einer Koalitionsaussage für die SPD in den Wahlkampf gehen, zwei grüne Listen treten an, eventuell kommt noch eine Liste von Betriebsräten hinzu. Hierzwischen eine Position zu finden, wird nicht einfach sein, zumal der aus der FDP ausgetretene Bürgerschaftsabgeordnete Uwe Schröder nicht bereit ist, für die Liberalen Demokraten anzutreten. Er will versuchen, auf die Liste "Grün 83" zu kommen.

In Hessen sind die Rahmenbedingungen für die Liberalen Demokraten etwas günstiger: eine knallrechte FDP, eine wenig konstruktive Fraktion der Grünen und eine SPD, die für Liberale auch nicht sonderlich attraktiv ist. Ob es jedoch bis September mit ein paar hundert Mitgliedern in Hessen gelingt, die LD flächendeckend bekannt zu machen, bleibt abzuwarten.

Der aus der FDP aus- und in die SPD eingetretene hessische Liberale Andreas von Schoeler rät seinen ehemaligen Parteifreunden davon ab, sich in dieses – wie er es sieht – aussichtslose Rennen zu be-



Das Verschwinden der FDP aus den Landtagen hat nicht nur aktuelle Gründe. Die in der Graphik dargestellten Summen der Landtagswahlergebnisse während der Legislaturperioden des Bundestages machen einen Trend deutlich. Während der 9. Legislaturperiode erzielte die FDP in den Landtagswahlen 3,9 % der Stimmen.

er es sieht – aussichtslose Rennen zu begeben.

Er selbst hatte gerade am 6. März auf einem "von Anfang an eigentlich aussichtslosen" (v. Schoeler) Listenplatz der hessischen SPD zum Bundestag kandidiert – und es nicht geschafft. Anders Günter Verheugen und Ingrid Matthäus-Maier, die persönliches Glück im Unglück ihrer Partei hatten: Weil die SPD in deren Landesverbänden (Bayern, NRW) Direktmandate verlor, konnten sie beide so gerade noch über Landeslistenplätze in den 10. Deutschen Bundestag einziehen. Aber auch Andreas von Schoeler sieht, trotz des persönlichen Mißerfolgs, nur in der

SPD die Chance, auf absehbare Zeit liberale Politik wieder durchzusetzen.

Er und andere inzwischen in der SPD gelandeten Liberale möchten dazu beitragen, daß die fortschrittlichen Liberalen möglichst geschlossen an die SPD herangeführt werden. Nach Vorstellung von Verheugen, Matthäus-Maier und von Schoeler sollte ein "Gesprächskreis Liberaler", angebunden an die Volkspartei SPD, initiiert werden. Ihm könnten sowohl liberale Sozialdemokraten – und dabei ist gar nicht nur an die, die nun von der FDP gekommen sind, gedacht – wie auch parteilose Liberale angehören. Das Konzept wäre so eine Art Zwei-Wege-Strategie: liberale Ideen, Prinzipien und Programme zu erhalten und weiterzuentwickeln und liberale Politik in und durch die SPD durchzusetzen.

Daß diese Idee eines "liberalen Gesprächskreises" vorläufig in der SPD noch auf reichlich Skepsis stößt, muß nicht verwundern. Eine neue Form der Organisierung von fortschrittlichen Kräften in der SPD und in ihrem näheren Umfeld könnte dort zu ungewünschter Einflußnahme führen. SPD-Chef Willy Brandt soll dem Vorhaben jedoch recht positiv gegenüberstehen. Im Mai ist ein Gespräch zwischen Liberalen und Teilen der SPD-Führung geplant. Bis dahin wird man auf beiden Seiten abzuklären versuchen, wie die Chancen für die Umsetzung dieser liberalen Idee aussehen.

Im Augenblick befassen sich die Genossen noch intensiv mit sich selber und ihren ureigenen Problemen, spricht den Ursachen für die Wahlniederlage. Mit Interesse wird man verfolgen können, welche Funktion sie danach den Liberalen bei der Zurückgewinnung der politischen Macht in unserer Republik zumessen werden.



Günter Verheugen: Mit viel Glück in den Bundestag

Interview mit Ulrich Krüger:

„Die LD können einen Sprung nach vorn machen“

liberale drucksachen: *Ob man sich nun darüber freut oder nicht, die totgesagte FDP hat die Bundestagswahl überlebt. Wieviel liberale Parteien braucht die Bundesrepublik?*

Ulrich Krüger: Sie braucht nur eine. Aber es muß eine liberale Partei sein. Die FDP ist nur noch verball liberal. In ihrer praktischen Politik könnte sie, selbst wenn sie es wollte, keine deutlichen liberalen Akzente mehr setzen, weil sie die hundertprozentige Gefangene von CDU und CSU ist. Und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die LIBERALEN DEMOKRATEN als die liberale Partei in der Bundesrepublik zu stärken.

liberale drucksachen: *Eine Partei ist ja mehr als eine Bürgerinitiative. Sie will gewählt werden, sie muß die 5%-Hürde nehmen. Müssen Sie da nicht doch schwarzsehen für die LD?*

Ulrich Krüger: Wir sind ja aus guten Gründen noch nicht zur Bundestagswahl angetreten, ein Delegierter brachte es damals auf die spaßige Formel "Es müssen einen nicht 5 % kennen, sondern wählen", und es ist uns auch bewußt, daß wir während des Bundestagswahlkampfes in ein Medienloch gefallen sind, da gab es genug zu berichten über die, die die Wahl gewinnen wollten. Aber die wahre Schwäche der FDP erkennt man aus dem rheinland-pfälzischen Wahlergebnis (3,5 %) und aus dem von Schleswig-Holstein (2,2 %) ...

liberale drucksachen: *... Null Bock auf Liberalismus?*

Ulrich Krüger: Eben nicht. Auf die FDP sind die Leute sauer, viele sicher auch auf die Parteien insgesamt, aber ich denke schon, daß die LD in den nächsten Monaten einen großen Sprung nach vorn machen können. Wir wollen nicht vergessen, daß es uns erst seit November gibt.

liberale drucksachen: *Wollen Sie die Beteiligung an Wahlen, konkret in Bremen und Hessen, davon abhängig machen, ob Sie sich Chancen ausrechnen können?*

Ulrich Krüger: Nein, ich will aber nicht einfach sagen, wir nehmen auf jeden Fall daran teil, weil wir das so beschlossen haben, das wäre ja naiv, aber durch diese Entscheidung wird ja auch einiges in Bewegung gesetzt: Mitgliederwerbung, Motivation der Mitglieder, öffentliches Interesse.

liberale drucksachen: *Wo wollen Sie denn die Wähler hernehmen?*

Ulrich Krüger: Lassen Sie es mich am hesischen Beispiel erläutern, weil das eher repräsentativ ist als ein Stadtstaat. Da gab es viele Wähler, die zähneknirschend Börner, den mit der Dachlatte gewählt haben,



LD-Bundesvorsitzender Krüger: "Wir sind ja nicht naiv"

was blieb einem sozialliberalen Menschen denn anderes übrig ...

liberale drucksachen: *die Grünen?*

Ulrich Krüger: die hatten und haben ja viel zu viel Probleme mit sich selbst, bei den Grünen kamen zu der kleinen Zahl überzeugter Anhänger ganz, ganz viele Situationswähler hinzu. Warum sollen die nicht in unseren Ruf einstimmen: Es gibt wieder eine liberale Partei, man kann wieder liberal wählen.

liberale drucksachen: *Der LD-Ehrenvorsitzende William Borm hat neulich in einem Interview sinngemäß gesagt, die SPD allein schafft es nicht, wir müssen ihr Bündnispartner sein. Wollen denn die LD, wie sonst immer die FDP, auch nur wegen ihrer Funktion gewählt werden? Die LD als "Mehrheitsbeschaffer"?*

Ulrich Krüger: Ob man das nun Bündnis oder Koalition nennt, ist sicher nicht so wichtig, und selbstverständlich muß man die gewollte Zusammenarbeit vor allem inhaltlich sehen. Wir können doch noch gar nicht wissen, wie sich die SPD als Oppositionspartei entwickeln wird. Wer will den ausschließen, daß sie von der reaktionär-konservativ-wirtschaftsliberalen Welle so überrollt wird, daß die Kanalarbeiter den Ton angeben und eben kein Freimut Duve oder Günter Verheugen? Daß die SPD sagt, wir sind eine Volkspartei, und deshalb kann uns das "gesunde Volksempfinden" nicht egal sein. Wenn es in einer solchen Situation einen verlässlichen liberalen Partner gibt, dann müssen die Freisinnigen in der SPD nicht völlig verzweifeln.

liberale drucksachen: *Das Thema Num-*

mer 1 der Bundestagswahl, also der "Aufschwung" und Massenarbeitslosigkeit, die werden uns erhalten bleiben. Und Parteien werden daran gemessen, welche Rezepte sie anzubieten haben.

Ulrich Krüger: Die eigentliche Wahlkampf-Lüge war, und das wird sich rächen, daß fast alle den Eindruck erweckt haben, wenn erst mal der Aufschwung komme, dann würde man die Sache mit der Massenarbeitslosigkeit schon wieder in den Griff kriegen. Ich will gar nicht leugnen, daß es zu einer gewissen wirtschaftlichen Belebung kommt (aber nicht, weil Kohl ein besserer Weltökonom wäre als Schmidt), das also kann sich durch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ergeben, aber was bleiben wird, das sind die Arbeitslosen.

liberale drucksachen: *Liberaler Fatalismus?*

Ulrich Krüger: Die Rationalisierungs-Arbeitslosen werden bleiben, und dort, wo noch mehr Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden, wird ihre Zahl noch zunehmen. Deshalb muß alles getan werden, die vorhandene Arbeit auf alle Erwerbsfähigen aufzuteilen. Und die Sozialabgaben, das ist, wie ich finde, ein ganz wichtiger Vorschlag der LD, sollen nicht mehr auf der Grundlage der Löhne und Gehälter abgeführt werden, sondern nach Maßgabe der Wertschöpfung des Betriebs. Dann wird wenigstens nicht mehr der belohnt, der die man-power nach Hause schickt.

liberale drucksachen: *Ein anderes bewegendes Thema des Bundestagswahlkampfes war die Frage der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik. Wie sieht die LD-Position aus?*

Ulrich Krüger: Wer am 6. März CDU/CSU oder FDP gewählt hat, der hat auch Pershing II und Cruise Missiles gewählt. Wir haben im Januar auf unserem Bundesparteitag für den Verzicht auf die Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen votiert. Was aber für unsere Republik so wichtig ist, das ist die Tatsache, daß sich an dieser Frage die Geister scheiden wie sonst vielleicht nur an der Kernenergie. Diese Regierung wird ihre innenpolitische Integrations-Aufgabe sträflich vernachlässigen. Die Folgen sind unabsehbar: Durch mögliche, wahrscheinliche Herbstunruhen werden Rechts- wie Linksextremisten ihre jeweilige Basis verbreitern können. Wie immer in Deutschland wird man die Ordnung auf der Rechten suchen – und wie immer keine finden.

(Die Fragen stellte Volker Hummel)

„Ohne Hoffnung und Zukunftsperspektiven“

Eine der letzten sozialliberalen „Bastionen“ in der FDP, der Landesverband Schleswig-Holstein, hat bei den dortigen Regionalwahlen am 13. März eine vernichtende Niederlage hinnehmen müssen. Die liberalen drucksachen fragten Jürgen Koppelin, der Mitglied des nach der Wahl zurückgetretenen FDP-Landesvorstandes war und noch Mitglied des Bundesvorstandes der Liberalen Vereinigung ist, welche Folgen sich aus der jüngsten Entwicklung für die politischen Perspektiven der noch in der FDP verbliebenen Sozialliberalen ergeben.

liberale drucksachen: Herr Koppelin, Sie und Ihre Parteifreunde haben bei der Landtagswahl am 13. März eine schlimme Niederlage einstecken müssen. Der politische und vor allem auch innerparteiliche „Klärungsprozeß“ ist damit – so jedenfalls interpretiert es die Generalsekretärin der FDP – so ausgefallen, wie es sich die „Wende“-Strategen in Bonn gewünscht haben. Haben Sie das Risiko eines solchen Ausgangs eigentlich gesehen?

Jürgen Koppelin: Wir haben dieses Risiko gesehen. Andere Aussagen als die gemachte wären vielleicht einfacher gewesen, jedoch nicht glaubwürdig. Auf Glaubwür-

schild „FDP“ noch glaubhaft für ein Mandat zur Durchsetzung liberaler Politik werben konnte?

Jürgen Koppelin: Wir haben uns im Wahlkampf nicht als FDP, sondern als F.D.P. präsentiert. Wir müssen immerhin jedoch feststellen, daß durch Genscher der gute Name „Freie Demokratische Partei“ heruntergewirtschaftet worden ist. Daran ändert auch das Ergebnis zur Bundestagswahl nichts, denn da haben viele CDU-Sympathisanten die FDP per Zweitstimme gewählt, um das Schlimmste zu verhindern. Ich habe den Verdacht aufgrund der Koalitionsvereinbarungen, daß auch

zu übernehmen, auch wenn die Verantwortlichen dafür in Bonn sitzen.

liberale drucksachen: Manche, noch in der FDP verbliebene Liberale auch in anderen Bundesländern hatten von der schleswig-holsteinischen FDP, mit ihrer konsequent sozialliberalen Programmatik und Strategie eine Art Schrittmacherfunktion für eine innerparteiliche und gesamtgesellschaftliche Umkehrung der Rückwärtswende erwartet. Raten Sie diesen Parteifreunden nun, ihre Hoffnungen auf den Wunschkandidaten Walter Scheels und der Jungen Liberalen, Ralf Dahrendorf, zu richten?

Jürgen Koppelin: Ich glaube, Ralf Dahrendorf kann nichts dafür, daß er der Wunschkandidat einiger Leute ist. Vielen in der FDP ist inzwischen fast jeder Kandidat zum Bundesvorsitz recht. Wichtig ist nur, daß Genscher geht. Ansonsten kann ich keinem in der FDP etwas raten. Ich bin ja selbst ohne Hoffnung und Zukunftsperspektiven.

liberale drucksachen: Ihr Landesvorstandskollege, Heiner Bremer, hat mit der Begründung, die innere Wandlung der Partei seit dem Koalitionswechsel nicht mehr länger mittragen zu können, die FDP verlassen. Gehen Sie und andere Sozialliberale in der FDP nicht zunehmend das Risiko ein, nach außen als liberales Feigenblatt mißbraucht zu werden, ohne die politischen und personellen Entscheidungen in der Partei beeinflussen zu können?

Jürgen Koppelin: Das müssen Sie Baum, Hirsch, Lüder und einige andere fragen. Ich stehe für Führungsaufgaben in der FDP nicht mehr zur Verfügung, solange Genscher Vorsitzender ist. Ich arbeite in der Kommunalpolitik und in der Liberalen Vereinigung weiter.

liberale drucksachen: Jürgen Koppelin, Sie sind auch Mitglied des Bundesvorstandes der Liberalen Vereinigungen – eines überparteilichen Zusammenschlusses von überzeugten Liberalen. Sehen Sie in Ihrem Engagement hier auch eine Chance, diese überzeugten Liberalen wieder in einer gemeinsamen Organisationsform zur Durchsetzung von sozialliberaler Politik zusammenzuführen?

Jürgen Koppelin: Wenn sich die Liberale Vereinigung nicht als Partei versteht und wenn sie nicht Sprachrohr für persönliche Interessen ist, dann ja. Aber dieses Problem haben wir zur Zeit nicht. Ich hoffe auch, die Liberale Vereinigung kann für alle Liberale „Treffpunkt“ sein, egal in welcher Gruppierung oder Partei sie sich nach der Genscher-Wende zu Hause fühlen.



Die bisherige FDP-Landtagsfraktion in Kiel kann jetzt einpacken

digkeit kam es uns an. Das haben wir im Wahlkampf herausgestellt. Wir hatten nur nicht bedacht, daß inzwischen FDP und Glaubwürdigkeit nicht mehr vom Wähler als zusammengehörig empfunden werden. Der Wähler hat dabei auch für Schleswig-Holstein nicht mehr differenziert.

liberale drucksachen: Sie, die „schleswig-holsteinische FDP“, haben im Wahlkampf für eine zukunftsorientierte, sozialliberale Politik geworben. Waren Sie und Ihre Parteifreunde eigentlich wirklich davon überzeugt, daß nach dem Koalitionsbruch, dem Durchmarsch des Genscherismus auf dem Bundesparteitag und nicht zuletzt auch nach den Stern-Veröffentlichungen über die von Flick eingekauften Wendemänner Ihrer Partei, mit dem Firmen-

diese Wähler jetzt betrogen werden. Zu der Angelegenheit „Flick“ sage ich nichts, solange nicht eine offizielle Verurteilung stattgefunden hat.

liberale drucksachen: Der gesamte Landesvorstand, dem sie ja auch angehörten, ist am Montag nach der Landtagswahl geschlossen zurückgetreten. Kann dies als geschlossenes Eingeständnis einer falschen Wahlkampfstrategie und -politik gedeutet werden, oder heißt dies, daß sie alle die Hoffnung auf eine Reformierbarkeit der FDP als liberaler Partei aufgegeben haben?

Jürgen Koppelin: Nein. Das heißt nur, daß der Landesvorstand bereit ist, für das Landtagswahlergebnis die Verantwortung

„Für den Rechtsstaat gegen die Rechtsregierung“

Die Jungdemokraten werden als parteipolitisch unabhängiger Jugendverband weiterarbeiten. Dieser bereits im November nach der Trennung von der FDP beschlossene Kurs wurde auf der Bundesdelegiertenkonferenz Mitte März in Bonn bestätigt. Die Jungdemokraten präsentierten sich auf ihrem Treffen in einer für diesen radikaldemokratischen Verband ungewohnten Geschlossenheit.

Der bisherige Vorsitzende Werner Lutz befürchtet in seinem Eingangsreferat noch für die Jungdemokraten: „Politisch besteht die schwere Aufgabe, eine gemeinsame Strategie für diesen nach wie vor heterogenen Verband zu verfolgen.“ Die materielle Grundlage für die politische Arbeit der Jungdemokraten hat sich drastisch verändert: „Unsere politische Trennung von der FDP, die uns unter Jugendlichen einen großen Glaubwürdigkeitsbonus einbrachte, ist für alle Gliederungen des Verbands mit finanziellen Repressionen verbunden.“

Doch Weinerlichkeit kam unter den Delegierten nicht auf. Nüchtern, manchmal auch mit einer Portion Zweckoptimismus, wurde die Bedeutung der Jungdemokraten in der Aussprache analysiert. Als radikaldemokratischer und liberaler Jugendverband empfinden sich die Jungdemokraten zur Zeit als konkurrenzlos. Recht selbstbewußt treten sie in den Vergleich mit den Jusos „als bevormundete Jugendabteilung der SPD“, aber auch mit den Grünen, „die gar keine eigene Jugendorganisation haben und immer parlamentarismusfixierter werden“.

Als Arbeitsschwerpunkt für das kommende Jahr haben sich die Jungdemokraten eine Aktion „für den Rechtsstaat gegen die Rechtsregierung“ vorgenommen. In einer Initiative zur Rettung der Freiheitsrechte soll zusammen mit einer Reihe von Bündnispartnern versucht werden, die Öffentlichkeit gegen die geplante Beschneidung von Freiheitsrechten zu mobilisieren. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, das Demonstrationsrecht, die Meinungsfreiheit und viele andere Bereiche sehen die Jungdemokraten von bereits vollzogenen oder angekündigten Freiheitseinschränkungen bedroht. Dieser Grundrechtsabbau, darin waren sich die Anwesenden einig, ist bereits unter Schmidt und Genscher begonnen worden. Doch was jetzt als CDU-Staat droht, übertreffe alle Befürchtungen.

Während diese Arbeitsschwerpunktsetzung und auch die Verabschiedung der inhaltlichen Anträge z.B. gegen die Stationierung der geplanten Mittelstreckenraketen oder für einen Boykott der Volksbefragung einmütig erfolgte, gab es in strategischen Fragen sehr unterschiedliche Posi-

tionen. Heftig umstritten war die Frage, wie sich die Jungdemokraten an der Universität bzw. der Liberale Hochschulverband gegenüber dem Dachverband der Studenten, den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) verhalten sollen. Hierüber war es im liberalen Hochschulbereich zu einer Spaltung gekommen. Die Jungdemokraten forderten nun im Gegensatz zur Mehrheit im LHV eine weitere Mitarbeit in den VDS. Dieser vor allem bündnistaktisch motivierte Streit war für viele Delegierte und Gäste nur schwer nachvollziehbar.

Die Frage, die viel mehr interessierte, nämlich nach der zukünftigen Parteiorientierung, wurde ausgeklammert. Die BDK folgte der Empfehlung von Werner Lutz: „Unsere Arbeit als radikaldemokratischer parteiunabhängiger Jugendverband ist die Nagelprobe auf unseren eigenen politischen Anspruch. Ich halte überhaupt nichts davon, flink von einem parteipolitischen Ansprechpartner zum nächsten zu hüpfen. Jungdemokraten arbeiten heute bei den Liberalen Demokraten, bei den Grünen und auch noch in der FDP mit. Es gibt für uns heute keinen Entscheidungszwang von oben und auch nicht morgen. Die parteipolitische Orientierung wird sich an der Basis im Laufe dieses Jahres klären und darüber wird dann die nächste BDK entscheiden.“

Der Bundesvorsitzende der Liberalen Demokraten, Uli Krüger, der selbst 19 Jahre lang Mitglied bei den DJD gewesen war, zeigte in seinem mit Beifall bedachten Grußwort Verständnis für diese Position: „Wir wünschen uns, Ihr natürlicher Ansprechpartner zu sein, aber wir sind nicht so vermessen, uns für Ihren einzigen Ansprechpartner zu halten.“

Wie jedes Jahr erntete der „älteste Jungdemokrat“ William Borm den meisten Beifall seiner jungen Freunde. Er warnte allerdings auch die Jungdemokraten davor, „ein exklusiver Debattierklub mit hohem theoretischen Niveau zu werden. Damit verzichten Sie weitgehend auf politische Wirksamkeit. Sie können sich andererseits dafür entscheiden, gemeinsam mit den Liberalen Demokraten die vorerst vielleicht letzte Chance aufzunehmen, dem deutschen Liberalismus organisatorische Kraft und politische Zukunft



Martin Budich, neugewählter Bundesvorsitzender der Jungdemokraten wiederzugeben.“

Für alle Teilnehmer überraschend war, daß das Interesse der ausländischen Partnerorganisationen an den Jungdemokraten zugenommen hat. Auf der BDK waren wieder Vertreter westeuropäischer liberaler Jugendorganisationen zu Gast, mit denen die Jungdemokraten in der IFLRY (Internationale Föderation liberaler und radikaler Jugendorganisationen) zusammenarbeiten.

Neben Vertretern der US-amerikanischen Partnerorganisation ADA (Americans for Democratic Action) und etlicher Befreiungsbewegungen waren aus allen osteuropäischen Ländern (außer Albanien) Vertreter von Jugendorganisationen zu Gast.

Auch die Vertreter der Botschaften der Länder, aus denen Gastdelegierte anwesend waren, verfolgten die Konferenz. Den vielen Fragen zufolge wurde vor allem erwartet, daß die Jungdemokraten eine heftige Diskussion über die Frage führten, ob sie sich den Liberalen Demokraten oder den Grünen als Jugendorganisation anschließen wollten. Daß der Verband – nach seinen bisherigen Parteierfahrungen – erst einmal Jugendarbeit machen wollte, erstaunte die Gäste.

Zum Nachfolger von Werner Lutz wurde bei nur sieben Gegenstimmen der bisherige NRW-Landesvorsitzende Martin Budich gewählt. Er gilt nicht nur im eigenen Verband als Organisationsexperte. Er hat eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der linksliberalen Kongresse im vergangenen Jahr gespielt und ist einer der Geburtshelfer und Mitarbeiter der liberalen drucksachen. ●

Verfassungsbeschwerde der LD gegen die Volkszählung

Alle legalen Mittel des Widerstandes ausschöpfen

Hinter dem harmlosen Wort 'Volkszählung' verbirgt sich mehr als die Anfertigung einer Statistik. So werden nicht nur Vor- und Familiennamen, Anschrift, Geschlecht, Geburtstag und der Familienstand erfaßt, sondern z.B. auch Religionszugehörigkeit, Quelle des Lebensunterhalts, Schulabschluß und hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte. Es ist unschwer erkennbar, daß diese umfassende Datenerhebung ausgerechnet im Vorjahr zu '1984' einen Schritt in Richtung 'gläserner Bürger' darstellt.

Zu der geplanten Volkszählung (Stichtag 27.4.1983) sind ab Mitte April in der Bundesrepublik ca. 600.000 Zähler unterwegs, um in jeden Haushalt einen Fragebogen zu bringen und ihn ein paar Tage später wieder abzuholen. Arbeitgeber und Hausbesitzer müssen zusätzlich einen Bo-



Innenminister Zimmermann: Aus seinem Haus stammt der Grundsatz "Datenschutz ist Täterschutz"

gen ausfüllen. Rd. 350 Mio. DM wird diese gigantische Volksinventur kosten. Und die Daten sind nicht etwa anonym: Der Bogen mit Namen und Anschrift trägt dieselbe Kennnummer wie die folgenden Bögen. Zwar ist eigentlich die Weitergabe

von Namen an bestimmte Interessenten verboten, aber durch Anschrift, Geburtsdatum, Telefon läßt sich mühelos der Name ermitteln. Gleich auf der ersten Seite wird eine Frage gestellt, die selbst nach dem Gesetz nicht erlaubt ist: Die Frage nach der Telefonnummer.

Mittlerweile haben sich allerorten Boykottinitiativen gebildet; zahlreiche Verfassungsbeschwerden liegen dem Bundesverfassungsgericht vor, u.a. auch vom Bundesvorstand der Liberalen Demokraten. Die Liberalen Demokraten werden sich allerdings nicht an diesen Boykottaktionen beteiligen, sondern alle legalen Mittel des Widerstandes ausschöpfen.

Die Aufforderung zur Ausfüllung des Fragebogens ist ein sogenannter Verwaltungsakt. Gegen diesen Verwaltungsakt gibt es das Rechtsmittel des Widerspruchs. Der Widerspruch ist gegen die örtliche Behörde zu richten, die die Volkszählung durchführt. Muster für solche Widerspruchsschreiben sind bei allen Gliederungen der Liberalen Demokraten erhältlich. Der Widerspruch hat jedoch keine aufschiebende Wirkung, d.h. die Verpflichtung zur Auskunft bleibt bestehen. Man kann jedoch gleichzeitig mit dem Widerspruch einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung stellen. Auch dafür gibt es Muster bei allen Gliederungen der Liberalen Demokraten. Allerdings ist auch mit dieser Antragstellung die aufschiebende Wirkung noch nicht erreicht. In derartigen Verfahren schlagen Verwaltungsgerichte den Behörden jedoch oftmals den Abschluß eines Vergleichs vor, bei dem die Behörden sich verpflichten, keine Bußgeldbescheide zu erlassen und auch keine Zwangsgelder festzusetzen.

Die Bußgeldandrohung ist im übrigen höchst streitig: Das Volkszählungsgesetz selbst enthält nämlich keine Bußgeldvorschriften. Eine Bußgeldandrohung ist nur im Bundesstatistikgesetz enthalten; danach handelt ordnungswidrig - und kann mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 DM geahndet werden - wer eine Auskunft nach § 10 Bundesstatistikgesetz nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.

Es muß sich dabei aber um eine "Beantwortung der ordnungsgemäß gestellten

Fragen bei der Durchführung einer Bundesstatistik" handeln. Da der Befragungszweck des Volkszählungsgesetzes aber weit hierüber hinaus geht, ist die Nichtbeantwortung der bei der Volkszählung gestellten Fragen nach Meinung vieler Juristen nicht ordnungswidrig. Das Volkszählungsgesetz enthält auch keine sogenannte Rechtsfolgeverweisung auf die Bußgeldvorschriften des Bundesstatistikgesetzes. Bei Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid entscheidet das örtlich zuständige Amtsgericht.

Bei der politischen Diskussion um die Zulässigkeit der Volkszählung wird oftmals argumentiert, daß die Fragen "doch gar nicht so schlimm" seien. Bei der Bewertung des Fragenkataloges ist jedoch nicht die Bedeutung jeder einzelnen Frage maßgeblich. Entscheidend ist vielmehr die Kombination der Daten und ihre Zuordnung zu der jeweiligen Person. So wird

TABAK für Pfeife und Zigarette

Wir liefern: praktisch alle Pfeifentabake sowie spezielle Angebote nur für unsere Versandkunden. Z.B.:

Pfeifentabak

"HOLLAND BLEND"

mild, aromatisch, duftend

250 g. NUR DM 13,50 DM

500 g. NUR DM 22,- DM

Solange der Vorrat reicht!

Und auf Dauer:

**"Echte Hollandse Sigaretten-
tabak", Halfzwaar, American,
oder Lichte**

250 g. NUR DM 14.90

500 Zigarettenhülsen

NUR DM 9,50

TABAKVERSAND HILLE

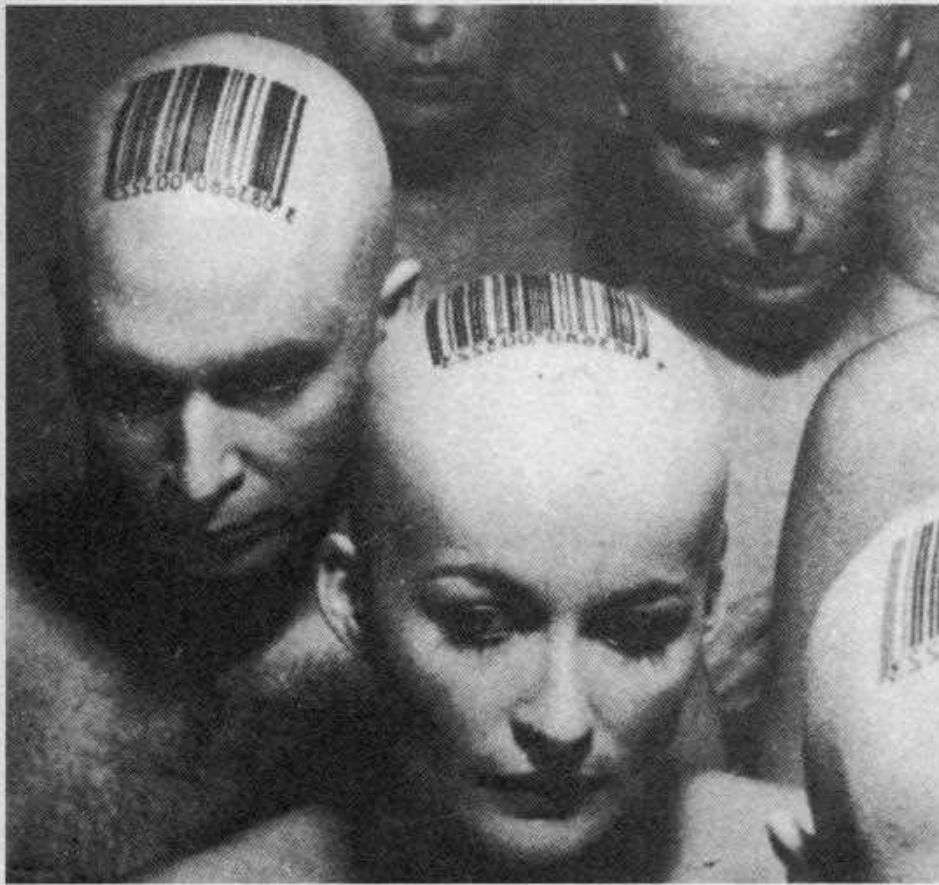
4459 Getelo 124

Bestellungen bis 50,-DM DM 2,50

Versandkostenanteil, über 50,-

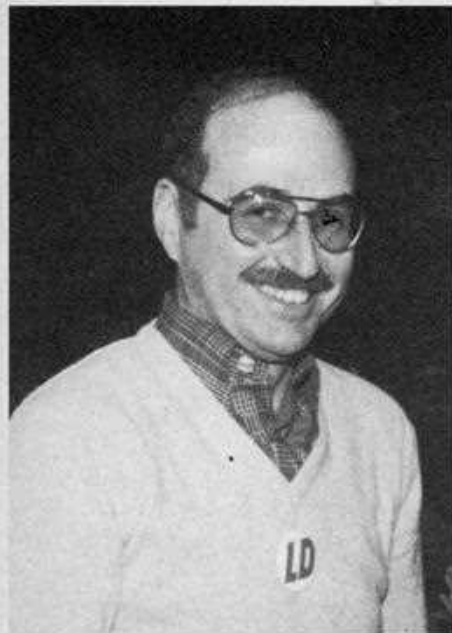
frei.

Lieferung gegen V-Scheck oder
per Nachnahme (plus Gebühr)



Boykottaufkleber: Der gläserne Mensch

auch in der Verfassungsbeschwerde des Bundesvorstands der Liberalen Demokraten argumentiert. Die zentrale Erfassung der Grunddaten des menschlichen Daseins, wie Wohnung, Ausbildung, Arbeitsstätte, Religionszugehörigkeit, stellen für die Verdattung des Menschen eine neue Qualität dar. Mit der Einrichtung einer zentralen Datei ist eine allumfassende Bestandsaufnahme jeder Einzelperson in jeder Beziehung möglich und auch wahr-



Rafael Lewental vertritt die Liberalen Demokraten in Karlsruhe

scheinlich geworden. Dies ist zwar nicht Sinn und Zweck des Gesetzes, es schafft aber die Voraussetzungen, die praktisch nicht wieder rückgängig zu machen sind.

Wenn auch nach dem Gesetz die Daten letztendlich anonym gespeichert werden sollen, so kann doch die Anonymität bei dem Stand der heutigen Datentechnologie nicht mehr hinreichend gesichert werden. Eine Rückentschlüsselung und damit die Entanonymisierung der Daten ist für einen Computerfachmann heute kein Problem mehr. Deshalb kann auch eine Datenschutzgarantie nicht mehr ernsthaft gegeben werden. Wenn man weiß, daß es bereits heute kein Problem ist, auch das optische Erscheinungsbild eines Menschen mit Hilfe der Digitaltechnik computermäßig zu speichern, erscheinen die Beobachtungsmethoden in George Orwells "1984" vergleichsweise harmlos. Der Einwand, wir lebten schließlich in einem demokratischen Rechtsstaat und Mißbrauch sei daher ausgeschlossen, mag stichhaltig klingen. Politische Verhältnisse ändern sich jedoch. Und in den "Grauzonen" der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes ist eine wirksame parlamentarische und rechtliche Kontrolle ohnehin kaum möglich. Wirkungsvoller wäre es, die Daten erst gar nicht in diesem Umfang zu speichern. Dann können sie auch nicht mißbraucht werden.

Hanspeter Knirsch

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes

Das Bundesverfassungsgericht hat in der Entscheidung vom 16.7. 1969 zur Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Repräsentativstatistik (Mikrozensus) ausgeführt (BVerfGE 27, S. 1, 6):

"Nach Art. 1 Abs. 1 GG ist die Würde des Menschen unantastbar und muß von aller staatlichen Gewalt geachtet und geschützt werden. In der Wertordnung des Grundgesetzes ist die Menschenwürde der oberste Wert. Wie alle Bestimmungen des Grundgesetzes beherrscht dieses Bekenntnis zu der Würde des Menschen auch den Art. 2 Abs. 1 GG. Der Staat darf durch keine Maßnahme, auch nicht durch Gesetz, die Würde des Menschen verletzen oder sonst über die in Art. 2 Abs. 1 GG gezogenen Schranken hinaus die Freiheit der Person in ihrem Wesensgehalt antasten. Damit gewährt das Grundgesetz dem einzelnen Bürger einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung, der der Einwirkung der öffentlichen Gewalt entzogen ist.

Im Lichte dieses Menschenbildes kommt dem Menschen in der Gemeinschaft ein sozialer Wert- und Achtungsanspruch zu. Es widerspricht der menschlichen Würde, den Menschen zum bloßen Objekt im Staat zu machen. Mit der Menschenwürde wäre es nicht zu vereinbaren, wenn der Staat das Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, den Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren, sei es auch in der Anonymität einer statistischen Erhebung, und ihn damit wie eine Sache zu behandeln, die einer Bestandsaufnahme in jeder Beziehung zugänglich ist.

Ein solches Eindringen in den Persönlichkeitsbereich durch eine umfassende Einsichtnahme in die persönlichen Verhältnisse seiner Bürger ist dem Staat auch deshalb versagt, weil dem einzelnen um der freien und selbstverantwortlichen Entfaltung seiner Persönlichkeit willen ein "Innenraum" verbleiben muß, in dem er "sich selbst besitzt" und "in den er sich zurückziehen kann, zu dem die Umwelt keinen Zutritt hat, in dem man in Ruhe gelassen wird und ein Recht auf Einsamkeit genießt". In diesen Bereich kann der Staat unter Umständen durch eine – wenn auch bewertungsneutrale – Einsichtnahme eingreifen, die die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch den psychischen Druck öffentlicher Anteilnahme zu hemmen vermag."

In der DDR ist man sich bereits sicher. Die neuen US-Mittelstreckenraketen werden stationiert werden. Das konnte z.B. schon im Februar eine Delegation der Vereinigten Deutschen Studentenschaften "drüben" hören. Die Rüstungsspirale fände kein Ende mehr (kein Ende...?).

Die bundesdeutsche Friedensbewegung will sich dennoch nicht so leicht unterkriegen lassen. Zwar muß das Ergebnis der Bundestagswahl erst einmal verkräftet und analysiert werden. Doch schon vorher muß jedem Aktiven eigentlich klar gewesen sein: Weder die Stationierung noch ihre Verhinderung ist allein von Wahlergebnissen abhängig.

Wir wissen heute aus unbestrittenen Meinungsumfragen, daß die Mehrheit der Bevölkerung der BRD die Stationierung ablehnt. Worauf es gerade nach dem Ergebnis der Bundestagswahl ankommt, ist, diese Mehrheit auch zur Aktivität zu gewinnen, damit sie nicht in jedermanns privatem Kopf versteckt bleibt.

Auf einem Treffen der in der Friedensbewegung aktiven Organisationen und auf einem Kongreß "autonomer" Friedensgruppen noch vor der Bundestagswahl gab es erheblichen Streit, auf welche Weise weitergearbeitet werden soll. "Gewaltfrei" oder nicht? Wo fängt "Gewalt" überhaupt an? Und wird sie nicht zuerst vom Staat, von den Stationierern angewendet? Fällt man einfach auf Kriminalisierungsstrategien herein, oder ist es einfach eine Selbstverständlichkeit für die Friedensbewegung, "gewaltfrei" zu agieren?

Die "Mehrheiten" in der Friedensbewegung sind in diesen Fragen klar. Wer Frieden politisch will, kann ihn auch nur mit friedlichen Mitteln erkämpfen. Gleichzeitig wächst aber auch das Verständnis für die wachsende Zahl derer, die verzweifeln. Man sehe doch, daß sich mit den traditionellen Mitteln an der Politik nichts verändert habe. Nun müsse man die Stationierung in der "direkten Konfrontation" verhindern, z.B. indem man sich auf die Autobahn vor den Raketentransporter legt. Auch wenn man diese Einschätzung falsch findet: Den Kriminalisierern Zimmermann, Waigl und Co. darf man diese Leute nicht in die Hände treiben. Wir werden noch viel darüber diskutieren müssen.

Die Gewaltdiskussion wird man dabei kaum zu einem gemeinsamen Ende bringen können. Sie lenkt auch von der Sache ab, um die es geht. Zuallererst muß die Stationierung verhindert werden. Dabei kommt es einzig und allein darauf an, ob durch bestimmte Aktionsformen der Widerstand verbreitert oder verengt würde. Verbreitert wird er sicher eher durch friedliches von Haus zu Haus gehen für atomwaffenfreie Straßen und Ortschaften als durch die "direkte Konfrontation" mit der Staatsmacht.

Diskussion in der Friedensbewegung:

Die Bevölkerung zu aktivem Widerstand gewinnen



Friedensdemonstration in Bonn: "Allein durch einen Spaziergang am 22.10. läßt sich friedenspolitisch kaum etwas bewegen"

Diskussionen in der Friedensbewegung hat die Tatsache ausgelöst, daß man dort seit dem Sturz der sozialliberalen Regierung — das wird sich nach dem 6.3. noch verstärken — viele neue Gesichter begrüßen konnte. Zufällig waren das fast alles Sozialdemokraten. Natürlich kann jede Verstärkung nur willkommen sein. Aber gebranntes Kind scheut Feuer. Auch die Angst vor der Integration, vor der Kanalisierung geht wieder um. Es war auch zu auffällig: Jusos, Falken, Gustav-Heinemann-Initiative, eine Initiative für den internationalen Ausgleich (von SPD-MdB Karsten Voigt gegründet), ja selbst ein "Beobachter" des DGB war dabei. Alle waren noch bei der Vorbereitung der Demonstration am 10.6.82 nie gesehen worden, und nun kamen alle auf einmal.

Wie tief die Neurosen voreinander sitzen, kann man an dem Streit sehen, was die Friedensbewegung nun im Herbst tun soll. In ganz Westeuropa und den USA soll es koordinierte Aktionen gegen das Wettrüsten geben. Am 22.10. sollen bereits in London, Kopenhagen, Den Haag und Brüssel nationale Demonstrationen stattfinden. Vor allem die "Autonomen" Gruppen sind dagegen, daß auch die bundesdeutsche Friedensbewegung am 22.10. eine zentrale Kundgebung in Bonn durchführt und einige besonders gewiefte Sozialdemokraten geben ihnen recht. Denn was könnte die SPD Schlaues machen, als die Demonstration von der Friedensbewegung ablehnen zu lassen und dann selbst eine zu organisieren. Denn alle

müßten sie kommen; perfekter wäre die Integration kaum denkbar.

Klar muß natürlich auch jedem sein: *allein* durch einen "Spaziergang" am 22. 10. läßt sich friedenspolitisch kaum etwas bewegen. Viel wichtiger ist die Kleinarbeit. Lieber Leser, ist Ihre Straße schon "atomwaffenfrei"? Schon mal Ihre Nachbarn gefragt? Schon mal bei Ihrer örtlichen Friedensinitiative gewesen? Sie wissen doch, es gibt nichts Wichtigeres ...!

Teil dieser Arbeit, überwiegend sehr viel Kleinarbeit, müssen aber auch zentrale Aktivitäten sein. Diejenigen, die politisch für das Wettrüsten geradestehen, sitzen in den Hauptstädten. Warum sollte man ihnen nicht an einem Sonntag zeigen, daß wir immer mehr werden. Gäbe es solche Aktivitäten nicht mehr, würde unsere Kleinarbeit bald totgeschwiegen.

Diese Überlegungen haben eigentlich wenig — wie oft befürchtet wird — mit der Fernlenkung durch irgendeine Partei, seien es SPD, Grüne oder DKP, zu tun. Im Gegenteil: Wenn die Friedensbewegung das verhindern will, muß sie jede Aktionsform, dezentrale wie zentrale, selbst als Bündnis nutzen, damit sie nicht von anderen besetzt und monopolisiert werden können. Das ist eigentlich viel autonomer als viele, die sich so nennen.

Martin Böttger

(Martin Böttger ist Jungdemokrat im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften und hat die Demonstration am 10.6. mit vorbereitet)

Bildungsreform – Anfang der siebziger Jahre "an der Spitze der Reformen" – wer sie heute fordert, gerät in den Verdacht, "falsch programmiert" zu sein. Es ist längst nicht mehr "in", von "Chancengleichheit" zu reden, obwohl es sie nach wie vor nicht gibt in dieser Republik.

Denn halten wir fest: Trotz Bildungs-expansion und -investitionen in den vergangenen dreizehn Jahren und obwohl mehr Schüler heute auf die höhere Schule gehen, ist es nach wie vor so, daß nicht einmal jedes zehnte Arbeiterkind die Chance hat, in die gymnasiale Oberstufe zu gelangen. Die Gesamtschule ist auf Eis gelegt, auch in den Bundesländern, die sie einst auf ihr Panier geschrieben haben. Der große Abschlußbericht über den Modellversuch "Gesamtschule", seit Ende 1982 ist er verabschiedet und veröffentlicht – in Bund und Land wird er gleichsam totgeschwiegen.

Bildungspolitik – daß sie ein Wahlkampfthema war, wäre wohl weidlich übertrieben. Keine der parlamentarischen Parteien hat sie derzeit so richtig auf der Pfanne, kocht sie bestenfalls auf Sparflamme. Und eine gemeinsame Bildungsplanung – logische Folge dieser Enthaltensamkeit – findet so gut wie gar nicht mehr statt. Bestes Beispiel: die reichlich gekappte Kompetenz der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, eines Forums, in dem sich Bund und Länder Anfang 1980 noch um die bestmöglichen Wege in die neunziger Jahre raufen. Vom Winde verweht.

Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit insgesamt und Wirtschaftsflaute, die Bewältigung dieser Probleme sei nun einmal vordringlicher, hört man von allen Seiten. Sicher ist das nicht abzustreiten. Die Frage ist nur, ob man auf Dauer dieses kurzfristige Krisenmanagement betreiben kann, ohne Perspektive und ohne langfristige Konzeption. Die aber zeichnet sich bisher nirgends ab. Die Fortschreibung des Bildungsgesamtplans und sein Scheitern signalisierte nicht nur Finanzierungsproble-



Bundesbildungsministerin Wilms: Politik der Nichteinmischung

Bildungspolitik in der Krise

Provinz statt Perspektive

me des Staates, sie signalisierte auch das Ende jenes Anfang der siebziger Jahre von allen Parteien gewünschten "Kooperativen Föderalismus". So wenig erfolgreich er auch war, dem Bürger vermittelte dieses Gremium zumindest zeitweilig das Gefühl, daß da noch nachgedacht würde

auch seine Zweifel haben am Sinn und Zweck gemeinsamer Bildungsplanung. 7 von 11 Bundesländer sind von CDU/CSU regiert und nun auch noch der Bund dazu. Da besteht ja ohnehin Konsens, daß es künftig, vorrangig und bundesweit, um die Förderung des "Schwerstbegabten"



Lehrerin, Schüler: Von Chancengleichheit ist keine Rede mehr

über die Zukunft seiner Kinder.

Inzwischen ist die bundesrepublikanische Bildungslandschaft im Begriff, wieder kleinkariert zu werden. Je nach politischer Couleur macht jedes Land seine Schulpolitik und zwar eigenwilliger denn je. Da wird in Baden-Württemberg wieder die Hauptschule in ihre alte Rolle als Schule der "praktisch Begabten" gedrängt, die dann möglichst viele Kinder wieder besuchen sollen. Aufnahmeprüfungen für Grundschüler, Notendurchschnitt 2,5 für das Gymnasium, sind bereits geplant. Da hat auch der Bayerische Ministerpräsident schon vor der Wahl klipp und klar gesagt, wie es in Bayern künftig gehalten wird. Das "sogenannte Recht auf Bildung" müsse wieder an "unabdingbare Voraussetzungen wie Anlagen, Neigungen und Leistungen" gebunden werden. Weitere Gesamtschulen dürfe es nicht geben. Man könnte dies alles auf einen Punkt bringen: Provinz statt Perspektive, Abschottung statt Kooperation. Der Kulturföderalismus der fünfziger und sechziger Jahre läßt wieder grüßen. Und der Bund hält sich da raus. Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) beschwor bisher jedenfalls die Politik der Nichteinmischung in Länderkompetenzen.

Nun kann man bei nüchterner Betrachtung der realpolitischen Lage vielleicht

und eine "gesunde Auslese" geht. Aber so einfach liegen die Dinge nun auch nicht mehr. Auch CDU-regierte Bundesländer müssen mit der bildungspolitischen "Erblast" der Sozialliberalen leben und tun es offenbar nicht ungern. Beispiel Niedersachsen, wo die Orientierungsstufe zum festen Schulbestand gehört und auch die dreizehn integrierten Gesamtschulen. Die Gleichheit der Lebensverhältnisse, immerhin ein Verfassungsgebot, auf Dauer ist sie nicht einzulösen, wenn Bund und Länder sich nicht wieder an einen Tisch setzen, um jenes Auseinanderdriften zu registrieren und langfristig bildungspolitische Perspektiven und Standards zu entwickeln. Oder soll es nach jahrelangem Bemühen um gleiche Bildungschancen wieder so sein, daß es ein Glücksfall ist, nicht nur, in welchen sozialen Status ein Kind hineingeboren wird, sondern auch in welches Bundesland?

Wenn man einmal durchcheckt, was sich da gegenwärtig so tut: Da werden in fast allen Bundesländern in Kindergärten und Initiativen die Schotten dicht gemacht, Stellen gekappt, Beiträge erhöht. Der Kindergarten retour zur teuren Bewahranstalt? Kompensatorische Erziehung, jedem Kind die gleichen Startchancen unabhängig vom Elternhaus – die Auswirkungen der Sparpolitik auf diese Zielsetzung wird gesamtstaatlich

schlicht verdrängt. Da werden in allen Bundesländern flott die Planstellen für Lehrer gestrichen, obwohl nach wie vor Unterricht ausfällt und Fördermaßnahmen auch. Da werden Lehramtsstudiengänge umgewidmet. Um die "Vergreisung" der Lehrerkollegien als Folge dieser Politik kümmert sich niemand. Denn auf zehn bis fünfzehn Jahre ist Bildungspolitik derzeit eben nicht angelegt. Man lebt von der Hand in den Mund. Daß es in einigen Ländern Kindern möglich ist, sechs Jahre zur Grundschule/Orientierungsstufe zu gehen, in anderen aber die Entscheidung über den Bildungs- und damit auch Lebensweg schon nach vier Grundschuljahren fällt, wen schert es derzeit? Die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen durch die Kultusminister kann diese unterschiedlichen Startchancen nicht ausgleichen. In elf Bundesländern und dort wiederum regional verschieden, gibt es es inzwischen bunte Schulstrukturen, etwa nur Gesamtschulen (Wetzlar), Gesamtschulen und dreigliedrige Schule (Stadtstaaten, Hessen, Nordrhein-Westfalen) oder nur das alte Schulsystem konkurrenzlos. Die Folgen für den einzelnen – gesamtstaatlich diskutiert werden sie seit langem nicht mehr. Oder das Thema rückgängige Schülerzahlen und ungleiche Schulversorgung in Stadt und Land. Das "katholische Arbeitermädchen vom Lande", einst Kunstfigur der Bildungsforscher, in der sich alle Benachteiligung bündelte, rückt es in greifbare Nähe. Oder die Unterschiede in der Schuldauer: In einem Bundesland gibt es zehn Pflichtschuljahre, im anderen nur neun. Die Liste ließe sich unschwer erweitern. Es sind Probleme eines neuen Bildungsgefälles, man mag es auch föderative Chancenungleichheit nennen, die durch die ständige Beschwörung der "geistigen Wende" sicher nicht zu lösen sind, sondern nur durch nüchterne Analyse und gemeinsame Planung. Der ideologische Grabenkrieg um Eliten- statt Massenbildung, um neue und alte Tugenden verstellt nur den Blick auf eine Entwicklung, die für den einzelnen Bildungsmöglichkeiten erweitert bzw. reduziert und für die Republik die Rückkehr in den bildungspolitischen Provinzialismus bedeuten könnte. Die damit verbundene Ungleichheit in den Lerninhalten, der Trend zu neudeutscher Innerlichkeit, der Abschied von der Schule, die auch kritisches Denken vermittelt, dürfte die Rückkehr in die bildungspolitische Kleinstaaterei nur noch beschleunigen.

Weltniveau hat das Ganze sicher nicht mehr. Vor dem Hintergrund der großen Strukturprobleme dieser Gesellschaft und angesichts der Diskussion um gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und berufliche Freizügigkeit in der Europäischen Gemeinschaft mutet diese innerdeutsche Entwicklung jedenfalls mehr als makaber an.

Jutta Wilhelmi



Verlegung von Glasfaserkabeln: "massenweise Arbeitsplatzvernichtung"

Medientagung in Hannover:

Selbst Alternativen schaffen

Vom 10. bis 13. Februar fand in Hannover eine medienpolitische Tagung statt, die u.a. von den Grünen, der Humanistischen Union, Anti-Kabel-Initiativen und der Assoziation Freier Radios ("Piratensender") getragen wurde. Als Ergänzung zu unseren Medienartikeln in der letzten Ausgabe der liberalen drucksachen gedacht, konzentriert sich der Tagungsbericht von Hans Georg Koll auf die Arbeit von Gruppen, die sich bestimmte basisbezogene Aktivitäten im Medienbereich zur Aufgabe gemacht haben.

Anti-Kabelinitiativen

Anti-Kabel-Initiativen wollen auf lokaler Ebene die Bevölkerung über die Folgen der Verkabelung bzw. der "neuen Medien" aufklären und breitere Aktionen gegen diese Medienpolitik in Gang bringen. Solche Gruppen gibt es vor allem in den vier Großstädten, in denen demnächst "Kabel-Pilot-Projekte" anlaufen sollen: in Dortmund ("Bürgerinitiative Stoppt Kabelfernsehen"), München ("Münchner Bürgerinitiative gegen Kabelkommerz"), Mannheim-Ludwigshafen und West-Berlin ("Berliner Initiative gegen Kabelfernsehen" und "Kreuzberg-Neuköllner Anti-Kabel-Gruppe"), ferner auch in Braunschweig ("Kabelblock-AG Neue Medien"), Stuttgart (Arbeitskreis Kabelfernsehen), Mainz und anderswo. Ferner gibt es innerhalb der Grünen und der GAL örtliche und regionale Gruppen, die sich mit diesen Fragen befassen. Diese Gruppen wenden sich mit Informationsbroschüren, Faltblättern u.ä. an die Öffentlichkeit, aber auch mit Informationsveranstaltungen.

Erich Mohn von der Münchner Initiative berichtete ausführlich über die Arbeit und die Erfahrungen dieser Gruppen. Das Bild, das er da zeichnete, klang alles andere als optimistisch: Für die Gefahren von Kommerzfunk und "totalem Fernsehen" zeigten sich die meisten Leute wenig an-

sprechbar ("Ich bin selbst ja jederzeit frei, mein Radio oder meinen Fernseher an-, aus- oder umzuschalten; wenn andere zu 'doof' sind, so ist das doch deren Bier!"). Viel wirksamer sei da das Argument "massenweise Arbeitsplatzvernichtung durch Kabel-Terminal und Bildschirmtext", denn da fühlten sich die Leute in ihrer elementaren materiellen Existenzangst angesprochen. So sei es ratsam, bei der Öffentlichkeitsarbeit vorwiegend auf dieser Ebene zu argumentieren.

Was die weitere Arbeit dieser Gruppen angeht, so wurde unter anderem eine bundesweite Aktion zum Boykott des "Kabelgroschens" vorgeschlagen, der im Rahmen der am 1. Juli 1983 in Kraft tretenden Rundfunkgebührenerhöhung von allen Rundfunkteilnehmern regelmäßig zu zahlen sein wird (monatlich 0,45 DM für die Finanzierung "notwendiger Innovationen" im Rundfunkwesen!).

Radio und Fernsehen "von unten" ist das Ziel sogenannter "freier Radio-Gruppen" und "Video-Gruppen", die ebenfalls auf lokaler und regionaler Ebene den Programmen der etablierten Rundfunk- und Fernsehanstalten selbstgeschaffene Alternativen entgegensetzen wollen.

Freie Radios

Derzeit gibt es in der Bundesrepublik 20 - 22 solcher Mini-Sender, die von

Angehörigen "linker" und "grün-alternativer" Gruppen betrieben werden, z.B. "Radio Wahnsinn" in Köln, "Radio Fledermaus" in Münster/West., "Radio Zebra" in Bremen und "Radio Dreyeckland" in Freiburg (letzteres arbeitet mit gleichnamigen "Schwester"-Sendern in Basel und im Elsaß zusammen). In den freien Radios werden soziale Fragen, Umwelt- und Frauenprobleme usw. behandelt, wobei nach Möglichkeit Betroffene selbst zu Wort kommen sollen. Wegen des bis jetzt noch illegalen Status dieser Sender (aufgrund des gesetzlichen Sendemonopols der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten) können sie meist nicht länger als eine Viertelstunde lang ausstrahlen, z.T. zu unterschiedlichen Zeiten und auf unterschiedlichen Frequenzen. Daher sind die Wirkungsmöglichkeiten der Freien Radios bis jetzt recht schwach; ihre Sendungen dürften eher eine symbolische Funktion haben.

So wollen die "Freundeskreise" der Freien Radios eine Kampagne für deren Legalisierung starten – wobei man freilich auch befürchtet, daß die zuständigen Behörden oder Aufsichtsgremien die Zulassung von der Einhaltung bestimmter gesetzlicher Auflagen abhängig machen würden, wodurch die Artikulationsmöglichkeiten dieser Rundfunkmacher gerade in brisanten Fragen empfindlich eingeschränkt werden könnten. Bei den Diskussionen zu diesem Thema wurde auch die Frage laut, ob es nicht sinnvoller sei, sich um "offene" Kanäle oder Sendezeiten im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehprogramme zu bemühen, etwa nach Art der den Kirchen zugestandenen Sendezeiten, welche diese frei und ohne Kontrolle durch die Rundfunkaufsichtsgremien ausgestalten dürfen. Auch die Frage des Verhältnisses zwischen Freien Radios und öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten wurde diskutiert: Muß dieses immer ein "Gegeneinander" sein, oder wären auch gegenseitige Befruchtung und Ergänzung denkbar?

Video-Gruppen

Solche Gruppen gibt es an zahlreichen Orten. Auch sie wollen in Wort und Bild soziale Probleme und Konflikte (z.B. auch Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei Demonstrationen, Hausbesetzungen usw.) behandeln, und zwar aus der Sicht der Betroffenen. In Videotheken sollen solche Bilddokumente gesammelt und Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Allerdings – so ging aus der Diskussion hervor – reichen auch bei diesem Medium, ähnlich wie bei Freien Radios und linken Alternativzeitungen die Wirkungsmöglichkeiten leider nur selten über den Bereich der "linken Szene" hinaus – ganz im Gegensatz zum kommerziellen Video-Markt!

Hans Georg Koll

Neue alte Wirtschaftspolitik:

Wunderdroge Wachstum

Am Montag nach der Wahl glichen Börsenplätze orientalischen Basaren. Unternehmer unternahmen wieder etwas – geht es nun wieder aufwärts wie in den fünfziger Jahren? Anfang 1983 hat die Republik des Wirtschaftswunders 2,5 Millionen Arbeitslose, so viel wie noch nie. Fachleute der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit prognostizieren für den nächsten Winter noch mehr. In dieser neuen Klassengesellschaft ist den Arbeitslosen eine besondere Rolle zugedacht: Sie sollen durch verordneten Verzicht auf soziale Absicherung den Aufschwung finanzieren. Reagan und Thatcher lassen grüßen.

Die Rezepte sind zu einfach, um nicht bei verängstigten Wählern fruchtbaren Boden zu finden. Angst um den Arbeitsplatz, Angst um den Rückgang des Lebensstandards machen anfällig für Demagogie: Wirtschaftswachstum als Wunderdroge. In den fünfziger Jahren wurden alle Probleme mit dieser Wunderdroge gelöst. Warum nicht auch heute?

Zur Erinnerung: Wer auch nur ein Nullwachstum bei den Arbeitslosenzahlen anstrebt, braucht ein Wirtschaftswachstum von etwa 4 %, bei rund 6 % erst könnte Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

Daß aber schon zwei bis drei Prozent Wirtschaftswachstum den gleichen Anstieg des realen Produktionsvolumens wie die vier- bis fünfprozentigen Raten der Wirtschaftswunderzeit bedeuten, wird leicht übersehen: Das Produktionsvolumen hat sich schließlich seit den fünfziger Jahren vervielfacht.

Als Blick in die Zukunft heißt das: Die rechnerisch notwendige Wachstumsrate von 6 %, die die Arbeitslosigkeit abbauen könnte, bedeutet eine Verdoppelung des Sozialprodukts bis Ende der neunziger Jahre. Doppelt so viele Autos wie heute, doppelt so viele Fernsehapparate, doppelt so viele Bügeleisen, doppelt so viel Kaugummi. Eine wahrhaft verheerende Vorstellung. Abgesehen von der Frage, wer diesen verdoppelten Produktberg überhaupt kaufen könnte oder wollte: Niemand kann sich heute auch nur eine annähernde Vorstellung von der Umweltbelastung einer solchen Entwicklung machen. Denn Verdoppelung der Produktion bedeutet ja auch Verdoppelung der eingesetzten Rohstoffe – woher eigentlich nehmen? – und Verdoppelung der Umweltbelastung durch Luftverschmutzung, Abwasseranfall und Abwärmebelastung.

"Wachstum", das sei zur Ehre der Ökonomen gesagt, ist ein statistischer Begriff. Er besagt nicht weniger, aber auch nicht mehr, als daß die Menge der in einem Zeitabschnitt produzierten Güter und Dienstleistungen größer ist als im vorangegangenen Zeitabschnitt.

Politikersprache hat den Begriff für andere Zwecke nutzbar gemacht: Der rein statistische Inhalt ist dem politischen Ziel "Mehr Lebensqualität" gleichgesetzt

worden. Auf einer zweiten Vereinfachungsstufe ist dann dem Bürger (als Wähler) klargemacht worden, Lebensqualität drücke sich ja schließlich aus im Lebensstandard, also der Ausstattung der Haus-



DGB-Kundgebung: so viel Arbeitslose wie noch nie in der Geschichte der BRD

halte mit Kühlschränken, Autos und Fernsehapparaten.

Wachstum und Lebensqualität haben aber nur sehr eingeschränkt etwas miteinander zu tun: Jeder Verkehrsunfall, dessen Folge ein langandauernder Krankenhausaufenthalt des Autofahrers und eine kostenaufwendige Reparatur des Autos ist, steigert zwar das Wirtschaftswachstum, kaum aber die Lebensqualität des Betroffenen. Jeder Hobbygärtner, der Gemüse und Früchte zur Freude der Verwandten und Freunde selbst anbaut, steigert zwar sein Ansehen, vermindert aber das Wirtschaftswachstum, weil dem Wochenmarkt Kunden entzogen werden. Jeder Arzt, der durch Aufklärung und Information dazu beiträgt, daß seine potentiellen Patienten erst gar nicht seine Praxis aufsuchen müssen, schädigt das Wirtschaftswachstum, wohl kaum aber das Wohlergehen der Bürger.

Ökonomen weisen weit von sich, diese Begriffsklitterung zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität verantwort-



Demonstration gegen Elbverschmutzung: Nicht durch mehr Markt, sondern durch gesellschaftlichen Druck wurde der Umweltschutzgedanke durchgesetzt

Wachstumsimpulse durch Innovationsschübe:

Umweltschutz schafft Arbeitsplätze

Im steten Bemühen vereint waren die "Kräfte der Mitte", wenn es darum ging, uns die Rückkehr zur Steinzeit zu ersparen. Die Lichter sollten ausgehen, wir sollten mit "kaltem Hintern überwintern", Arbeitsplätze sollten Mangelware werden, wenn – ja wenn sich die Umweltschützer mit ihren unausgereiften Schwärmereien durchsetzen würden.

Nun haben uns die staatstragenden Kräfte vor diesem Unbill bislang bewahrt – und uns 10 % Arbeitslose beschert. Und zwar ohne, daß der Umweltschutz über die Maßen forciert worden wäre.

Nicht durch "mehr Markt", sondern durch gesellschaftlichen Druck wurden Umweltschutzgedanken durchgesetzt und fanden Eingang in Produktionsformen. Und siehe da – Arbeitsplätze wurden geschaffen. Per Saldo war der Gewinn an Arbeitsplätzen größer als der Verlust. Aber dies ist nur ein Effekt von Umweltschutzmaßnahmen.

Die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die Umweltbelastung entstehen, sind ohnehin größer als die Aufwendungen für deren Eingrenzung. Schätzungen bezüglich der Schäden belaufen sich auf 3 bis 5 % des Bruttosozialprodukts. Eine Quantifizierung allerdings stößt auf

Schwierigkeiten: Wie will man, neben den meßbaren Schäden an Gebäuden, Korrosion und Aufwand für Reinigung, passiven Lärmschutz und Gewässeraufbereitung, solche Kosten einrechnen, die durch die noch nicht absehbaren Schäden durch den sauren Regen und die durch Umweltverschmutzung verursachte Krankheitsquote und höhere Sterblichkeit berechnen. Überschlägige Analysen kommen immer zu dem gleichen Ergebnis: Die Kosten der Umweltbelastung sind wesentlich höher als die Kosten für Umweltschutzaufwendungen.

Zwar können Umweltschutzaufgaben die wirtschaftliche Ertragskraft eines Unternehmens kurzfristig belasten, weil sie in die Produktionskosten einzurechnen sind, aber unstrittig ist auch, daß Investitions- und Innovationsschübe Wachstumsimpulse bringen.

Durch eben diese Effekte werden auch, und das ist neu an der Betrachtung von Umweltschutz, Beschäftigungseffekte ausgelöst. Gutachter des Münchener Ifo-Instituts haben (übrigens im Auftrag des Bundesvorstands der Deutschen Industrie) errechnet, daß es in der BRD derzeit ca. 1.100 Unternehmen der Umwelttechnik mit rund einer halben Million Be-

ten zu müssen, und in Universitäten und Instituten wird seit geraumer Zeit diskutiert, wie man den Papiertiger "Wirtschaftswachstum" mit der Unterscheidung zwischen Qualität und Quantität zähmen kann. Allerdings sind bislang alle Versuche, den schillernden Begriff "Lebensqualität" in ökonomische Berechnungen einfließen zu lassen, gescheitert.

Wachstum ist die Steigerung des Sozialprodukts – Lebensqualität drückt sich in der Möglichkeit aus, für den Arbeitslohn Güter und Dienstleistungen zu erwerben, in der unentgeltlichen Inanspruchnahme von öffentlichen Dienstleistungen für Bedürftige, in der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der humanitären Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, in der Länge der Arbeitszeit, in der Qualität und Chancengleichheit im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in den Wohn- und Wohnumfeldbedingungen und mit allem eng verknüpft in den Umweltverhältnissen sowohl im eigentlichen persönlichen Bereich (Wohnwelt, Arbeitsplatz) als auch im öffentlichen Bereich (Luft, Wasser).

Lebensqualität heißt also nicht unbedingt: mehr Strom, sondern eher: intelligentere Form der Stromnutzung, heißt nicht: lediglich Schulen bauen und

schäftigten gibt.

Für 1980 errechnete das Institut einen positiven Beschäftigungseffekt von 300000 Arbeitsstellen: ca. 170.000 durch Aufwendungen der öffentlichen Hand, 80.000 in der Industrie, 30.000 beim Export von Umweltschutztechnik, der Rest bei der Forschung und beim Recycling.

Die oft und laut beklagte Vernichtung von Arbeitsplätzen wegen Umweltschutzaufgaben, die die Kosten in die Höhe trieben, ist gegengerechnet worden: Zwischen 1970 und 1980 gingen jährlich gerade zwischen 1.100 und 2.800 Arbeitsplätze durch Kostensteigerung verloren; weitere 5.000 Arbeitsplätze verschwinden jährlich, weil die Unternehmen die Produktion in nicht so sensible Länder verlagern und damit den Umweltschutzaufgaben zu entgehen suchen.

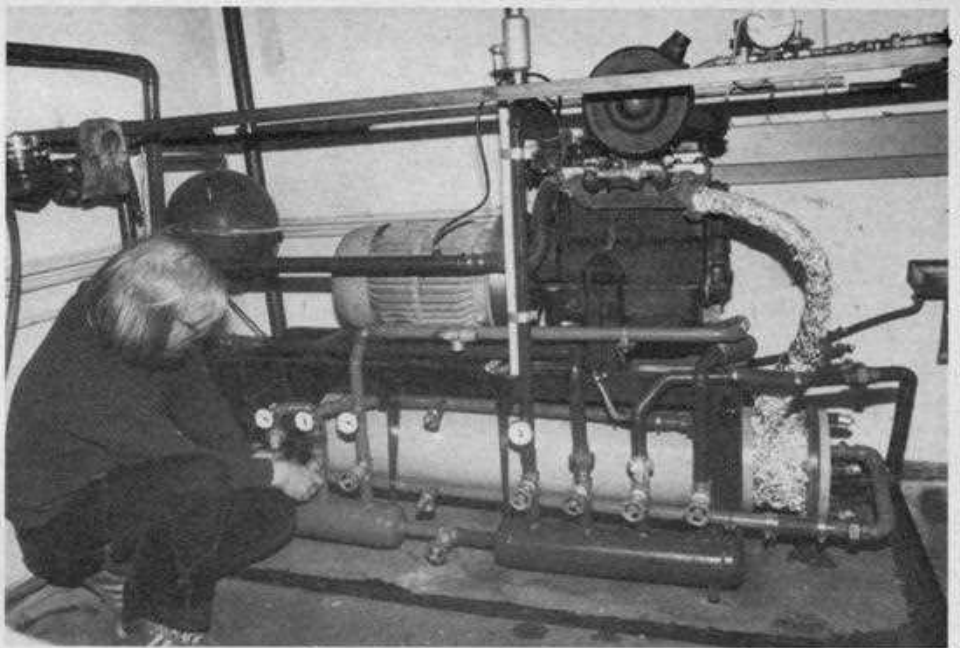
Fazit aller Analysen: Umweltschutz hat in den letzten Jahren weit mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet. Zusätzliche Investitionen in Bereiche wie Fernwärme, Energieeinsparung, Wasserreinigung etc. können sogar als Initialzündung für einen neuen Aufschwung dienen. Ob das gemeint war mit dem Wahl-Slogan der CDU/CSU/FDP? Hoffen wirs.

unterhalten, sondern vor allem: Ausbildung der Bürger verbessern, heißt nicht nur: mehr Güter zu produzieren, sondern: bessere Güter produzieren, die langlebig sind und wiederverwertbar. Ist denn die Abkehr von der Plastikmilchtüte hin zur Milchkanne wirklich ein Rückschritt? Lebensqualität heißt auch und vor allem, die Umweltbelastung auf ein Minimum zurückzuschrauben. Die Kosten für Umweltschutzmaßnahmen sind Produktionskosten wie andere auch. Oder ökonomisch ausgedrückt: Es gibt keine freien Güter mehr, Luft und Wasser haben ihren Preis. Oder ist es z.B. ökonomisch so sinnvoll, erst Verkehrslärm (auf privatwirtschaftlicher Ebene) zu produzieren und die Kosten für die passiven Lärmschutzmaßnahmen dann zu sozialisieren, d.h. staatlicherseits Schutzwände zu bauen.

Der Weg in eine zukunftsgerechte Ökonomie, in der gefragt wird, was wachsen soll, wo etwas wachsen soll, welchem Zweck es dient und die auch die möglichen Folgen diskutiert – also die Abkehr von einer Strategie des "Wachstum, koste es, was es wolle" – ist verstellt durch spezielle Kapitalinteressen und auch – für den Bürger hautnah spürbar – durch behördliche Schikanen.

Warum darf der Bürger in seinem Garten das Regenwasser vom Dach nicht in einer Tonne sammeln, um damit seine Beete zu bewässern oder kein Windrad aufstellen, um seinen Strom selbst zu erzeugen? Es bedarf schon enormer ideologischer Seifenblasen, um dem Bürger dies klarzumachen.

Wie inhaltsleer die Floskel vom marktwirtschaftlichen Verhalten in Teilbereichen geworden ist, zeigt die Praxis der Stromproduzenten, die hier auf "self-fulfilling-prophecy" setzen. Die Versor-



Alternatives Mini-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung: statt umwelt- und verbraucherfreundlicher Energieerzeugung ...

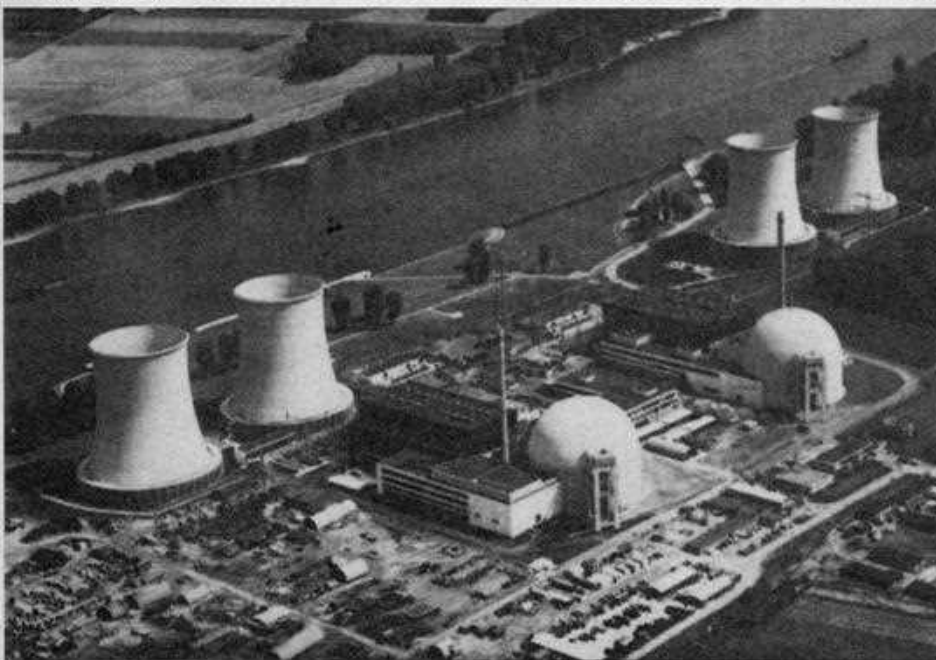
gungsunternehmen haben sich die Lieferpflicht mit dem Abnahmepflicht erkaufte. Dies schien solange unproblematisch, solange niemand den Prognosen z.B. der Elektro-Versorgungsunternehmen (EVU) widersprach. Und diese Prognosen waren und sind – dem Profit zuliebe – auf dauerndes Wachstum ausgerichtet. So wird etwa der Ausbau der Fernwärmetechnologie und der Kraft-Wärme-Kopplung wesentlich durch die EVUs gehindert, die sich in den fünfziger und sechziger Jahren auf den vermeintlich zukunftssträchtigen Ausbau von Großanlagen zur Energiesicherung versteift haben. Um die Investitionen rentierlich zu machen, brauchten die EVUs Abnahmegarantien für ihren Strom, sie setzten daraufhin und auf die Prognose eines unverändert wachsenden Stromverbrauchs vor allem auf Atom-

kraft. An kleinen dezentralisierten Kraft-Wärme-Kraftwerken, die in Verbrauchernähe stehen müssen und z.B. mit Abfällen betrieben werden können, war damals noch kein Bedarf.

Die Technologie der Atomkraft läßt sich aber nicht auf die Idee der Kraft-Wärme-Kopplung übertragen: Die Folge ist, daß lediglich Gemeinden, die nicht dem Anschluß- und Abnahmepflicht gefolgt sind, heute Fernwärmenetze in nennenswertem Umfang ausbauen können.

Ungebrochene Fortschrittsgläubigkeit hat kapitalintensive Produktionsformen zu Lasten arbeitsintensiver bezogen. Zwar kann niemand die Uhr zurückdrehen wollen in eine Zeit, in der Menschen statt Maschinen die Knochenarbeit leisteten. Aber niemand kann auch wollen, daß Maschinen die Menschen vom Arbeitsmarkt verdrängen.

Vorhersagen aus den fünfziger Jahren lasen sich wie Märchen: Im Jahr 2000 würden wir nur noch 20 Stunden arbeiten, der Lebensstandard werde unvergleichlich hoch sein, Maschinen würden die Arbeit erledigen. Viel ist eingetroffen, vor allem was den Lebensstandard angeht und den Einsatz von Maschinen, die Arbeitszeit ist jedoch in unvergleichlich niedrigerer Weise gesunken. Arbeit genug ist für alle da, wenn sie nur gerecht verteilt würde. Aber anstatt eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit anzustreben (z.B. durch Arbeitszeitverkürzung auf allen Ebenen) und anstatt die Unternehmen anzureizen, die Produktion in gesellschaftlich akzeptabler Form abzuwickeln, kuriert man an Symptomen, schlimmer noch, flüchtet sich vor den Fragen der achtziger und neunziger Jahre in die Antworten der fünfziger.



Atomkraftwerk: ... Bau vermeintlich zukunftssträchtiger Großanlagen

„Das eindruckvollste Dokument der Revolution“

Karl Marx und die Neue Rheinische Zeitung 1848/49

Am 14. März 1883 starb Karl Marx kurz vor seinem 65. Geburtstag im Londoner Exil. Kein anderer Philosoph oder Ökonom – wie immer man ihn bezeichnen mag – hat auf die Entwicklung der Weltpolitik in den seitdem vergangenen hundert Jahren einen größeren Einfluß ausgeübt. Kein anderer ist auch so leidenschaftlich umstritten wie er. Die Interpretationen seiner Werke sind unüberschaubar, die Zahl der Epigonen und Schulen ist es ebenfalls.

Durch allen Streit um seine Schriften zieht sich die Frage, ob er nun ein Humanist, ein Philantrop gewesen sei, oder ob es ihm – wie der liberale Philosoph Ludwig Marcuse meint – um den Menschen nur insoweit ging, als er unter die Regeln von Maß und Zahl zu zwingen ist, als er Natur und Geschichte unter die wissenschaftlichen Regeln des dialektischen und historischen Materialismus zu fassen vermag. Dabei geht es nicht um einen rein akademischen Streit: Der Diktator Stalin schickte die Gegner der „wissenschaftlichen“ Auffassung, deren einzig gültige Interpretation die Einheitspartei des Proletariats bzw. ihre Führer zu liefern hatten, kurzerhand in die Vernichtungslager und ließ sie umbringen.

Marx selbst hat zusammen mit Friedrich Engels in den Jahren der „Revolution“ von 1848/49 die deutsche Politik zu beeinflussen versucht. Aus Belgien ausgewiesen, kamen sie am 10. April 1848, also unmittelbar nach den März-Aufständen, in Köln an. Kurz zuvor, im Februar, war das „Manifest der Kommunistischen Partei“ erschienen, in dem als Strategie für die proletarische Revolution in der ersten Phase das Zusammengehen mit der Bourgeoisie, die Unterstützung der bürgerlichen Revolution festgelegt wurde. Erst nach deren Erfolg sollte der Kampf gegen die Bourgeoisie beginnen, in dessen Fortgang sich das Proletariat emanzipieren und schließlich zum Sieg und damit zur Diktatur gelangen müsse.

Getreu diesem Grundsatz löste Marx den in Köln erst kurze Zeit existierenden Kommunistenbund gegen manche Widerstände aufgrund seiner „diskretionären Gewalt“ auf. Bereits vorher hatte er sich an der Gründung des „Demokratischen Vereins Köln“ beteiligt, in dem auch Vertreter des demokratischen Bürgertums organisiert waren. Als Repräsentant dieses Vereins trat Marx in den folgenden Monaten auf. Daneben existierte auf der äußersten Linken der „Arbeiterverein“ des angesehenen Kölner Armenarztes Andreas Gottschalk. Gottschalk lehnte die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie grundsätzlich ab und war nicht bereit, der im Manifest vorgezeichneten Linie zu folgen. Als Gegengewicht zum „Arbei-



Karl Marx (1818 - 1883)

terverein“ hatten „gemäßigte“ Demokraten den „Verein der Arbeiter und Arbeitgeber“, geführt vom späteren Kölner Bürgermeister Hermann Becker, gegründet. Er stand auf dem Boden des Klassenfrie-

dens. Diese drei Vereine repräsentierten nach außen die republikanischen und demokratischen Kräfte der Revolution. Nach innen lieferten sie sich – vor allem Gottschalk und Marx – erbitterte Kämpfe.

An die Stelle des aufgelösten Kommunistenbundes sollte nach dem Willen von Marx die „Neue Rheinische Zeitung“ treten. Schon vor Marxens Ankunft hatten einige Radikale um Georg Weerth und Heinrich Bürgers sich um die Gründung der Zeitung bemüht. Sie waren in ihrer Mehrzahl keine Kommunisten und wollten Marx zunächst gar nicht in der Redaktion haben. Schon bald aber hatte Marx das Blatt trotzdem in seiner Hand, und am 1. Juni 1848 erschien die erste Nummer mit Karl Marx als Chefredakteur. Die Zeitung trug den Untertitel „Organ der Demokratie“ und wies schon dadurch auf Marxens Absicht hin, das Organ der „großen Aktionspartei“ der deutschen Revolution zu schaffen. In 301 Ausgaben (bis zum 18. Mai 1849) trug die Zeitung kontinuierlich – mit einer kurzen Unterbrechung – die Handschrift ihres Chefredakteurs. Marx benutzte sie als Agitationsblatt gegen die deutsche und die preußische Reaktion auf der einen und gegen die äußerste Linke, die das Zusammengehen mit den bürgerlichen Demokraten ablehnte, auf der anderen Seite.

Schon bald agitierte Marx gegen die



Barrikaden-Kampf im März 1848

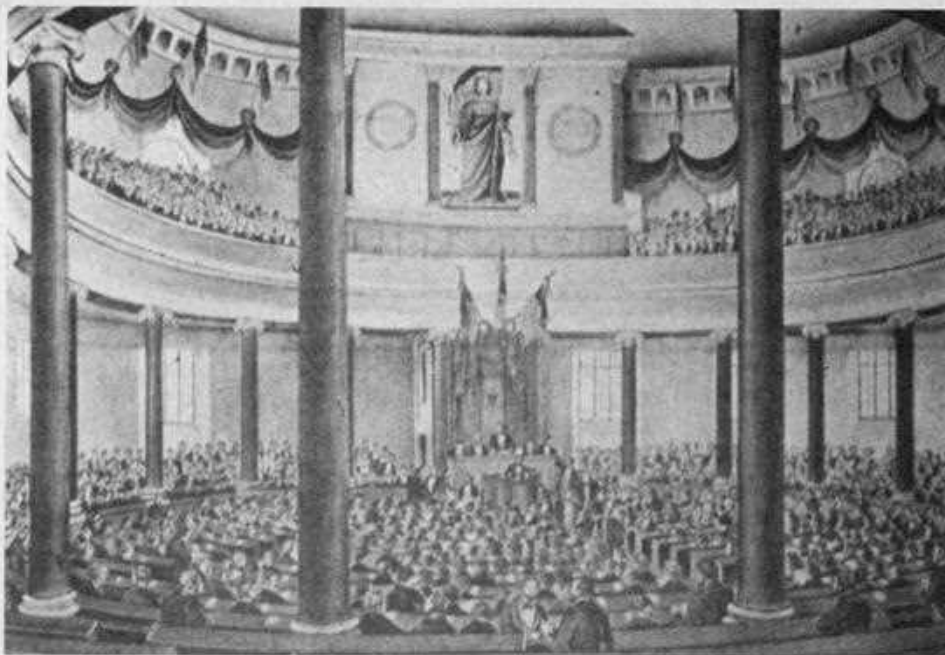
fruchtlosen Debatten der Frankfurter Nationalversammlung und forderte zur Rettung der deutschen Revolution und zur Befreiung Polens den Krieg gegen Rußland. Das zaristische Regime galt als die reinste Verkörperung der Reaktion in Europa. Sein Fall, so hoffte Marx, werde die deutsche Einigung und damit den gleichzeitigen Untergang der Habsburger und Hohenzollern zur Folge haben. Zum Krieg kam es nicht, und eine der Hoffnungen von Marx war also dahin.

Wegen der pointiert revolutionären Haltung der "Neuen Rheinischen Zeitung" waren viele Aktionäre abgesprungen. Marx mußte eine Reise durch Österreich und Deutschland antreten, um neue Mittel zu besorgen. Die Bittgänge blieben erfolglos, und hätten am 18. September nicht polnische Demokraten 2.000 Taler übersandt, wäre die wirtschaftliche Situation wohl hoffnungslos gewesen.

Zur gleichen Zeit trat in Berlin die preußische Regierung Auerswald - Hansemann zurück. Die Gangart von Krone, Militär und Polizei gegen demokratische Tendenzen wurde härter. Als schließlich am 16. September die Frankfurter Nationalversammlung dem Frieden von Malmö zwischen Preußen und Dänemark (nach dem Krieg um Schleswig-Holstein) zustimmte und damit nach Ansicht der Demokraten eine nationale Sache verriet, flammten überall in Deutschland – auch in Köln – erbitterte Proteste auf. Marx konnte nur mit Mühe den Putsch verhindern, der gegenüber den alarmierten Truppen aussichtslos gewesen wäre. Köln wurde unter Belagerungszustand gestellt, die "Neue Rheinische Zeitung" verboten. Engels und andere Redakteure mußten ins Ausland fliehen. Marx und Weerth blieben, bis auf Druck auch des "gemäßigten" Bürgertums Berlin am 3. Oktober den Belagerungszustand und das Verbot der Zeitung wieder aufheben mußte.

Als auch die Septemberunruhen wirkungslos verpufft waren, richtete Marx seine Hoffnungen auf den Wiener Oktoberaufstand. Leidenschaftlich rief er alle Demokraten zu seiner Unterstützung auf. Jedoch verhallen seine Appelle nahezu ungehört. Von diesem Mißerfolg verbittert, richtete er die Agitation wieder auf Preußen. Am 1. November hatte der Ministerpräsident Graf Brandenburg getreu dem Motto des Königs "Gegen Demokraten helfen nur Soldaten" die Preußische Nationalversammlung mit Waffengewalt davongejagt. Marx rief daraufhin in der "Neuen Rheinischen Zeitung" und am 18. November auch im Namen der Rheinischen Demokraten zur Steuerverweigerung auf. Alles aber half nichts: Am 5. Dezember erhielt Preußen von der Reaktion eine Verfassung diktiert, die die Feudalherren in die alten Rechte wiedereinsetzte.

Enttäuscht von der ängstlichen Hal-



Nationalversammlung in der Paulskirche: Marx attackierte in der Neuen Rheinischen Zeitung deren fruchtlose Debatten

lung des Bürgertums änderte Marx die Linie der Zeitung: Jetzt agitierte er gegen die Bourgeoisie und zeigte klar die Gegensätze zum Proletariat auf. Die Revolution konnte nach seiner Auffassung nur noch gegen die Bourgeoisie vollendet werden. Auch die nationalen Motive, deren er sich in der Rußland- und Dänemarkfrage bedient hatte, gab Marx jetzt auf. Er hoffte vielmehr auf die revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse und auf einen Funken, der nach Deutschland und ganz Europa überspringen, schließlich zum "Weltkrieg" führen möge.

Ein letztes Mal versuchte Marx vor den Wahlen zur 2. Preußischen Nationalversammlung am 22. Februar 1849 die Allianz mit der bürgerlichen Linken, bevor er am 14. April endgültig aus dem "De-

mokratischen Verein" austrat und den Kommunistenbund wiederaufleben ließ. Er begründete seinen Schritt damit, daß der Verein zu viele "heterogene Elemente" in sich schloße und damit ineffektiv sei. Heterogene Elemente, deren Zusammenschluß wegen er acht Monate vorher Gottschalks Arbeiterverein im Namen des Kommunistischen Manifests bekämpft hatte. Das letzte Aufflammen der Revolution im Mai wurde von der "Neuen Rheinischen Zeitung" agitatorisch unterstützt. Das Ende der Aufstände im Rheinland bedeutete auch das Ende der Zeitung: Marx wurde am 16. Mai wegen Störung der Ruhe und Ordnung aus Preußen ausgewiesen, am 18. Mai erschien die letzte Ausgabe – ganz in rot gedruckt. Ferdinand Freiligrath hatte ein in Reime gefaßtes "Abschiedswort" geschrieben. Marx liquidierte die Zeitung in aller Eile und ging über Baden, wo er kurz die revolutionären Truppen besuchte, und Paris in das Londoner Exil. Sein Abschied von Deutschland war endgültig.

Wie man die Rolle von Marx für die deutsche Revolution im "tollen Jahr" 1848/49 auch immer interpretieren mag, die er im Sinne des von ihm und Engels verfaßten Kommunistischen Manifestes auszufüllen versuchte: Die 301 Ausgaben der "Neuen Rheinischen Zeitung" sind das eindrucksvollste publizistische Dokument der Revolution – und ihres Scheiterns. Marx stand fortan der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum ablehnend gegenüber und definierte die Revolution als eine rein proletarische Angelegenheit. Der Gang der Geschichte gab ihm nicht immer recht, weil der Mensch eben doch nicht nur ein "Arbeiter, ein Bearbeiter" und nicht vollends unter die von ihm selbst erdachten "wissenschaftlichen" Maßstäbe zu zwingen ist.

Karl-Heinz Hense



Die letzte Ausgabe mit einem Abschiedswort von Ferdinand Freiligrath

Ein liberaler Pazifist

Wenn man sich etwas näher mit dem Leben und Wirken des deutschen Friedensnobelpreisträgers von 1927, Ludwig Quidde (1858 - 1941) befaßt, dann ist es leicht möglich, daß man von ihm auf den ersten Blick enttäuscht ist. Als Historiker, der er von Beruf war, gehörte er gewiß nicht zu den ganz Großen in Deutschland. Er ist in keiner Weise vergleichbar etwa mit einem Leopold von Ranke, Heinrich von Treitschke, Theo-



Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde
dor Mommsen oder Friedrich Meinecke. Auch als politischer Publizist und Schriftsteller ist seine Bedeutung ebenso begrenzt wie seine Rolle als Politiker. Als Publizist hatte er weder das Format etwa eines Maximilian Harden noch das eines Carl von Ossietzky. Und als Politiker ist er weder ein Staatsmann vom Range Stresemanns noch beispielsweise eine führende Persönlichkeit des Reichstags gewesen, sondern nur ein in seinem Wirkungskreis begrenzter, langjähriger bayerischer Landtagsabgeordneter und Landespolitiker. Am Ende steht ein enttäuschender Lebensabend in der Schweizer Emigration. Mag so das äußere Erscheinungsbild Quiddes wenig erfreulich sein, so reizt es doch immer wieder, sich mit ihm zu beschäftigen und die Stufen und Stadien seiner Entwicklung nachzuzeichnen. Dies umso mehr im Gedenken an seinem 125. Geburtstag am 23. März 1983.

Ludwig Quidde war ein Sohn der Hansestadt Bremen. Dort wurde er 1858 als Sohn eines begüterten Bremischen Großhandelsunternehmers geboren. In Bremen besuchte er das humanistische Gymnasium bis zum Abitur und vieles in seiner

Wesensart, vor allem seine liberale und demokratische Grundhaltung, seine ihm eigene innere Gradlinigkeit und politische Eigenwilligkeit mag auf diese seine Herkunft zurückzuführen sein. Von 1877 an studierte er Geschichtswissenschaft, daneben Philosophie und Nationalökonomie, zunächst in Straßburg, dann in Göttingen.

In Göttingen promovierte er 1881 bei dem Historiker Julius Weizsäcker über die Wahl des späteren Kaisers Sigismund zum deutschen König 1410/11 und suchte anschließend eine akademische Gelehrtenlaufbahn anzustreben. Gleichzeitig erlaubte sich Quidde aber schon hier einen kurzen Ausflug in politische Gefilde. Der Antisemitismus, der damals an deutschen Universitäten fröhliche Urstände feierte, forderte ihn zum Widerstand und zu entschiedener Kritik heraus. Klarer als andere erkannte er die Gefahren, die sich aus der Verbreitung des Antisemitismus im Hochschulbereich ergaben und protestierte dagegen sowohl in einer öffentlichen Versammlung als auch in einer von ihm anonym verbreiteten Schrift. Mehr denn je erscheint diese damalige Protesthaltung Quiddes heute bemerkenswert und beachtlich. Beweist sie doch nicht nur persönliches politisches Engagement, sondern auch eine besondere Weitsichtigkeit und Zivilcourage.

Nach dieser kurzen politischen Exkursion kehrte Quidde zunächst ganz in die historisch-wissenschaftliche Forschungsarbeit zurück. Sein Hauptarbeitsgebiet fand er in der Erforschung des deutschen Spätmittelalters und zwar in der Edition der deutschen Reichstagsakten des 14. und 15. Jahrhunderts, die sein Lehrer Julius Weizsäcker schon seit 1867 betrieb. Ab 1882 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter dieser Edition, zunächst in Frankfurt am Main, dann in Königsberg, wo er 1881 eine Halbjüdin heiratete. Daneben veröffentlichte er verschiedene wissenschaftliche Arbeiten zur deutschen Geschichte im 13. und 14. Jahrhundert und suchte bis 1885 seine Habilitation voranzutreiben. Als ihn 1885 sein väterliches Erbe unabhängig machte, gab er diese Absicht auf.

1888 zum ao. Mitglied der Historischen Kommission der Bayrischen Wissenschaften in München ernannt, begann er nun ab 1888 auch die Herausgabe einer besonderen "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" und übersiedelte 1890 nach München - bis 1933 sein Wirkungsort.

1890 vorübergehend mit der Leitung des Preußischen Historischen Instituts in

Rom betraut und aus diesem Anlaß mit dem Professorentitel ausgestattet, brachte ihm 1893/94 eine besondere politische Affäre dann das Ende jeder weiteren wissenschaftlichen Tätigkeit.

Es war das sehr freimütige offene Bekenntnis zum Pazifismus und die Kritik am "Caesarenwahn" des damaligen Kaisers Wilhelm II., die diesen Abschied Quiddes erzwang. 1892 war in Deutschland nach dem Vorbild der Oesterreichischen Friedensgesellschaft eine Deutsche Friedensgesellschaft gegründet worden. Im Rahmen dieser Bewegung ließ Quidde anonym 1893 eine Anklageschrift gegen den Militarismus in Deutschland erscheinen, eine Philippika, die damals erhebliches Aufsehen erregte und mit Recht als eine der glänzendsten Analysen des Militarismus angesehen wird. Ein Jahr später, 1894, wagte Quidde die Veröffentlichung einer bissigen aggressiven Satire gegen das gesamte Wilhelminische Herrschaftssystem in Deutschland: "Caligula - eine Studie über römischen Caesarenwahnsinn" hieß diese Schrift, die Quidde unter seinem vollen Namen publizierte und in der er in einer sehr scharfen Tonart eine Abrechnung mit dem Regierungsstil Kaiser Wilhelms II. im Gewande einer Lebensskizze des römischen Kaisers Caligula lieferte.

Die "Caligula"-Studie, zunächst in spielerischer Absicht begonnen, war ein Frontalangriff auf die damalige deutsche Gesellschaft - und wurde von Quidde teuer bezahlt. In einem spektakulären Prozeß wurde er 1896 wegen Majestätsbeleidigung zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ihm wurde der "Ehrentitel" eines Gelehrten abgesprochen. Dazu wurde er seines Amtes in der Leitung der Reichstagsakteneedition enthoben. Auch die Herausgabe seiner historischen Zeitschrift mußte er niederlegen.

War nun für Quidde die weitere wissenschaftliche Laufbahn beendet, so eröffnete sich dafür für ihn auf dem Gebiete der Politik ein neues weites Tätigkeitsfeld. Die Festigkeit der politischen Überzeugung, ein gewisses Organisationstalent und eine beachtliche rhetorische Begabung waren ihm dabei behilflich. Schon 1893 schloß er sich der "Deutschen Volkspartei", der Partei der süddeutschen Demokraten, an, gründete 1894 in München eine demokratische Tageszeitung, die "Münchener Freie Presse", die bis 1900 erschien, und übernahm 1896 die Führung des von ihm aufgebauten Landesverbandes seiner Partei. Ein ihm zugedachtes Reichstagsmandat lehnte er 1903

Ludwig Quidde Caligula Schriften über Militarismus und Pazifismus



Syndikat

Die Caligula-Studie Ludwig Quiddes ist 1977 bei der Frankfurter Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft neu veröffentlicht worden.

ab. Von 1907 - 1918 gehörte Quidde als führendes Mitglied der Fraktion zunächst der Deutschen Volkspartei, dann, nach 1910, der Fortschrittlichen Volkspartei dem Bayerischen Landtag an. Als Demokrat und Pazifist spielte er hier eine markante, wenn auch regional sehr begrenzte Rolle.

Neben der Landtagsarbeit trat für Quidde immer mehr die Arbeit für die Deutsche Friedensgesellschaft in den Mittelpunkt des Wirkens. Schon seit 1901 gehörte er als deutscher Vertreter dem Internationalen Friedensbüro in Bern an, wenig später war er ständiger deutscher Leiter auf den jährlich stattfindenden Weltfriedenskongressen und seit 1907 auch Mitglied der "Interparlamentarischen Union" der pazifistischen Parlamentarier aller Länder. Sein besonderes Interesse galt — auch hier seiner Zeit weit voraus — der deutsch-französischen Aussöhnung. 1907 gelang es ihm, in München den ersten pazifistischen Weltkongress auf deutschem Boden zu organisieren. Im Frühjahr 1914 wurde Quidde schließlich zum Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt, ein Amt, welches er in der Folgezeit fünfzehn Jahre lang mit Energie und Geschick ausübte, zunächst unter den Belastungen des Weltkrieges, später unter verschiedenen internen Spannungen in der Friedensgesellschaft. Während des Krieges trat er unter anderem mit einer großen Denkschrift gegen die Kriegszielforderungen der großen deutschen wirtschaftlichen Inter-

senverbände hervor. Unermüdlich, wenn auch vergeblich, versuchte er für eine rasche Beendigung des Krieges einzutreten. Nach dem Kriege — 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung — wurde er zu der wohl wichtigsten Integrationsfigur der deutschen Friedensbewegung und erlitt dadurch manche Verfolgung und manchen Ärger aufgrund seiner sehr konsequenten pazifistischen Haltung. 1924 wegen angeblichen "Landesverrats" verhaftet, weil er publizistisch gegen die sogenannte "Schwarze Reichswehr" aufgetreten war, wurde er 1927 gemeinsam mit dem Franzosen Ferdinand Buisson mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Er war der zweite Deutsche — nach Gustav Stresemann — der diesen Preis erhielt. War diese Auszeichnung auch eine gewichtige Anerkennung für Quidde persönlich, so konnte sie dennoch nicht seine persönliche Resignation verdecken, die ihn dann ein Jahr später veranlaßte, den Vorsitz der Friedensgesellschaft niederzulegen und sogar 1930 aus dem Verband auszutreten.

Im gleichen Jahr traf Quidde noch eine weitere sehr wichtige Entscheidung: Er machte den Zusammenschluß der Deutschen Demokratischen Partei, der er seit 1919 angehört hatte, mit dem Jungdeutschen Orden und die Gründung der Deutschen Staatspartei in sehr entschiedener Haltung nicht mit, sondern gründete im August 1930 zusammen mit Helmuth v. Gerlach und anderen in Nürnberg eine linksliberale "Vereinigung unabhängiger

Demokraten", deren Vorsitz er übernahm.

Von der späteren Umbildung und Erweiterung in eine "Radikaldemokratische Partei" hielt er zwar dann nicht viel und gab ihr wenig Chancen; aber interessant ist, daß vieles von der entschieden demokratisch-pazifistischen Geisteshaltung Quiddes in die Programmatik dieser Partei eingeflossen ist. In der Auseinandersetzung der Partei Liberale Demokraten unserer Tage mit der Freien Demokratischen Partei sind manche Parallelen zu jenen Vorgängen bei den Gründungen der Radikaldemokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei von 1930 erkennbar. Ludwig Quidde kann zu Recht als einer der geistigen Väter eines radikalen demokratischen Liberalismus unserer Tage angesehen werden.

Nach der Machtergreifung verließ Quidde im Frühjahr 1933 ohne seine Familie Deutschland und ging nach Genf ins Exil. Ein Weiterleben in einem nationalsozialistischen Staat war ihm unerträglich. In Genf führte er in den folgenden Jahren im Kreise Gleichgesinnter ein sehr bescheidenes und zurückgezogenes Asylantendasein. Nur einige Auslandsreisen, auf denen er alte Verbindungen zu Freunden zu festigen und zu erhalten suchte, unterbrachen diesen Alltag. Am 5. März 1941 erlag er einer Lungenentzündung. Nur wenige Freunde waren bei der Trauerfeier für ihn in Genf zugegen.

1979, 38 Jahre nach seinem Tod, wurde aus seinem Nachlaß von Karl Höll eine geschichtliche Darstellung des deutschen Pazifismus im 1. Weltkrieg von Ludwig Quidde veröffentlicht. Quidde hatte daran vor allem in seinen letzten Genfer Exiljahren gearbeitet. Die Publikation ist ein wichtiges posthumes Zeugnis für die Bemühungen Quiddes um die Wiedergewinnung des Friedens im 1. Weltkrieg und könnte als tröstlicher Ausgangspunkt für unsere heutige Gesamtwürdigung seines Lebensweges gewertet werden. Aber dem steht andererseits doch einiges entgegen. Quidde ist sichtlich nicht nur als Historiker an seiner politischen Überzeugung gescheitert, sondern auch als Politiker und Pazifist. Seine Bemühungen um den Frieden in der Welt sind sicherlich anzuerkennen und wurden durch die Verleihung des Friedensnobelpreises 1927 entsprechend gewürdigt. Aber es ist ihm weder gelungen, den 1. Weltkrieg entscheidend abzukürzen noch — und das erscheint uns gravierender — einen 2. Weltkrieg zu verhindern. Er hat uns als radikaler liberaler Demokrat und Pazifist nur die Hoffnung und das Vermächtnis hinterlassen, daß vielleicht in Zukunft durch eine Nachfolge in seinem Geiste künftig Schlimmeres verhütet werden möge. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, seiner zu gedenken.

Dr. Friedrich Henning

Bemerkenswert inkonkret

Anmerkungen zu Dahrendorfs Gedanken vom „fortschrittlichen Liberalismus“

„Liberaler Politik“ freidemokratischer Provenienz hat eine Zukunft, und Ralf Dahrendorf ist ihr Prophet. So oder ähnlich sah das Echo aus, das Dahrendorf im Anschluß an seinen ersten parteipolitischen Auftritt nach langer Enthaltbarkeit, also nach seiner Rede beim Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP Anfang Januar, auf seinem Publizitätskonto verbuchen konnte. Zu einem erheblichen Teil läßt sich die große Aufmerksamkeit, die Dahrendorf finden konnte, sicherlich darauf zurückführen, daß er überhaupt als der einzige erscheint, der bei einer ideenentäußerten FDP für die Fassade programmatischer Nachdenklichkeit auszumachen ist. Andererseits ist ihm Resonanz gewiß, denn er hat die sozial-liberale Koalition und den Aufbruch zur Befreiung der FDP aus „besitzbürgerlicher Klassegebundenheit“ (Flach) zwar nicht initiiert, wohl aber zum richtigen Zeitpunkt aktiv begleitet. Heute aber verteidigt er Genschers inhaltliche „Wende“ – als einziger der einstigen Vordenker der FDP. Diese publizitätsgarantierenden Fakten sollten nicht den Blick verstellen für die Inhalte, zu denen Dahrendorf steht – umso weniger, da viele der in der FDP vorläufig noch verbliebenen Liberalen ihn mangels Alternativen als ihren Hoffnungsträger ausersehen haben.

Dahrendorf spricht vom „aktiven, fortschrittlichen Liberalismus“, der „als produktive Unruhe verharzte Verhältnisse auflöst und wieder in Bewegung setzt“. Darin sieht er die einzige Rechtfertigung für eine selbständige liberale Partei. Mit der FDP will er „den Keil ... hineintreiben in eine allzu selbstzufrieden gewordene Republik.“ Er verlangt „neue Fragen“ und „neue Antworten“ und stellt mit alledem die Sehnsucht vieler Freidemokraten zufrieden, neben Regierungspragmatismus und Wende-Taktik wenigstens an einem evidenten Minimum geistig-moralischer Anregung teilzuhaben. Zwar gesteht Ralf Dahrendorf den Freidemokraten zu, „die liberale Partei in Deutschland“ zu sein, doch er fügt relativierend hinzu, dies sei sie nur, „wenn es ihr gelingt, die Gedankenarmut langjährigen Regierens abzustreifen und wieder zu einer frischen, unorthodoxen, munteren Partei zu werden, in der zu wirken Spaß macht“. Und: „Einen liberalen Platz gibt es nicht rechts von CDU und CSU.“ Dahrendorfs Ohr-

feige für die unter Genschers Führung vollzogene Wendung vom Anspruch einer reformierten Programmpartei zur Funktionspartei, die mit unverbindlich wohlklingenden Floskeln und von oben ausgegebenen Kampfbegriffen lebt, ist schallend genug. Seine Kritik entspricht einer als „liberaler Populismus“ vielleicht hinreichend charakterisierten Spielart orientierungsloser Unzufriedenheit, wie sie außerhalb der ausschließlich wirtschaftsbezogenen Interessenvertreter innerhalb der FDP schon ein, zwei Jahre vor der dank Strauß geretteten Bundestagswahl 1980 vorherrschend anzutreffen war.

Liberaler Populismus als Orientierungsgesetz

Dahrendorf nennt die Stichworte, die zur Ansprache dieser Geisteshaltung unverzichtbar sind: die Diagnose der eigenen Profillosigkeit („Die Lage der FDP ist prekär, weil viele nicht recht wissen, wofür die Partei eigentlich steht“), die Zweit-rangigkeit der Koalitionsfrage („Bei mir wird das Wort 'Koalition' nicht mehr

vorkommen. Es interessiert mich nicht“) und die Option zur Opposition („Eine Zeit der Opposition in Bonn würde indes weder der FDP noch der Zukunft der Bundesrepublik schaden“). Zugleich wendet sich der neue Vordenker gegen eine von der Basis getragene Programmdiskussion: „Die Erholung muß gewiß programmatisch sein. Damit ist indes nicht eine neue Programmdiskussion in allen Kreisverbänden der Partei gemeint, sondern eine klare Grundhaltung der führenden Sprecher der FDP, die sich zu ihren Mitgliedern und Anhängern ausbreitet.“ So weit, so gut. Dahrendorf tritt als Beweger auf, als Anwalt des Wandels – von oben. Daß angesichts des von ihm zutreffend beschriebenen Zustands der real existierenden FDP diese Botschaft auf Zustimmung stößt, kann nicht verwundern. Allerdings: Auch die „Wende“ schuf Wandel. Wandel ist kein Wert an sich, sondern bestimmbar und beurteilbar nur nach den Maßstäben der angestrebten Ziele und der eingesetzten Mittel.

Zwei Thesen sind es, die Ralf Dahrendorf in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, die er seit dem Ausscheiden aus der aktiven Politik Mitte der siebziger Jahre entwickelt, variiert, in seinen seitdem publizierten beiden theoretischen Schriften* vorgestellt und in dem dieser Tage erschienenen Buch über „Die Chancen der Krise“** noch einmal zusammen-

* „Die neue Freiheit. Überleben und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt“, München 1975; „Lebenschancen. Anläufe zur politischen und sozialen Theorie“, Frankfurt a.M. 1979

** „Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus“, Stuttgart 1979



Rechts im Scheinwerferlicht: Ralf Dahrendorf beim Stuttgarter Dreikönigstreffen

gefaßt hat.

Er geht einerseits aus von einem "geschichtlichen Themenwechsel", der "unter unseren Augen" stattfindet: dem Ende des von ihm so genannten "sozialdemokratischen Konsensus". Andererseits bewegen sich seine Gedanken um den Begriff der Lebenschancen "als Schlüsselbegriff zum Verständnis sozialer Prozesse".

Dahrendorf beschreibt den "sozialdemokratischen Konsensus", den er als die prägende politische Auffassung der sechziger und siebziger Jahre ansieht, als eine Haltung der "Verteidigung des sozialen Besitzstandes gegen jede 'soziale Demontage' und zugleich ... Abkehr von einer Politik der Reformen zu einer Politik der Stabilität". Weil dieser Konsens wesentlich sozial-konservativ sei, sieht er in dessen überzeugtesten Vertretern, den rechten Sozialdemokraten, "die konsequentesten Konservativen in der Politik der Gegenwart". Sie seien auf quantitatives Wirtschaftswachstum fixiert, auf Gleichheit der Startchancen ohne Gleichheit der Resultate, auf die Institutionen und die Regeln der Demokratie als ausschließliche Mittel der Veränderung. Als entscheidende Werte dieser über die Grenzen der sozialdemokratischen Parteien hinausgreifenden Anschauung erkennt Dahrendorf zum einen die Rationalität der Entscheidungsprozesse, daneben zielgerichtetes technokratisches Handeln im Rahmen akzeptierter "Sachzwänge". Unschwer zu erraten: Helmut Schmidt als Bundeskanzler war der geradezu klassische Vertreter dieser Status-quo-bezogenen Politik. Dahrendorf sieht mit dem Ende der wirtschaftlichen Wachstumsära auch das Ende der sozialdemokratischen Ideologie gekommen: ökonomisch nunmehr ohne Basis und angegriffen von rechten Angebots-Theoretikern, linken Vertretern weitgehender Gleichheit und grünen Gegnern demokratischer Rationalität gleichermaßen. "Heute entspringt Hoffnung aus der Unterschiedlichkeit der Menschen und nicht aus ihrer Gleichartigkeit, und Freiheit aus der Ungleichheit und nicht aus der Gleichheit." Oder, noch präziser: "Die Gleichheitspartei hat ihre Zeit gehabt. Die neue Aufgabe ist es, das volle Potential einer neuen Freiheit zu entwickeln."

Neue Freiheit statt sozialdemokratischer Konsensus

Dahrendorfs zweiter Schlüsselbegriff, der der "Lebenschancen", hat hinsichtlich der erstrebten "neuen Freiheit" zentrale Bedeutung. "Lebenschancen sind, in einem eher vagen Sinn, die Gesamtsumme der Möglichkeiten oder Gelegenheiten, die dem einzelnen von seiner Gesellschaft bzw. in einer spezifischen Situation geboten werden." Und an anderer Stelle formuliert er: "Lebenschancen sind Möglichkeiten des individuellen Wachstums, der Realisierung von Fähigkeiten, Wün-

schen und Hoffnungen, und diese Möglichkeiten werden durch soziale Bedingungen bereitgestellt." Der Terminus Lebenschancen ist für den Soziologen Dahrendorf eine "analytische Kategorie" in Abgrenzung von der Freiheit als "notwendig ... normativem Begriff". Verwirklichung größtmöglicher Lebenschancen soll der Maßstab sein, nach dem die Entwicklung von Gesellschaften zu beurteilen ist, sie "gewinnen ihre Qualität durch ihre Fähigkeit, mehr Menschen mehr Lebenschancen zu geben" In diesem Sinne heiße Fortschritt den Zugewinn von Wahlmöglichkeiten, Optionen. Dahren-



dorf fragt jedoch, ob dies wirklich wünschenswert sei: Wahlmöglichkeiten für alle ständig zu erweitern. Zwar sind für ihn "Lebenschancen ... das Gegenteil von Todesfällen", und insofern positiv, gleichzeitig aber stellt er fest, daß die modernen Gesellschaften des Westens zwar die Optionen vermehrt, Bindungen – Dahrendorf spricht von "Ligaturen" – hingegen vernachlässigt hätte. "Vom Standpunkt des einzelnen stellen sich Ligaturen als Bezüge dar. Sie geben dem Ort, den er innehat, Bedeutung. Überhaupt kennzeichnen Ligaturen das Element des Sinns und der Verankerung, während Optionen das Ziel und den Horizont des Handelns betonen. Ligaturen stiften Bezüge und damit die Fundamente des Handelns; Optionen verlangen Wahlentscheidungen und sind damit offen in die Zukunft." Zwar distanziert sich Dahrendorf formal von den Deutern der "Sinnkrise" westlicher Gesellschaften a la Schelsky oder Lübke, die Trennungslinie zur keineswegs von Helmut Kohl, sondern von konservativen Intellektuellen konstruierten Theorie von der erforderlichen geistig-moralischen Er-

neuerung vermag man jedoch nicht auszumachen.

Dahrendorf will das von ihm ausgemachte Übergewicht der Optionen gegenüber verbliebenen Bindungen durch ein Gleichgewicht mit dem Ziel doppelten Wachstums ersetzen. Lebenschancen wären unter solchen Idealbedingungen dann "Gelegenheiten für individuelles Handeln, die sich aus der Wechselbeziehung von Optionen und Ligaturen ergeben". Neue Bezüge seien heute vorrangig aufzubauen, denn von deren Fehlen, nicht von mangelnden Wahlmöglichkeiten, sei Freiheit heute bedroht.

Liberalismus als die "Philosophie des Wandels" habe vor diesem analytischen Hintergrund die Aufgabe, Bindungen herzustellen, um mehr Lebenschancen zu ermöglichen. Liberalismus, das ist für Ralf Dahrendorf "Misanthropie plus Hoffnung, der Versuch, die praktische Notwendigkeit von Herrschaft so intim wie möglich mit den größten Lebenschancen der größten Zahl zu verbinden, der Glaube an die Kraft und das Recht des einzelnen Menschen, getaucht in den Zweifel an der Vollkommenheit der menschlichen Dinge, ein Stück Moral und ein Stück Erkenntnistheorie." Zutreffend zweifellos ist Dahrendorfs in diesem Zusammenhang vorgetragene These, Liberalismus sei stets zu unterscheiden von den liberalen Parteien.

Für deren konkrete Chancen, und damit wird der Vordenker praxisnah, sieht er zwei strukturelle Entwicklungsmöglichkeiten. "Die eine liegt in der Organisation der 'denkenden Minderheiten', also jener vier, fünf, sechs Prozent, die unter allen Umständen Zweifel an großen Organisationen haben, verbunden mit der Hoffnung auf Situationswähler, die sich jeweils nicht entscheiden wollen zwischen gleichermaßen verdächtigen Alternativen." Dagegen setzt Dahrendorf ein zweites Modell, in dem die Bürger immer weniger ihre Stimme nach festgefügtten sozialen Bindungen vergeben, beispielsweise als Gewerkschaftsmitglieder oder Angehörige einer Kirche, dafür aber um so stärker nach den vielfältigen sozialen Rollen und Interessenlagen, die der wechselnden Aufgabenstellung der Menschen im Leben entsprechen: "Man kann die praktische Aufgabe des Programms Liberale Zukunft definieren als den Versuch, die Bedingungen des Lebens in modernen Gesellschaften so zu verändern, daß eine wachsende Zahl von Menschen es möglich findet, nicht spezifische Zugehörigkeiten, sondern komplexe Interessenkonstellationen zur Grundlage der Wahlentscheidung zu machen." Für Dahrendorf liegt darin "die Definition des Liberalismus als Programm einer Volkspartei."

Wenigstens die letzte Schlußfolgerung muß angezweifelt werden, denn die Fle-

xibilität von Wählerentscheidungen, verbunden mit zunehmender Emanzipation von Schichten- und Religionszugehörigkeiten, ist seit den sechziger, endgültig aber in den siebziger Jahren durch zahlreiche empirische Studien belegt, ohne daß sich daraus eine Zunahme der Wählerzahl der früheren liberalen Partei ergeben hätte. Strukturverschiebungen allein reichen offenkundig nicht aus, um die Zukunft der Liberalen zu sichern.

Freiburg: Konzession an eine verpaßte Vergangenheit

Deshalb wirkt es auch wenig überzeugend, wenn Ralf Dahrendorf den Freiburger Thesen als dem liberal-intern impulsgebendsten Programmwerk der letzten zwanzig Jahre innovative Kraft abspricht. Aber es ist bezeichnend, wenn er über Freiburg notiert, daß manche liberale Parteien "mit hängender Zunge ... hinter dem sozialpolitischen Zug der Zeit hinterhergelaufen (sind), um ihn am Ende ... zu erreichen, als der Zug zumindest das liberale Reiseziel schon hinter sich gelassen hatte: Die Versöhnung mit der Geschichte läßt sie die Gegenwart vergessen." Die Freiburger Thesen, die wesentlich weder Flachs noch Dahrendorfs, sondern Werner Maihofers Arbeit zu verdanken sind, erscheinen dem Liberalismus-Theoretiker nicht nur von der Gegenwart aus besehen Geschichte, sondern historisch überholt von Anfang an. Sahen die einen in Freiburg den gelungenen Versuch, liberales Denken endlich mit einer festen sozialen Komponente zu versehen und die Ideale der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – als liberale Grundsätze in Erinnerung zu rufen und politikbereichsmäßig zu konkretisieren, erkennt Dahrendorf in dieser "Jahrhundertentscheidung" (William Borm) vor allem die liberale Konzession an eine nicht-liberale Sozialpolitik, die "vielfach zu einem kostspieligen Instrument der Unbeweglichkeit geworden" sei. Und seine seit Mitte der siebziger Jahre theoretisch entwickelte Bejahung der inhaltlich, in der praktischen Konsequenz also auch koalitionspolitischen "Wende" wird unzweifelhaft, wenn er nach der Absage an "extreme Formen progressiver Besteuerung", "Bürokratisierung" und "Nivellierung" feststellt (1979): "In der säkularen Dialektik von Freiheit und Gleichheit ist die Stunde der Freiheit, nämlich die ihrer Bedrohung durch falschen Egalitarismus, gekommen. Die Allianz von Liberalismus und Sozialismus hat insoweit ihren Sinn erschöpft."

Welche konkreten Forderungen ergeben sich für Ralf Dahrendorf nun aus und in dieser "bedrohlichen Situation"?

Das drängendste Gegenwartsproblem der Innenpolitik, die Arbeitslosigkeit, will er beseitigen nach der Devise "Weniger Staat! Mehr Markt!" Der Markt ist nach wie vor "die stärkste Kraft des Fort-

schritts". Abbau des Staates soll die Reduktion der tatsächlichen Staatstätigkeit herbeiführen, nicht die Beschneidung der verfassungsmäßig bestimmten Aufgaben des Staates: mehr Arbeit durch weniger Staat, ergänzt durch den Schritt von der "Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft" mit dem Ziel der Veränderung der Einstellungen und des praktischen Tuns der Menschen. Dahrendorf akzeptiert, daß die Epoche kräftigen Wachstums abgeschlossen und die Wahrung des Erreichten durch mäßige Zuwächse – nicht Null-Wachstum – hinzunehmen und zu gestalten sei. Deshalb liegen für ihn Arbeitszeitverkürzungen nicht außer Betracht. Seine Verwirklichungskonzepte bleiben jedoch unklar, wenn er verlangt, daß die Arbeit zunehmend durch "menschliche Tätigkeit" ersetzt werden soll. Wie steht es um jenen Aspekt notwendiger Arbeit, der zur persönlichen Existenzsicherung immer noch erforderlich ist?

Es ist nicht auszumachen, was eigentlich Dahrendorf will und für welche Entwicklungen er welche Möglichkeiten zu schaffen sucht. Die bekannten verteilungspolitischen Konsequenzen der Forderungen nach "weniger Staat" und "mehr Eigenleistung" im Bereich der sozialen Sicherheit lassen es jedenfalls als durchaus logisch erscheinen, daß Graf Lambsdorff im Wende-Jahr 1982 Dahrendorfsche Zeitungsbeiträge regelmäßig den Mitgliedern der FDP-Bundestagsfraktion zur Argumentationshilfe übersenden ließ. "Die Wirtschaft muß funktionieren. Das heißt, daß die Wirtschaft vor Experimenten bewahrt werden muß", sagte Dahrendorf in seiner Stuttgarter Wiedereinstiegsrede. Andererseits heißt es bei ihm, erforderlich sei auch "soziales Empfinden", und: "Das Allerschlimmste, was Liberale daher tun können, ist, Interessentenpolitik zu betreiben."

Für die Außenpolitik ergeben sich aus Dahrendorfs Ausführungen nur Stichworte: "Mehr Europa" ist das wichtigste. An den "nuklearen Krebs" dürften wir uns nicht gewöhnen. Deutschlandpolitik sei ein "liberales Thema", eine atomwaffenfreie Zone das abrüstungspolitische Ziel, Menschenrechte universal. Nicht viel Neues und kaum etwas über die Wege, die nun einmal umstritten sind. Dahrendorf verarbeitet auch kaum, wie er selbst vorbeugend einräumt, die sicherheitspolitische Diskussion in der westlichen Öffentlichkeit und die Anstöße aus der Friedensbewegung.

Auch in der Rechts- und Verfassungspolitik keine neuen Impulse: Wächteramt der Liberalen für Rechtsstaat und Minderheitenschutz, gegen Bürokratien und Verbände. Kritisches zur Bürgerbeteiligung: "Auch hier ist der Staatsbürger dabei, sich zu übernehmen und Bedingungen zu schaffen, die das Prinzip selbst entwerten, das er vertritt." Der tatsächliche Standort

klärt sich erst in der Auseinandersetzung ums Detail.

Mehr Freiheit für weniger Menschen – der neue Weg

Gewiß hat Dahrendorf mit seiner zentralen analytischen Feststellung Recht, daß eine Politik des "sozialdemokratischen Konsensus", die mehr Gerechtigkeit und Freiheitschancen durch sozial gerechte Verteilung der Zuwächse wirtschaftlicher Prosperität erreichen will, ihre Grenzen erreicht und absehbar nicht rückholbar ist. Dies nicht rechtzeitig erkannt und dieser Tatsache nicht frühzeitig durch ein neues Reformkonzept unter veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen Rechnung getragen zu haben, bleibt ein wesentliches Versäumnis der sozial-liberalen Regierungen und Ursache ihres Scheiterns.

Dahrendorfs Frage nach der Zukunft des Sozialstaates ist ebenso berechtigt wie die Fragen der Grünen nach der Sicherung des Friedens und der Zukunft der Umwelt. Woher aber nimmt er den Mut anzunehmen, ausgerechnet ein Bündnis der Konservativen von Union und FDP verfüge über die besseren Ideen, um nunmehr die richtigen Schritte einzuleiten?

Schließlich waren es nicht die wachstumsgläubigen Wirtschaftsliberalen, sondern die so apostrophierten "Linken" in FDP und SPD, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts die Umstellung der Politik als Antwort auf die erreichten Grenzen des Wachstums forderten. In Erinnerung gerufen sei nur die Auseinandersetzung um die "Kieler Thesen" der Freien Demokraten.

Dahrendorf befürwortet letztendlich einen individualistischen Liberalismus, der in seiner praktischen Ausformung die Devise "mehr Freiheit" aufrechterhält, aber den Zusatz "für mehr Menschen" vernachlässigt, wenn nicht sogar vergißt. Die soziale Komponente liberalen Denkens bleibt wieder einmal auf der Strecke. Gerade in Krisenzeiten sollte es doch darum gehen, die gleichen Grundwerte wie in der Wachstumszeit, Freiheit und Gerechtigkeit, unter veränderten Rahmenbedingungen und mit neuen Instrumenten und Ansätzen zu verwirklichen, statt die Grundwerte in ihrer Relation zu verändern, wie Dahrendorf es will: mehr Freiheit, weniger Gleichheit. An diesem Maßstab lassen sich liberale Prinzipientreue und Ernsthaftigkeit ablesen, gerade in einer Zeit des Wandels.

Dahrendorf bietet kein Kontrastprogramm zu Genscher. Seine Analysen sind vielfach richtig, auch sind es manche Fragen, die er stellt. Aber die Antworten sind blaß und oft nicht mehr als Allgemeinplätze, gut ausgedrückt und deshalb wohl auch attraktiv. Dahrendorf in der neuen FDP: Das Programm der Wende bliebe bestehen, allerdings intelligenter und moderater formuliert. ●

Liberales Denken in Europa

Ein hohes Maß an unkonventionellem Denken

„Dem Linksliberalismus droht eine Vernichtung zwischen dem Idealismus seiner Anhänger und der Realpolitik seiner Führer“, resümiert die niederländische Wochenzeitschrift „Haagse Post“ in einer Bestandsaufnahme des Liberalismus in Europa. Der Beitrag stammt vom Herbst 1982, ist also nicht mehr in allen Punkten auf dem neuesten Stand. Die Redaktion der liberalen drucksachen teilt auch nicht alle Wertungen des linksliberalen Blatts und hält insbesondere die hervorgehobene Rolle Ralf Dahrendorfs in dem Beitrag für etwas überhöht. Trotzdem erschien ihr der Artikel in seinen wesentlichen Beobachtungen und Analysen informativ genug, in Auszügen wiedergegeben zu werden. Die Übertragung besorgte die holländische Korrespondentin in Bonn, Ali Knol.

„Parteifreunde, mir juckt's in den Händen“, ruft Jan Glastra van Loon und zieht demonstrativ seine Jacke aus. Das kommt gut an: Enthusiastisch applaudieren die gut tausend Teilnehmer des D '66-Kongresses. Bevor er ans Rednerpult trat, hatte der ehemalige Staatssekretär seinen Text noch einmal mit Fraktionspressesprecher Jan Goeijenbier abgesprochen. Dabei waren die trübsinnigsten Passagen gestrichen worden, weil die Stimmung hier im „de flint“ besser ist, als Glastra zu Hause am Schreibtisch vermuten konnte. Der Vorschlag, das Jackett abzulegen, stammt vom Pressesprecher. Die Rede müsse etwas vom „packen wir's an“ vermitteln.

Kräftiges Anpacken ist Glastra durchaus zuzutrauen. Er strahlt noch immer etwas von jenem Vertrauen auf die Zukunft aus, aus dem die „Demokraten 66“ einst entstanden sind. Mit seinen Vorstellungen, wie unsere festgerostete politische Ordnung wieder in Gang gebracht werden könne, gehörte er zu den Gründungsvätern der Partei. Glastra wurde Staatssekretär in dem legendären Kabinett den Uyl, bis ihn ein Konflikt mit Minister van Agt daraus vertrieb. Als Parteivorsitzender behielt er den Mut selbst in jenen schweren Zeiten, als eine Mehrheit der Demokraten die Organisation auflösen wollte.

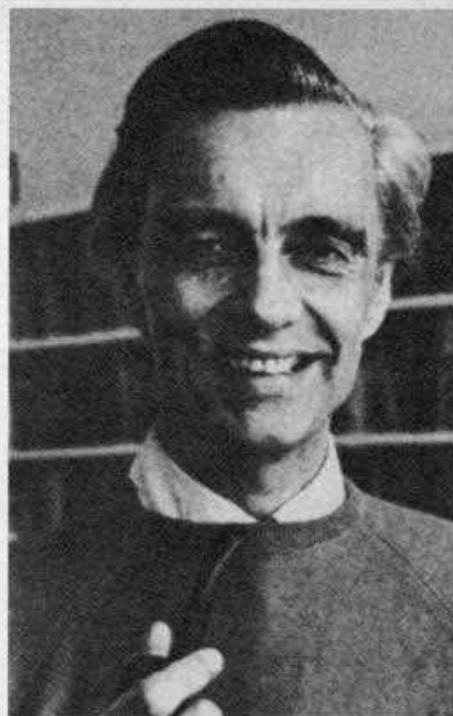
„Mir juckt's in den Händen“, sagt er nun, „weil ich weiß, daß wir eine Perspektive für die Entwicklung unserer Gesellschaft nicht nur für die kommenden vier Jahre, sondern für eine ganze Generation haben. Ich weiß, daß die Ausgangspunkte unseres politischen Denkens und Tuns solide sind, gerade weil wir sie nicht als dogmen betrachten. Und ich weiß, daß wir die Ideen und die Menschen haben, die gemeinsam die D 66 wieder zur Speerspitze der Erneuerung in unserer provinziellen, übersättigten und verstopften Politik machen können.“ Wieder erhält er großen Beifall.

Wenn dies alles so ist, weshalb hat dann die D 66 bei den letzten Wahlen ein solches Debakel erlebt? „Es hat“, stellt Glastra fest, „eine schwelende, nicht spektakuläre, eine kriechende Polarisierung eingesetzt: zwischen Konservatis-

mus und Radikalismus, zwischen der Sucht nach dem Bewahren und der nach Vernichtung.“

„Ich sehe die Zukunft sehr pessimistisch“, meint Ralf Dahrendorf. „Ich bezweifle, daß es den britischen Liberalen je gelingen wird, in eine Regierung zu kommen. Ich befürchte, daß die deutschen Liberalen aus dem Bundestag verschwinden, und eine Rückkehr wird dann außergewöhnlich schwierig sein. Ich habe den schwedischen Liberalen, die ja auch zu dieser Strömung gehören, bei ihrer Wahlkampagne geholfen und habe miterlebt, wie sie dezimiert wurden. Ich habe bei den Wahlen in Holland das gleiche Schicksal der D 66 erlebt.“

Was meint Dahrendorf mit „diese Strömung“? „Eine progressiv-radikale Strömung in Europa. In einigen Ländern ist sie klein und doch sehr mächtig wie zur Zeit die Republikaner in Italien, in anderen Ländern ist sie groß und doch sehr machtlos wie in England, wo die Liberalen progressiv sind und ständig 15 % der Stimmen kriegen, mit ihren 12, 13 Parlamentsmitgliedern praktisch aber ohne Einfluß bleiben. Was kennzeichnet diese Parteien? Der traditionelle liberale Nachdruck auf individuelle Rechte, gekoppelt mit dem Glauben, daß es soziale Vorbedingungen für ein effektives Wahrnehmen dieser Rechte gibt. Mit anderen Worten, daß soziale Reformen notwendig sind, bevor diese Rechte für das Individuum real werden können. Da ist ferner



Glastra van Loon, einer der Gründungsväter der D '66

der Ausgangspunkt, daß sich liberale Parteien nicht der Verteidigung des status quo, sondern der Entdeckung neuer Möglichkeiten für den Menschen verpflichtet fühlen. In diesem Sinne ist es eine progressive Bewegung.“

Kann er seinen Pessimismus in Bezug auf die Zukunft dieser Bewegung näher erklären? Dahrendorf muß nachdenken. „Seit den großen Veränderungen im weltwirtschaftlichen Klima, die in den siebziger Jahren eingesetzt haben“, sagt er dann, „haben immer weniger Menschen Vertrauen. Vertrauen ist eine der fundamentalen Vorbedingungen liberaler Politik. Immer mehr Menschen haben Angst, immer mehr Menschen wählen darum Parteien, die die Bewahrung des Erworbenen versprechen. Es sind schlechte Zeiten für Parteien, die an Veränderung und Reformen glauben.“

„Wir dürfen nie vergessen“, mahnt Laurens Jan Brinkhorst, „daß der Liberalismus des 19. Jahrhunderts in Reaktion



Politieke Partij Democraten '66

Der internationale Sekretär der D 66, Nico Wegter, schreibt im „Democraat“ über die Gründung der Liberalen Demokraten:

„Es ist deutlich, daß in der Bundesrepublik viel auf dem Spiel steht, auch für die D 66. es handelt sich um die Möglichkeit, eine neue Strömung mit deutlich linksliberaler Prägung auf die Beine zu stellen, wenn man so will: eine D 66 für die Bundesrepublik. Deshalb waren auch wir in Bochum dabei, deshalb haben wir ihnen unsere Unterstützung versprochen und deshalb hoffen wir, mitwirken zu können am Aufbau einer Plattform auf europäischer Ebene – gerade wegen der Europa-Wahlen – mit der D 66 sich identifizieren kann.“

auf Feudalismus und Monarchie eine progressive Strömung war. Aber er ist sehr schnell in die Zwickmühle der wirtschaftlichen Freiheit geraten, die der Entfaltung des Individuums im Wege stehen kann." Schon 1875 standen sich in Amsterdam zwei verschiedene Wählervereinigungen gegenüber. Die eine, die den Vorrang wirtschaftlicher Freiheit uneingeschränkt vertrat, trug den passenden Spitznamen "Pelzmäntel".

Das Etikett "Liberalismus" ist seitdem so gut wie inhaltslos geworden. Dahrendorf weist amüsiert auf die beiden Extreme hin: die kanadischen Liberalen, die Sozialisten sind, und die australischen Liberalen, die stolz auf ihren Konservatismus sind. Unter dem Schirm des Liberalismus operieren neben der progressiven Strömung manche Parteien, die Reformpläne mit Mißtrauen, wenn nicht mit Bewahrungssucht begegnen wie etwa die belgische pvv und die niederländische vvd.

"Die Liberalen, und speziell die progressiven Liberalen, haben es immer schwierig gefunden, sich zu identifizieren", erklärt Dahrendorf. "Das ist eine ihrer größten Schwächen. Progressiver Liberalismus beruht in sehr großem Maße auf unabhängig denkenden Minderheiten, aus welchem Hintergrund auch immer, wenn auch selten aus der arbeitenden Klasse.

Alle liberalen Parteien wurden von den Selbständigen unterstützt, von den "self-employed people", und diese Tatsache prägt ihre Geschichte. So lange die Selbständigen Selbstvertrauen hatten, konnte ihre Partei progressiv sein. Sobald die Selbständigen jedoch Angst bekamen und den Staat um Hilfe baten und begannen, sich wie die Bauern in Europa zu verhalten, wurden liberale Parteien protektionistisch und reaktionär. Die rechtsliberalen Parteien sind die Parteien der ängstlichen Selbständigen."

Dennoch ist die Tradition des sozialfortschrittlichen Liberalismus in einer Reihe von Parteien erhalten geblieben, deren unterschiedliche Bezeichnungen bereits das Identifikationsproblem widerspiegeln: Freisinnige Demokraten, Republikaner, Radikale, Freie Demokraten. Ihre Blütezeit erlebten sie im allgemeinen in den Anfangsjahren dieses Jahrhunderts, die durch Fortschrittsoptimismus und ein positives Menschenbild gekennzeichnet waren. "Ich wichtigster und ursprünglicher Beitrag", faßt Dahrendorf die linksliberale Tradition zusammen, ist die Sicherstellung individueller Rechte. Am Anfang in der Form des Kampfes für das allgemeine Wahlrecht, später mehr durch das Eintreten für Minderheitenrechte, für die Rechte jener, die sich nicht an die übliche Vorstellung vom "Normalen" anpassen. Die Rechte der Frauen, der Homosexuellen, der ethnischen Minderheiten, die Behandlung von Gefangenen — all dies

waren die kennzeichnenden Punkte auf den Tagesordnungen dieser Parteien. Außerdem haben sie sich stark für die Bildung als Bürgerrecht und für damit zusammenhängende Reformen eingesetzt. Allgemein kämpften sie für ein besseres Verständnis und für eine festere Verankerung der Demokratie."



David Steel, Vorsitzender der britischen Liberalen, einer zwar großen, aber machtlosen Partei.

"Wenn mein Großvater noch lebte, würde er versuchen, Vorsitzender der D 66 zu werden", sagt Jacob Kohnstamm über den berühmten Pädagogen Philip Kohnstamm. Der Großvater versuchte 1910 ohne jede Aussicht, in dem Distrikt Weststellingwerf einen Sitz in der Zweiten Kammer für den Freisinnig-Demokratischen Bund zu gewinnen und wurde später Vorsitzender dieser Partei. Sein Enkel Jacob wurde 1982 mit 737 gegen 34 Stimmen zum Vorsitzenden der D 66 gewählt, und so setzt sich in ihm persönlich die holländisch linksliberale Tradition fort. "D 66 ist eine Ideenpartei", sagte er in seiner Antrittsrede, "aber in den vergangenen zwei Jahren sind wir in die reuße der wirtschaftlichen und sozialen Probleme geraten. So wichtig diese auch sein mögen, es geht um eine neue, eine andere Gesellschaft. In ihr ist Arbeit nicht mehr das Wichtigste. Andere Entfaltungsmöglichkeiten verdienen viel Interesse. Es ist notwendig, daß wir eine neue Perspektive bieten." Das klingt vertraut wie auch vage.

Milde kritisiert der neue Vorsitzende die ausländischen Schwesterparteien: "Auch bei ihnen gibt es eine Neigung, bei einer zunehmenden Zahl verunsichernder Faktoren dem Verlangen der Wähler nach

Schwarzweiß-Lösungen zu folgen. Aber bei Spannung in der Gesellschaft muß man gerade nicht Schwarzweiß-Lösungen anbieten. Wir werden unsere Aufmerksamkeit weiterhin auf individuelle Entfaltung und Solidarität richten." Das ist die Musik des fortschrittlichen Liberalismus.

"All diese Parteien", erklärt Kohnstamm, "die Radicaux de Gauche, die Liberals, die Republikaner von Spadolini, sie alle kennzeichnet grundsätzlich ein hohes Maß an unkonventionellem Denken trotz eines konventionellen Hintergrunds ihrer Wähler. Am besten kann man das auf den Parteitagen der englischen Liberalen beobachten: Da sitzt zwar viel Geld, doch immer wieder findet man ein äußerst nonkonformistisches Verhalten. Veränderungsfreudigkeit ist das Kennzeichen all dieser Parteien, und gerade bei diesem Punkt ist es mit dem äußeren Bild von D 66 im letzten halben Jahr so gigantisch schief gelaufen."

"Der denkende Teil der Nation", nennt Kohnstamm die aktiven Anhänger der D 66. "Rechts das Portemonnaie, links das Herz. Im allgemeinen etwas überdurchschnittlich verdienend, überdurchschnittlich ausgebildet, mit einem Selbstbewußtsein, das es nicht nötig macht, ein Leben auf eingefahrenen Bahnen zu führen. Zu einem Teil völlig verrückte, idiotische Menschen, Menschen mit einem kleinen Loch im Kopf, freisinnig-demokratisch, ja".

Die Wurzeln seiner politischen Ideen spürte Kohnstamm 1974 auf, als es nach der Wahlniederlage hoffnungslos für die D 66 aussah: "Ich las unser Programm durch und dachte: Verdammte, wir haben doch recht, warum packen wir es nicht? Muß diese Denkrichtung vielleicht in einer anderen Form als einer Partei organisiert werden?" Er besann sich auf den Freisinnig-Demokratischen Bund und erkannte zu seiner Überraschung, vieles in der intellektuell-politischen Hinterlassenschaft seines Großvaters wieder. Der hatte 1917 geschrieben: "Der nationale Egoismus ist mehr als je verbreitet. Wir sind weiter denn je von einer Rechtsgemeinschaft der Völker entfernt. Überall hört man aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen den Ruf nach dem Diktator, dem starken Mann. Diese Geisteshaltung wird die Politik der Zukunft beherrschen, und darum liegt vor uns eine Periode noch verschärfter Realpolitik nach außen und der Unterdrückung von Minderheiten im Innern. Es ist unsere Pflicht, davor nicht die Augen zu schließen, sondern trotz aller Widerstände zu unseren Idealen zu stehen. Zu einer Gemeinschaft, die — wie Kant es formuliert hat — keinen Menschen nur als Mittel für die Zwecke anderer ansieht, sondern in jedem die Persönlichkeit ehrt und ihre freie Entfaltung sicherstellt."

Fortsetzung folgt

Vermächtnis des Widerstandskämpfers, die Ernst-Strassmann-Stiftung

In den ersten beiden Ausgaben dieses Jahres haben die liberalen drucksachen den Widerstandskreis um Dr. Ernst Strassmann und Dr. Hans Robinsohn vorgestellt und Auszüge aus der Robinsohn-Denkschrift veröffentlicht. In dieser Nummer zeichnet Jutta B. Lange-Quassowski ein Porträt Ernst Strassmanns und stellt die nach ihm benannte Stiftung vor, die sich in seinem Sinne die Förderung junger Künstler und Sozialwissenschaftler zur Aufgabe gemacht hat.

1897 geboren, wuchs Ernst Strassmann als Adoptivsohn des jüdischen Sanitätsrates Dr. Arnold Strassmann in Berlin auf. Bei Kriegsausbruch 1914 ging Ernst Strassmann bereits als Fahnenjunker, d.h. als Leutnant in den 1. Weltkrieg. Er beendete diesen, mehrfach verwundet und mehrfach mit Verdienstkreuzen u.a. ausgezeichnet, als gewählter Soldatenrat. Nach dem Jura-Studium in Breslau engagierte er sich in Hamburg als Assessor bei den Jungdemokraten und in der Deutschen Demokratischen Partei. Überdies versuchte er gemeinsam mit Dr. Hans Robinsohn im Club vom 3. Oktober, engagierte Demokraten zur Unterstützung der ersten deutschen Republik zusammenzuführen. Erst 1933, als es sich wegen der Machtübernahme der Nationalsozialisten als lebensnotwendig erwies, erfuhr Ernst Strassmann, daß er kein Jude sei. Durch seinen Einsatz ermöglichte er seinem Vater – die Mutter war schon früh gestorben – die Auswanderung nach Palästina. Seine junge Frau hatte Ernst Strassmann bereits 1931 während ihrer Schwangerschaft verloren. Für ihn selbst kam zusammen mit Hans Robinsohn jetzt nur der organisierte Widerstand gegen das Hitler-Regime in Betracht (vgl. dazu liberale drucksachen 1/83).

Nach der Emigration von Hans Robinsohn im Gefolge der Pogromnacht vom November 1938 fanden die Hamburger konspirativen Treffen, zu denen Ernst Strassmann auch weiterhin anreiste, bei Hermann und Margarete Lange statt. Hermann Lange war in der Weimarer Republik neben Paul Nevermann 2. Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe an der Hamburger Universität gewesen und Mitglied der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, deren Vorsitzender er nach dem 2. Weltkrieg wurde (Vorläufer der GEW in Hamburg). So wie Hermann Lange kamen eine Reihe anderer Hamburger Mitglieder der Widerstandsgruppe Strassmann aus der SPD. Dazu gehörte u.a. der ehemalige Harburger Polizeipräsident Wentker.

Ernst Strassmann wurde am 6. Oktober 1942 verhaftet. In "seinem" Schutz-

haftbefehl heißt es: "Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er dadurch, daß er seit längerer Zeit seine früheren politischen Freunde zur angeblichen Erfassung von politischem Informationsmaterial, das im staatsfeindlichen Sinne gehalten war, zusammengefaßt, dringend verdächtig ist, diese von ihm aufgezogene Organisation zu hochverräterischen Zwecken zu mißbrauchen".

So wie Ernst Strassmann vor seiner Verhaftung die Mitglieder der Widerstandsgruppe geschult hatte, was sie in einer eventuellen Vernehmung nach ihrer Festnahme sagen durften und was nicht, gab er selbst kein einziges Mitglied bei seinen Vernehmungen preis. Auch gelang es der Geheimen Staatspolizei aufgrund der Standhaftigkeit und Härte von Ernst Strassmann gegen sich selbst nicht, die Verbindungen zu anderen Widerstandskreisen aufzudecken, so daß auch der 20. Juli für alle Mitglieder der Strassmann-Gruppe ohne unmittelbare persönliche Gefährdungen vorüberging. Aufgrund sei-

ner überaus beeindruckenden Persönlichkeit gelang es Strassmann, Vollzugsbeamte des Untersuchungsgefängnisses Moabit, wo er die ganze Haftzeit verbrachte, auf seine Seite zu ziehen. Sie verhalfen ihm in den letzten Apriltagen 1945, als viele andere zur Ermordung abgeholt wurden, zur Flucht. Bei einem Freund aus dem Widerstand konnte er sich dann bis zur Kapitulation Berlins versteckt halten.

Nach Kriegsende trat Ernst Strassmann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Er leitete u.a. als Nachfolger von Victor Agartz den Zwei-

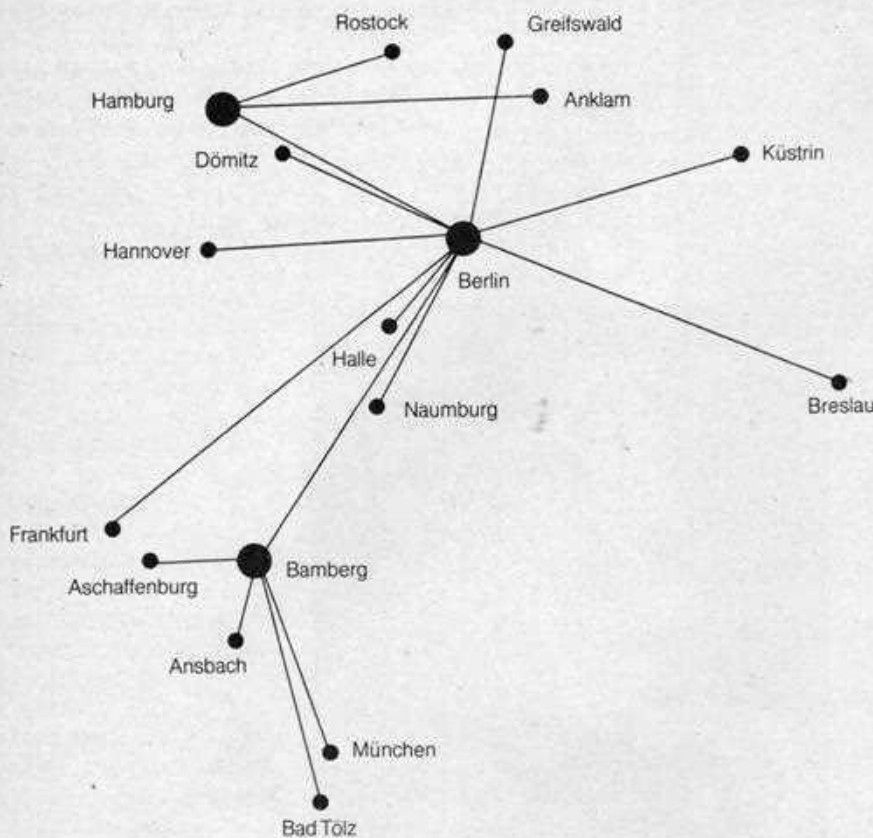


Ernst Strassmann im November 1957, wenige Monate vor seinem Tod

(aus dem Besitz der Ernst-Strassmann-Stiftung)

Zonen-Wirtschaftsrat in Minden. In Berlin, wo er weiterhin seinen Hauptwohnsitz hatte, entschied er sich dafür, seine Landgerichtsratsstelle nicht wieder einzunehmen, sondern sich an führender Stelle am Wiederaufbau Berlins zu beteiligen. In seiner Widerstandstätigkeit hatte er neben Widerstandsgruppen in der Rüstungsindustrie u.a. in der BEWAG, der Berliner Kraft- und Licht-AG, eine Widerstandsgruppe aufgebaut, "um im Falle des Umsturzes diese wichtige Versorgungsquelle sofort durch oppositionelle Kräfte zu beherrschen" (Ernst Strassmann am 19.2.48 in einem für das Archiv der Bayerischen Widerstandsbewegungen in München verfaßten Bericht). Im Mai 1945 wurde er vom Magistrat von Groß-Berlin in den Vorstand der BEWAG berufen, um deren Direktor zu werden. Er sicherte nicht nur der von Krieg und Demontage stark zerstörten Stadt die Stromversorgung, sondern seine geschickte Verhandlungsführung bewährte sich auch, als die Spaltung Berlins das Versorgungsnetz durchschnitt. Bald stand er nicht nur an führender Stelle in der deutschen Elektrizitätswirtschaft, sondern setzte sich enga-

Regionale Gliederung der Strassmann-Gruppe.



Zentren:

- Hamburg mit Hans Robinsohn, Ende 1938 Emigration nach Dänemark, aber weiter Kontakt zu Strassmann.
- Berlin mit Ernst Strassmann, August 1942 verhaftet, bedeutete praktisch das Ende der Gruppe.
- Bamberg mit Thomas Dehler, 1938 und 1944 verhaftet, 1944 Arbeitslager.

Kontakte zu:

- Goerdeler-Kreis
- Umgebung des österr. Reichskanzlers Karl Renner
- Militäropposition
- Tresckow (geplant)
- Gewerkschaften (Leuschner)
- Bekennende Kirche
- kath. Kirche (Wirmer)

Außerdem Kontakte nach Paris, London, Kopenhagen.

giert in vielen dafür zuständigen Organisationen für die Belange der öffentlichen Wirtschaft ein. Auch engagierte er sich als Mitglied der SPD für die europäische Einigung.

Als Strassmann bereits 1958, gerade 60 Jahre alt geworden, starb, setzte seine zweite Frau, die er nach dem Kriege geheiratet hatte, sich die Aufgabe, aus der Hinterlassenschaft von Ernst Strassmann nach ihrem Ableben die Ernst-Strassmann-Stiftung entstehen zu lassen. Sie hatte sein Engagement im Widerstand miterlebt und hatte in der zweiten deutschen Republik sein sozialdemokratisches Engagement mit geteilt. Sie fühlte sich auch seiner Liebe zu Kunst und Musik tief verbunden. Im Testament legte sie deshalb fest: "§ 3: Die Ernst-Strassmann-Stiftung soll dem Zweck dienen, durch Vergabe von Stipendien bzw. Zuschüssen

Studenten einer Hochschule für Bildende Kunst bzw. Musikhochschule und Studenten der Sozialwissenschaften mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt einen qualifizierten Abschluß zu ermöglichen. In den Sozialwissenschaften sollen insbesondere solche Arbeiten gefördert werden, die in sozialer Verantwortung eingedenk der leidvollen historischen Erfahrungen der deutschen Demokratie einen Beitrag leisten zu ihrer Festigung und ihrem Ausbau in der Bundesrepublik auf der Basis des Grundgesetzes."

Da die persönliche Freundschaft zwischen Ernst Strassmann und Hermann und Margarete Lange auf Resi, die zweite Frau, ausgedehnt worden war, führte diese Verbindung dazu, daß die nächste Generation der Familie Lange gebeten wurde, die Stiftung zu errichten. In Übereinkunft mit Frau Strassmann wurde die

neue Stiftung organisatorisch der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstellt und Professor Dr. jur. Bernd-Peter Lange (Universität Osnabrück) als ihr Leiter bestimmt.

Die Ernst-Strassmann-Stiftung wurde im Todesjahr von Frau Strassmann im Oktober 1981 errichtet. Für den Bereich Sozialwissenschaften entschied sich die Stiftung, als erstes selbst ein Thema auszuschreiben, um ein wichtiges, bisher kaum bearbeitetes Gebiet aus dem Bereich der "Vergangenheitsbewältigung" aufzugreifen. Das im Mai 1982 ausgeschriebene Thema lautet: "Entstehungsgeschichte, Konzeption und Arbeit der größeren Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich - ein Beitrag zur politischen Bildung heute".

Aufgrund der guten Bewerbungslage sowie auch der schlechten Arbeitsmarktsituation für junge Akademiker entschloß sich die Stiftung, drei volle Stipendien zu diesem Thema zu vergeben (d.h. dreimal monatlich 1.000 DM für jeweils ein Jahr) und die Gedenkstätten der DDR in die Bearbeitung einzubeziehen. Die Stiftung hat das Ziel, die Ergebnisse dieser Arbeiten zu veröffentlichen.

Auch in den Fächern Musik und Bildende Kunst fördert die Ernst-Strassmann-Stiftung ab Oktober 1982 je einen Absolventen dieser Fächer aus der Hochschule für Künste Berlin. Im Fach Bildende Kunst unterstützt die Stiftung einen Stipendiaten, der eine Arbeit entwirft für ein Ausstellungsprojekt der Hochschule der Künste anlässlich des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung. Das Thema des künstlerischen Entwurfs heißt: "Künstler im Exil".

Die Stiftung schreibt aber nicht nur Stipendien aus. Es ist auch möglich, Anfragen an die Ernst-Strassmann-Stiftung zu richten, ob ein spezielles Vorhaben, das nach Meinung des Bewerbers dem § 3 des Testaments gerecht wird, gefördert werden kann. Die Förderungsrichtlinien grenzen den Kreis der Bewerber auf Absolventen von Kunst- und Musikhochschulen und Postgraduierte bei den Sozialwissenschaften ein. Die soziale Lage der Bewerber wird angemessen berücksichtigt. Die Stiftung will in den kommenden Jahren schwerpunktmäßig Themen fördern, die der Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Neonazismus dienen sowie Themen, die spezifische Defizite im bundesrepublikanischen Demokratialisierungsprozeß aufgreifen. Die Stiftung hofft, so dem Vermächtnis des Robinsohn-Strassmann-Kreises gerecht zu werden.

Anfragen sind zu richten an: Ernst-Strassmann-Stiftung in der Friedrich Ebert Stiftung, Abt. Studienförderung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2.

Dr. Jutta B. Lange-Quassowski

Liebe Leserinnen, Liebe Leser

der Herausgeberbeirat der liberalen drucksachen bleibt in seiner Zusammensetzung unverändert. Bei einigen ist zwar die Skepsis gewachsen, ob sie die Linie des Blattes noch weiter mittragen können, doch sie sind bereit, das Experiment zumindest noch einige Monate mitzumachen. Im Frühsommer soll dann entschieden werden, wer zusätzlich um Mitarbeit gebeten wird. In der Herausgebersitzung bestand Einigkeit darüber, daß die Entwicklung und Struktur der Liberalen Vereinigung einerseits und der liberalen drucksachen andererseits stark miteinander verknüpft sind.

Wenn auch die Personen im Herausgeberbeirat dieselben geblieben sind, so hat sich doch die politische Zusammensetzung erheblich verändert. Beim Start der liberalen drucksachen gehörten acht der zwölf Herausgeber dem FDP-Bundesausschuss an; jetzt sind es nur noch zwei. Von den vier damaligen Bundestagsabgeordneten ist nur Ingrid Matthäus-Maier — jetzt für die SPD — im neuen Deutschen Bundestag vertreten. Drei Herausgeber sonnen sich zur Zeit in der Freiheit der Parteilosigkeit, je vier sind Mitglied der Freien bzw. der Liberalen Demokraten.

In der Redaktion dominieren Mitglieder der Liberalen Demokraten; zwei Redaktionsmitglieder gehören der SPD an. Schwierigkeiten bereitet es vor allem, Beiträge aus dem in der FDP verbliebenen liberalen Lager zu erhalten. Für die nächste Nummer hat Carola von Braun-Stützer einen längeren Beitrag über die Strategie der Linken in der FDP versprochen.

Die recht unterschiedliche Betrachtung, die Ralf Dahrendorf in zwei Beiträgen dieser Ausgabe erfährt, spricht vielleicht für die Pluralität der liberalen drucksachen, vielleicht auch nur für eine Zwiespältigkeit in seiner Argumentation.

Die drucksachen-Redaktion hat im übrigen den Schock des 6. März allmählich überwunden. Zwar hatten wir es alle so rechts nicht glauben wollen, doch was soll's. Die Zeiten für liberale Ideen oder Zeitschriften werden sicherlich nicht rosiger. Die finanzielle Basis, auf der wir arbeiten, ist nach wie vor sehr dünn. Prospekte zur Abonnentenwerbung verschicken wir besonders gerne.

Die verfluchte siebte Ausgabe ist jedenfalls geschafft. So manche Skeptiker haben uns dies nicht zugetraut. Die vielen namentlich gezeichneten redaktionellen Beiträge in dieser Ausgabe zeigen, daß die Bereitschaft zur Mitarbeit weiter wächst (wenn wir auch diesmal enttäuschend wenig Leserbriefe erhielten).

Die Aprilausgabe ist bereits in Arbeit. Redaktionsschluß ist der 15. April.

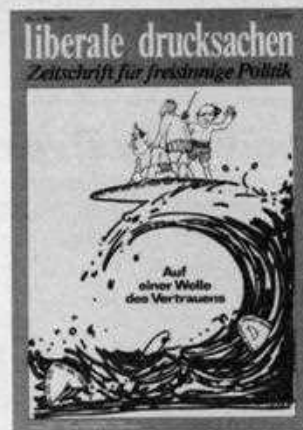
In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher

Die Auflösung unseres Kreuzworträtsels lautete "Wechselwähler".

Allen Einsendern — es gingen im übrigen nur richtige Lösungen ein — sagen wir herzlichen Dank fürs Mitmachen. Den Hauptpreis, eine Graphikmappe Heidrun Schmitts, gewann Botho Krys aus Rodenberg.

Je ein Buch gewannen Ria Knaak/St. Augustin, Dieter Wepler/Gersfeld, Thomas Seerig/Berlin und Ulrike Puvogel/Bonn.

Herzlichen Glückwunsch!



IMPRESSUM

Herausgeber:
Drucksachen-Verlagsgesellschaft mbH,
Elbestr. 30, 4630 Bochum

Herausgeberbeirat:
William Borm, Hinrich Enderlein, Sibylle Engel, Friedrich Hölscher, Hanspeter Knirsch, Jürgen Koppelin, Wolfgang Lüder, Werner Lutz, Ingrid Matthäus-Maier, Christoph Strässer, Theo Schiller, Helga Schuchardt.

Redaktion:
Jürgen Bolz, Martin Budich, Wolfgang Froese, Marianne Hochgeschurz, Michael Kleff, Dieter Noth, Heidrun Schmitt (verantwortlich), Michael Staack.

Redaktionsanschrift:
Elbestr. 30, 4630 Bochum
Tel. (0234) 502197

Anzeigen und Vertrieb:
Heiko Melcher

Abo-Bedingungen:
Einzelheft 3,50 DM. Für ein Abonnement über 1/4 Jahr sind 10,50 DM zu zahlen, für 1/2 Jahr 21 DM und für ein Jahr 42 DM.

In dem Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Druck und Titelsatz:
Druckerei Hartmann, Ahaus

Auflage:
6.000

Fotonachweis: Behmer, Busch, dpa, Perthes, Strassmann-Stiftung

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Einsenden an: drucksachen-Verlags-GmbH (iG), Elbestr. 30, 463 Bochum

Ich möchte die liberalen drucksachen abonnieren.

Den Abo-Preis bezahle ich

vierteljährig
10,50

halbjährig
21,00

ganzjährig
42,00 DM

Das Geld habe ich auf das Postscheckkonto Volker Perthes, 23934-431, beim Postscheckamt Essen, BLZ 360 100 43 überwiesen.

Ein Verrechnungsscheck liegt bei

Name.....

Anschrift.....

02/83

Biologischer Prozeß

Thilo Schelling, seit 1970 Mitglied der Jungdemokraten, ist durch den biologischen Alterungsprozeß aus den Jungdemokraten ausgeschieden.

Er war zwei Jahre Kreisvorsitzender der DJD in Münster, vier Jahre Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und die letzten drei Jahre als stellvertretender Bundesvorsitzender für Internationales zuständig.

Künftig wird Thilo Schelling bei den Liberalen Demokraten – deren stellvertretender Bundesvorsitzender mit den Themenschwerpunkten Außen- und Friedenspolitik er ist – sein Hauptarbeitsfeld haben. Aktuell ist er mit der Wahlkampfkoordination zur Bremer Bürgerschaft betraut.

Gleichgeschaltet

Der geplante Machtwechsel an der Spitze der nordrhein-westfälischen FDP hat William Borm zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

„Der Landesverband Nordrheinwestfalen der FDP (wieso eigentlich frei, wieso

eigentlich demokratisch?) wird auch in seiner Spitze gleichgeschaltet! Damit ist ein bedeutsamer Schritt getan, um den inhaltlichen Widerstand der in der Partei verbliebenen, zahlen- und einflußmäßig ohnehin unbedeutenden Liberalen weiterhin zurückzudrängen. Die Lobby des Kapitals bestimmt eindeutig den Kurs der Partei und verbaut ihr den Weg in eine Zukunft, die weltweit nicht mehr von der Macht des Geldes bestimmt sein wird. Einer solchen Zukunft aber den Weg zu bereiten, ist exakt die Aufgabe des Liberalismus. Nur dieser kann der Gefahr der aus der Konfrontation erwachsenden Gewaltanwendung, mit der drohenden Selbstvernichtung der Menschheit vielleicht noch abwenden. Dazu allerdings bedarf es in erster Linie unbestechlicher, integrierender Persönlichkeiten, die sich nicht durch schmutzige Geldzuwendungen einkaufen lassen. Gerade solche Zeitgenossen jedoch drängen an die Spitze des Landesverbandes. Für Burkhard Hirsch ist kein Platz mehr. Sein makelloser Ruf und sein gutes Gewissen werden ihn entschädigen.“

NRW-Ausprägung

Der Geschäftsführer der Parlamentarischen Arbeitsgruppe der FDP Nordrhein-Westfalen, Reinhard Schmidt-Künzel, hat Ende November 1982 in einem erst jetzt bekanntgewordenen Brief an Burkhard Hirsch begründet, warum er sich nicht mehr in der Lage sieht, weiter für die FDP zu arbeiten. Er schreibt u.a.:

„Ich kann eine Partei nicht mehr vor mir, also auch nicht gegenüber dem Bürger vertreten (und ich möchte mein Verhalten hier nicht 'spalten' müssen),

– die sich von Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff erst ihre demokratischen Mitgestaltungsrechte nehmen läßt und diese dann ohne liberale Selbstachtung anschließend in ihre Führungsämter wieder- bzw. neu hineinwählt; da gilt nur noch der Satz, daß die F.D.P. nur genau den Vorsitzenden hat, den sie verdient.

– die in charakteristisch nordrhein-westfälischer Ausprägung von Liberalität inzwischen ungeniert darüber rechtet, ob über Jahrzehnte ausgewiesene Vertreter liberaler Geisteshaltung wie Burkhard Hirsch oder Gerhart Rudolf Baum als „sozial-liberal“ überhaupt noch auf der Bundestagswahl-Reserveliste tragbar seien,

– deren nordrhein-westfälischer Landesverband eine Frau wie Liselotte Funcke nur deswegen nicht in den Bundesvorstand wählen will, weil sie aus Gewissensgründen den „Kurs“ von Hans-Dietrich Genscher nicht gefolgt ist,

– deren nordrhein-westfälischer Landes-

verband – wiederum als erster und einziger bisher – Mitglieder und Interessenten der doch verschiedenartigsten Liberalen Vereinigungen sofort bürokratisch-administrativ mit Ausschlußverfahren bedroht, statt erst einmal wie z.B. Jürgen Morlok in Baden-Württemberg integrativerre Wege des Weitermiteinanders zu versuchen,

– die sich kaltschnäuzig und illiberal ihrer Integrationsaufgabe auch gegenüber ihrer „unruhigen (Partei-)Jugend, den Jungdemokraten, entledigt,

– deren nordrhein-westfälische hauptamtliche Mitarbeiter von Otto Graf Lambsdorff, Jürgen W. Möllemann und Hans-Hermann Gattermann kaderliberal straff geführt und und erfolgreich zur Illoyalität auch gegenüber ihrem stets parteiloyalen Landesvorsitzenden Burkhard Hirsch angehalten werden,

– die im Unterschied zu allen meinen bisherigen persönlichen, über 15-jährigen Mitgliedererfahrungen in drei verschiedenen Landesverbänden und auch meinen Erfahrungen in den verschiedensten beruflichen Tätigkeiten für die F.D.P. inzwischen jede Souveränität, Liberalität, Toleranz oder auch nur „beamtete Korrektheit“ im Umgang ihrer Führungspersonen miteinander vermissen läßt; die Meinungsunterschiede und Einflußkämpfe innerhalb der Landespartei kalt und rücksichtslos wie eine wirtschafts-politischen Verdrängungswettbewerb auf einem nun mal zufällig politischen Markt betreiben;

– deren stellvertretender nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender Lambsdorff (unzuständigerweise) den Unterzeichner in geradezu klassischer Arbeitgebermanier ulitativ auffordert, sein jeweiliges F.D.P.-Vorstandsmandat und Pressesprecheramt im Ortsverband Meerbusch und Kreisverband Neuß unverzüglich niederzulegen, obwohl diese Funktionen seit Jahren unbeanstandet ausgeübt und ihre Fortführung abgesprochen waren.

In meiner engen Zusammenarbeit mit Karl-Hermann Flach habe ich erfahren (dürfen), daß selbst Politiker nicht nur nach der Maxime „der Zweck heiligt jedes Mittel“ Politik machen müssen. Bei Hans-Dietrich Genscher habe ich stattdessen, wie viele andere auch, mitverfolgen müssen, wie ein vom Anspruch her liberaler Politiker lieber eine Partei an sich zerschellen läßt, als auf Vorsitz oder Außenministerium zu verzichten. Ich bin es daher auch dem persönlichen Andenken an Karl-Hermann Flach schuldig, nicht für einen Landesverband zu arbeiten, der maßgeblich Hans-Dietrich Genscher wieder durchgesetzt hat.“

INFORMATIONEN



VOLKSZÄHLUNG '83

Bürgerbefragung oder Zwangserfassung?

Praktische Tips:
Was tun, wenn der Zähler vor der Tür steht?



Rechtliche Ratschläge für Zähler und zu Zählende
Abdruck der Fragebögen

ELEFANTEN PRESS

EP 105 unverb. empf. 4,- DM
IN JEDER GUTEN BUCHHANDLUNG

Ab 10 Exempl. 2,50 DM zuzüglich
3,50 DM Porto. Lieferung nur gegen
Vorkasse (Verrechnungsscheck Ihrer
Bestellung beilegen).

Bestellung nur an
VVC Vertriebs- und Verlags-
cooperation, Postfach 30 30 80,
1000 Berlin 30

ELEFANTEN PRESS®

Eigentlich wäre ja der Wähler drangewesen. 56 % für die geistig-moralische Erneuerung in diesem, unseren deutschen Lande, wenn das nicht das allerletzte ist ...

Aber nachträgliche Wählerbeschimpfung bringt einen zu leicht in den Ruf des schlechten Verlierers. Also nicht der Wähler, sondern etwas viel Wichtigeres soll diesmal im Vordergrund stehen: die liberale Organisationsfrage. Oder, um mit Genscher zu sächseln:



Der Liberalismus siecht!

Das alte Problem hat sich verschärft. Prallten bisher lediglich vier bis fünf Meinungen aufeinander, wenn drei Liberale diskutierten, so entwickeln sich bei solcher Gelegenheit zur Zeit mindestens sieben bis acht fundierte Strategien zum alleinigen Zwecke, welche Organisationsform der Liberalismus in der Bundesrepublik nun braucht.

So spricht ja doch einiges für eine Organisierung der Liberalen in der recht großen Volkspartei. Da hat man wenigstens ein Heimatrecht und auch zwei Mandatsträger, die liberale Politik im Bundestag durchsetzen werden. Zwar sitzt man mit der SPD nicht an den Hebeln der Macht des Staates (schließlich hat die Rechtsregierung die absolute Mehrheit im Bundestag und außerdem ist die Macht in diesem Land sowieso woanders), aber man kann über einen gut ausgebauten Parteiapparat verfügen, oder umgekehrt.

Das Glück war schließlich mit den Tüchtigen. Nun braucht man als Liberaler in der SPD dank des Wahlergebnisses nicht begründen, warum man die FDP verlassen hat, um dann eine CDU-Minderheitsregierung zu unterstützen.

Ein Machtmittel, das noch mehr mittel ist, aber mächtig werden will, ist diese kleine, liberale Partei, die vier Monate alt, halt noch nicht richtig sprechen und laufen kann, deren viele Väter sich täglich wieder davon überzeugen, daß es in der Bundesrepublik ein authentisch liberales Wählerpotential gibt, daß sie und nur sie authentisch abschöpfen kann. Getreu dem Satz, die ersten 5 % sind immer die

schwersten, bläst sie ihre Bataillone zum Sturm auf die Landtagsgebäude. Fernziel 1987 ist die Macht am Rhein auf dem verwaisten Platz des Liberalismus im Bundestag. Dabei hat sie immer vor Augen, einer fortschrittlicheren Politik in der Bundesrepublik wieder zu einer Mehrheit zu verhelfen: Auf den Vize kommt es nämlich an.

Getreu der Guerilla-Taktik, immer im Zentrum der Macht seine subversive Tätigkeit zu entfalten, gibt es auch immer noch Liberale, die unermüdlich dafür kämpfen, daß die von Flick dotierte Partei wieder zu einer fortschrittlichen Partei wird. Wenn sie aus dem Bundestag fliegt, so die Hoffnung, ist sie als Instrument der Rechten untauglich und somit zu übernehmen. Im ersten Anlauf hat das nun 1983 nicht geklappt, man muß also langen Atem entwickeln. Der wild entschlossenen, mutigen Kampftruppe dürfte so schnell die Puste nicht ausgehen. Schließlich haben sie hoch dotierte Experten in ihren Reihen.

Mit einem inneren Zwiespalt fertig werden muß eine andere Gruppe von Liberalen, mit dem Widerspruch des Verzichts auf Organisation und Apparat einerseits und der strengen kadermäßigen Struktur. Außer einem Abstellraum hat die Liberale Vereinigung bundesweit nur elf ausgesuchte Mitglieder auf Lebenszeit aufzuweisen. Daß sie es aber dennoch weit bringt, verdeutlicht die Tatsache, daß sie in der Lage ist, an Senatorenposten zu gelangen, immerhin: auch ein Zeichen von Relevanz.

Schließlich gibt es auch noch die Jungdemokraten, die nach ihrer Trennung von der FDP für sich den alten Spruch ihrer Ex-Mutterpartei wahrgemacht haben: Sie sind jetzt nach allen Seiten offen. Ohne Parteiorientierung arbeiten sie als radikal-demokratischer Verband in bewährter Weise, nun aber als Laus ohne Pelz.

Der Kampf um die Köpfe, die Erzeugung kritischen Bewußtseins, das ist es, worauf es nach Ansicht wieder anderer Liberaler nun ankommt. Bildungsarbeit, liberale, die muß jetzt betrieben werden. Schließlich verdeutlicht das Wahlergebnis die Versäumnisse auf diesem Gebiet. Die konkrete Politik kann man dann wieder anderen überlassen.

Ähnlich, nur künstlerischer, arbeiten denn auch die zahlreichen Liberalen Zentren. Kultur als Medium für politische Botschaft, das bringt's, wenn überhaupt.

Und zu guter Letzt gibt es dann auch noch ein paar Liberale, die einfach eine Zeitung machen ...

Man sieht, für kaum eine Gruppe gilt die Erkenntnis der Einfalt durch Vielfalt so sehr wie für Liberale. Getreu dem unliberalen Grundsatz, daß der menschliche Erkenntnisprozeß unabschließbar sei, hat fast jede dieser Gruppen für sich das Patentrezept bezüglich liberaler Organisationsformen entwickelt.

Warum sollte es denn auch nur eine Einheitsorganisation für Liberale geben. Die liberale Idee ist gerade in unserer Gesellschaft zur Zeit so gefragt, daß nach dem Motto gearbeitet werden kann: Verteile Dich und herrsche!

Die Jungdemokraten brauchen Ihre Hilfe!

Die Trennung von der FDP hatte für die Jungdemokraten finanzielle Folgen, die ihre Existenz bedrohen.

Die Streichung öffentlicher Mittel heißt für 1983:

- **70 % weniger für Personalkosten**
- **60 % weniger für Bildungsarbeit**
- **100 % weniger für sechs Landesverbände**
- **50 % weniger für die übrigen Landesverbände.**

Wir haben auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz einen klaren politischen Kurs bestimmt. Für einen fortschrittlichen Liberalismus.

Wir haben auch Sparmaßnahmen beschlossen, die weitergehen, als es eigentlich vertretbar wäre; wir haben Mitarbeiter entlassen und politische Aktivitäten streichen müssen.

Aber trotzdem können wir es ohne Ihre Hilfe nicht schaffen, können wir nicht überleben.

Deshalb bitten wir um Ihre Spende!

Spendenkonto:

Sparkasse Bonn 19 000 447, Bankleitzahl 380 500 00

Postscheckamt Köln 163 700-507, Bankleitzahl 370 10050